

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 5-82.00/0-94.09/3248<sup>I</sup>/66 VS-vertraulich

6. Dezember 1966

Betr.: Deutsch-britische Konsultationen am 1. und 2. Dezember 1966 in London

Bezug: Aufzeichnung I A 5-82.00/0-94.09 vom 21. 11. 1966<sup>1</sup>

Am 18. Oktober 1965 hatte die deutsche Regierung der britischen Regierung ihre Bereitschaft erklärt, die zwischen beiden Ländern bestehenden Konsultationen auf pragmatische Weise zu verstärken, ohne dabei irgendwelche neuen Institutionen zu schaffen.<sup>2</sup> Die britische Regierung hatte diesen Vorschlag mit einer Note vom 19. November 1965 begrüßt und durch einige Anregungen ergänzt.<sup>3</sup> Beide Regierungen stimmten u. a. darin überein, daß Ad-hoc-Konsultationen auf allen geeigneten Ebenen über Fragen von gemeinsamen Interessen stattfinden sollen, wann immer sich solche formlosen Gespräche als nützlich erweisen würden.

Auf Anregung der britischen Regierung haben sich die Leiter der politischen Abteilungen der beiden Außenministerien am 1. und 2. Dezember 1966 zum ersten Mal zu einem Meinungsaustausch in London getroffen. Auf deutscher Seite nahmen die Ministerialdirektoren Meyer-Lindenberg und Ruete, LR I Dannenbring (Referat I A 5) und ein Vertreter der Botschaft London teil. Die britischen Gesprächspartner waren Lord Hood (Deputy Undersecretary of State im Foreign Office), Mr. Barnes (Leiter des Western Organizations and Coordination Department im Foreign Office), Mr. Campbell (Leiter des Western Department im Foreign Office) und zeitweise Sir Roger Allen (Deputy Undersecretary of State im Foreign Office).

Die Konsultationen begannen am 1. Dezember 1966 abends und wurden am 2. Dezember 1966 vormittags und nachmittags fortgesetzt. Dabei wurden von beiden Seiten alle wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse berührt:

Aus dem Bericht von Lord Hood über die Besprechungen, die Außenminister Brown am 23. und 24. November 1966 in Moskau führte<sup>4</sup>, ergab sich, daß weder in der Vietnam-Frage<sup>5</sup> noch in den Fragen der Erweiterung des Testbann-

<sup>1</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank vgl. Referat I A 5, Bd. 298.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 71, Anm. 55.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der britischen Note vgl. Ministerbüro, Bd. 218.

Vgl. dazu auch AAPD 1965, III, Dok. 424.

<sup>4</sup> Der britische Außenminister hielt sich vom 23. bis 25. November 1966 in Moskau auf. Vgl. dazu den Artikel „Ich muß nach Rußland – koste es, was es wolle“, DIE WELT, Nr. 274 vom 24. November 1966, S. 2.

<sup>5</sup> Zu den Vorschlägen des britischen Außenministers Brown zur Beendigung des Vietnam-Kriegs vgl. Dok. 360, Anm. 46.

Die sowjetische Haltung zu den britischen Vorstellungen bezeichnete der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, als „unzugänglich“: „Irgendeine Bereitschaft, auf Nordvietnam maßgebend einzuwirken oder Vermittlungsaktionen zu unterstützen, sei nicht erkennbar geworden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2335 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 28. November 1966; VS-Bd. 4205 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Abkommens<sup>6</sup> und einer europäischen Sicherheitskonferenz<sup>7</sup> eine Annäherung der Standpunkte erzielt werden konnte. Als einzigen Fortschritt konnte die britische Delegation ein stärkeres Interesse der sowjetischen Regierung an einem Nichtverbreitungs-Abkommen<sup>8</sup> verzeichnen. Bei der Erörterung der Möglichkeiten für eine europäische Sicherheitskonferenz wiederholten die Sowjets ihre bekannten Thesen zur Deutschlandfrage. Außenminister Brown trat dem sowjetischen Standpunkt entgegen und forderte die Teilnahme der USA. Ein konkretes Ergebnis wurde nicht erreicht.

Die britische Seite begrüßte die ihr im einzelnen dargelegten deutschen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern<sup>9</sup> und sicherte uns die diplomatische Unterstützung Großbritanniens bei der Abwehr einer Aufwertung der SBZ im Falle der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Ländern zu. Es fand ein Meinungsaustausch über die bevorstehenden Sitzungen des NATO-Ministerrats<sup>10</sup>, des WEU-Ministerrats<sup>11</sup> und der WEU-Versammlung<sup>12</sup> statt. Dabei ergab sich volle Übereinstimmung über die wichtigsten Tagesordnungspunkte. Aus dem Arbeitsbereich des Europarats wurden die für Januar 1967 angesetzte Deutschlanddebatte<sup>13</sup> sowie die Bestrebungen des Europarats um Herstellung technisch-wissenschaftlicher Kontakte zu osteuropäischen Ländern<sup>14</sup> besprochen. Die britische Seite wurde un-

<sup>6</sup> Das Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 untersagte lediglich Atomtest zu Lande, im Wasser und in der Atmosphäre. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Dazu teilte der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, am 28. November 1966 mit: „Der von britischer Seite gemachte Vorschlag, daß zunächst amerikanisch-sowjetische und britische Sachverständige sich über neue Methoden der Kontrolle unterirdischer atomarer Versuche unterhielten, sei von den Sowjets abgelehnt worden. Offensichtlich seien sie nicht bereit, sich auf dem Gebiet der unterirdischen atomaren Versuche jetzt irgendwelchen Beschränkungen zu unterwerfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2335 des Botschafters Blankenhorn, London; VS-Bd. 4205 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Zum sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 142 und Dok. 240, Anm. 2.

Botschafter Blankenhorn, London, erhielt dazu die Information, der sowjetische Außenminister Gromyko sei der Forderung nach Beteiligung der USA an einer solchen Konferenz ausgewichen: „Nach sowjetischer Auffassung sollten alle europäischen Staaten teilnehmen. Die Hauptthemen der Konferenz seien: atomfreie Zonen und die Festlegung (codification) der Grenzen in Europa.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2335 vom 28. November 1966; VS-Bd. 4205 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 383 und weiter Dok. 394.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 412.

<sup>10</sup> Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 15./16. Dezember 1966 vgl. Dok. 410 und Dok. 414.

<sup>11</sup> Der WEU-Ministerrat tagte am 19./20. Dezember 1966 in Bonn. Vgl. dazu die Artikel „Brandt erinnert an die Bereitschaft zur Atomkontrolle“ und „England bekräftigt in Bonn den Wunsch zum Anschluß an die EWG“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 295 vom 20. Dezember 1966, S. 1, und Nr. 296 vom 21. Dezember 1966, S. 1.

<sup>12</sup> Die WEU-Versammlung fand vom 12. bis 15. Dezember 1966 in Paris statt. Sie sprach u. a. Empfehlungen zur Abrüstungsfrage, zu den Kosten für die Verteidigung Westeuropas, zur Situation des Warschauer Pakts, zur Haltung Westeuropas gegenüber der Entwicklung in Osteuropa, zur Zukunft der WEU sowie zum Stand der europäischen Sicherheit aus. Für den Wortlaut der Empfehlungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 37–41.

<sup>13</sup> Zur Debatte der Beratenden Versammlung des Europarats am 23./24. Januar 1967 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 76–86.

<sup>14</sup> Im Kommuniqué über die Tagung des Ministerausschusses des Europarats am 12./13. Dezember 1966 in Paris wurde die „günstige Entwicklung“ der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten hervorgehoben, die sich in einer wachsenden Anzahl bilateraler Abkommen „auf kulturellem, techni-

terrichtet, daß die deutsche Regierung diese Ostkontakte begrüße, jedoch einige Vorbehalte in bezug auf die Prozedur<sup>15</sup> geltend machen müsse. Bei der Erörterung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie ergab sich Übereinstimmung, daß sowohl hinsichtlich der italienischen Initiative<sup>16</sup> als auch des Gemeinschaft-Vorschlags von Premierminister Wilson<sup>17</sup> noch einige Vorfragen zu klären seien.

Auf dem Gebiet der Entspannung und Abrüstung wurden neben dem britischen Vorschlag einer „Declaration on Europe“<sup>18</sup> die deutsche Initiative betreffend den Nuklearherstellungsverzicht in NATO und Warschauer Pakt<sup>19</sup> sowie die Frage einer Verminderung der Streitkräfte in Ost und West<sup>20</sup> behandelt. Die britischen Gesprächspartner begrüßten die deutschen Vorschläge über einen Herstellungsverzicht; die Verminderung von Streitkräften könne nach ihrer Ansicht mit einer symbolischen Truppenreduzierung begonnen werden, um auf diese Weise die sowjetische Bereitschaft zu ähnlichen Maßnahmen auf die Probe zu stellen.<sup>21</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1589*

schem und kommerziellem Gebiet“ äußere. Es wurde bekräftigt, „daß der Europarat das Interesse, welches diese Länder an einer Beteiligung an gewissen kulturellen, juristischen und technischen Arbeiten des intergouvernementalen Arbeitsprogramms der Organisation, die auf Gegenseitigkeit beruhen, an den Tag legen könnten, günstig aufnehmen sollte“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 73.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg erläuterte dazu, es solle „sichergestellt werden, daß diese Kontakte nicht politisch mißbraucht würden“. Als Voraussetzungen nannte er: „1) Zulassung dieser Kontakte nur durch den Ministerrat; [...] 3) vorherige Unterrichtung der osteuropäischen Länder, daß die SBZ nicht zugelassen werde; 4) kein Mißbrauch der Anwesenheit osteuropäischer Vertreter für Propagandazwecke“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Dannenbring vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2451 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16</sup> Die italienische Regierung übermittelte den übrigen NATO-Mitgliedstaaten am 16. September 1966 ein Memorandum zur technologischen Rückständigkeit der europäischen Staaten, in dem „eine Art neuer Marshallplan“ in Form eines Kooperationsabkommens mit den USA sowie ein „New Drive“ in der Zusammenarbeit der westlichen Nationen“ auf technologischem Gebiet gefordert wurde. Vgl. die Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer vom 28. September 1966; Referat I A 6/I B 1, Bd. 140.

Am 7. Dezember 1966 erläuterte der italienische Außenminister Fanfani im EWG-Ministerrat die italienischen Vorschläge, zu denen am Vortag ein weiteres Memorandum über den „geographischen Rahmen, Sektoren, Mittel, Organisation und Verfahren einer Aktion auf diesem Gebiet“ vorgelegt worden sei: „Ziel sei weniger ein amerikanischer technologischer Beitrag für (die) europäische Entwicklung, als vielmehr Gebiete zu finden, auf denen Europa und (die) USA gleichberechtigt zusammenwirken könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2094 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 7. Dezember 1966; Referat I A 6/I B 1, Bd. 140. Vgl. dazu weiter Dok. 405, Anm. 11.

<sup>17</sup> Am 14. November 1966 sprach der britische Premierminister bei einem Bankett des Lord Mayor von London. Im Rückblick notierte Wilson dazu: „It was in this speech that I first put forward my proposal for ‚a drive to create a new technological community to pool within Europe the enormous technological inventiveness of Britain and other European countries, to enable Europe, on a competitive basis, to become more self-reliant and neither dependent on imports nor dominated from outside, but basing itself on the creation of competitive indigenous European industries.‘“ Vgl. WILSON, *The Labour Government*, S. 300. Vgl. auch den Artikel „Into Europe with industry's help“; *THE TIMES*, Nr. 56789 vom 15. November 1966, S. 1.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 360, Anm. 35.

<sup>19</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 385.

<sup>20</sup> Vgl. dazu Dok. 364.

<sup>21</sup> Am 21. November 1966 nahm der britische Außenminister auf einer Konferenz west- und osteuropäischer Journalisten in London gegen den Gedanken einer Auflösung der Bündnisse Stellung. Dies bedeute, „den militärischen Wagen vor das politische Pferd spannen. Man beseitigt politische Schwierigkeiten nicht dadurch, daß man Armeen abschafft.“ Brown sprach sich jedoch für eine

Im Zusammenhang mit der Frage der Stationierung französischer Truppen in Deutschland<sup>22</sup> sprach sich die britische Seite dafür aus, die bilateralen deutsch-französischen Verhandlungen ohne Rücksicht auf die voraussichtlich länger dauernden Gespräche zwischen Lemnitzer und Ailleret<sup>23</sup> fortzusetzen.

Zum Schluß der Konsultationen fand ein Meinungsaustausch über die Lage im Nahen Osten<sup>24</sup> und in Afrika statt, wobei der britische Gesprächspartner insbesondere die Lage in Rhodesien<sup>25</sup> und Aden<sup>26</sup> erläuterte. – Ein ausführliches

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1590*

Reduzierung der Truppen von NATO und Warschauer Pakt aus, wobei das militärische Gleichgewicht erhalten bleiben müsse. Da „aus politischen Gründen“ ein Abkommen kaum zustande käme, „ließe sich vielleicht mit gegenseitigem guten Beispiel etwas erreichen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV, 1967, D 35.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, erklärte dazu, „daß eine förmliche Zustimmung der Sowjets zu Truppenreduzierungen nicht zu erwarten sei. Die Verminderung von Truppen könne jedoch möglicherweise dadurch erfolgen, daß eine Seite dem Beispiel der anderen folgt (by mutual example)“. Dabei müsse jedoch formlos festgestellt werden, daß die Gegenleistung auch folgen werde. Offen sei dann noch das Problem der Inspektion. Man könnte vielleicht mit einer symbolischen Verminderung (token reduction) beginnen und die Reaktion der Sowjets abwarten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Dannenbring vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2451 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>22</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 355 und weiter Dok. 401.

<sup>23</sup> Zur Beauftragung des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa und des Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte mit der Erörterung der Frage des künftigen Verhältnisses der französischen Truppen zur NATO und des militärischen Auftrags der französischen Truppen in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 337.

Das erste Gespräch zwischen Lemnitzer und Ailleret fand am 23. November 1966 statt. Am 28. November 1966 berichtete Lemnitzer im Ständigen NATO-Rat, es seien insbesondere die Fragen erörtert worden, „1) welche französischen Streitkräfte im Fall des Artikels 5 verfügbar seien; 2) innerhalb welcher Zeit sie verfügbar seien und in welcher Weise sie dem NATO-Kommando unterstellt würden; 3) unter welchen Bedingungen und auf welche Weise die französischen Truppen eingesetzt werden könnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2197 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 29. November 1966; VS-Bd. 8134 (201); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>24</sup> Zum israelisch-jordanischen Konflikt vgl. Dok. 380, Anm. 3.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Allen, führte dazu aus, „Israel habe sich ‚quite unaccountably and unexpectedly stupid‘ benommen. Der Angriff auf Jordanien sei ein schwerer Fehler gewesen und habe das jordanische Regime erschüttert. Man könne nur hoffen, daß es überlebe.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schulte-Strathaus, London, vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2508 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>25</sup> Zur Situation in Rhodesien vgl. zuletzt Dok. 360, besonders Anm. 56 und 57.

Am 2./3. Dezember 1966 verhandelten Premierminister Wilson und Ministerpräsident Smith an Bord des britischen Kreuzers „Tiger“ vor der Küste von Gibraltar. Sie vereinbarten Änderungen zur rhodesischen Verfassung, Modalitäten für eine Volksabstimmung sowie eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Regierung; die vorgesehene Interimsregierung sollte von Smith geführt werden. Die Bestimmungen für die Interimsregierung wurden jedoch von der rhodesischen Regierung am 5. Dezember 1966 abgelehnt. Smith erklärte dazu am 6. Dezember 1966, er habe Wilson „an Ort und Stelle über die Unannehmbarkeit des Abschnittes ‚Rückkehr zur Legalität‘ nicht im Zweifel gelassen, demgegenüber aber zugesichert, seinem Kabinett und dem rhodesischen Volk [...] ungeachtet einiger Schönheitsfehler die Grundsätze für die Unabhängigkeitsverfassung zur Annahme zu empfehlen. Die Ablehnung des Arbeitsdokuments sei einstimmig gewesen, und zwar vor allem wegen der darin enthaltenen Forderungen nach Übergabe der Regierungsgewalt an eine nicht repräsentative Interimsregierung und nach Aufgabe der gegenwärtigen Verfassung, noch ehe die künftige Unabhängigkeitsverfassung im einzelnen ausgearbeitet, geschweige denn angenommen worden sei.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 502 des Generalkonsuls König, Salisbury, vom 9. Dezember 1966; Referat I B 3, Bd. 645.

Für den Wortlaut des Entwurfs der Verfassungsänderungen für Rhodesien vom 3. Dezember sowie die Erklärung des rhodesischen Ministerpräsidenten vom 5. Dezember 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 56–60. Vgl. auch WILSON, The Labour Government, S. 309–317.

<sup>26</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg äußerte die Befürchtung, „daß Aden und die angrenzenden Gebiete sehr leicht von der VAR überrannt werden könnten und dort eine sowjetische Einflußsphäre entstehe, insbesondere wenn eine etwaige Volksbefragung in Djibouti zugunsten der

Ergebnisprotokoll über die einzelnen Gesprächsthemen wird angefertigt.<sup>27</sup> Die britischen Gesprächspartner erklärten, daß sie Konsultationen dieser Art für sehr nützlich hielten und daß sie es begrüßen würden, wenn die Gespräche zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt werden könnten.

Die Konsultationen haben auch von unserem Standpunkt aus gezeigt, daß sie einen guten Einblick in die Einstellung des Foreign Office zu aktuellen Problemen vermitteln und darüber hinaus den persönlichen Kontakt zu leitenden Beamten des Foreign Office fördern. Es entspricht daher auch unserem Interesse, zu gegebener Zeit von der britischen Bereitschaft zu weiteren Konsultationen Gebrauch zu machen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>28</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>29</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 2451 (I A 5)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1591*

Unabhängigkeit dieses Platzes ausfalle“. Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Allen, wies darauf hin, daß die UdSSR „in dem arabischen Raum bisher eher Mäßigung gezeigt“ habe. Großbritannien, das Aden mit 15 Millionen Pfund Sterling im Jahr unterstütze, könne sich nach dem Abzug von dort aber nicht „in Form eines Verteidigungsabkommens“ militärisch engagieren. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schulte-Strathaus, London, vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2508 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>27</sup> Für die Aufzeichnung vom 6. Dezember 1966, die Legationsrat I. Klasse Dannenbring Ministeri-  
aldirektor Meyer-Lindenberg am 9. Dezember 1966 vorlegte, vgl. VS-Bd. 2451 (I A 5); B 150, Ak-  
tenkopien 1966. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schulte-Strathaus,  
London, vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2508 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1966. Für Auszüge vgl.  
Anm. 15, 21, 24 und 26.

<sup>28</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 7. Dezember 1966 vorgelegen.

<sup>29</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

389

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg****I B 4-82.00-92.22/1457/66 geheim****6. Dezember 1966<sup>1</sup>**

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten<sup>2</sup>

Bezug: Beiliegende Weisung des Herrn Bundesministers vom 24. November 1966<sup>3</sup>

I. Ein Datum für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien steht noch nicht fest. Die jüngsten in Amman geführten Besprechungen<sup>4</sup> berechtigen jedoch zu der Erwartung, daß sich König Hussein im Laufe der kommenden Wochen entschließen wird, die Beziehungen mit uns wieder aufzunehmen.<sup>5</sup> Wir versprechen uns davon nicht nur eine volle Normalisierung des deutsch-jordanischen Verhältnisses, sondern auch eine stimulierende Wirkung auf das Verhältnis zu den anderen arabischen Staaten.

Ein gewisses Risiko könnte darin bestehen, daß Präsident Nasser seine eigenen Pläne, die auf die Bewahrung der führenden Rolle in den deutsch-arabischen Beziehungen<sup>6</sup> und auf die Gewährung einer neuen beträchtlichen deutschen Kapitalhilfe an die VAR gerichtet sind<sup>7</sup>, durch den Alleingang von König Hussein gefährdet sieht und ihn deshalb angreift. Um dieses Risiko zu verringern, muß unser Bemühen darauf gerichtet sein, dem Schritt König Husseins möglichst bald die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu einem oder zu mehreren anderen arabischen Ländern folgen zu lassen. Da die besten Aussichten in dieser Richtung gegenwärtig im Sudan bestehen, haben wir die sudanesishe Regierung im Anschluß an die im September 1966

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 375.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt.

Bundesminister Schröder bat Staatssekretär Carstens, „vorsorglich eine Aufzeichnung über die diplomatischen Schritte vorzubereiten, die – im Falle der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jordanien – gegenüber den anderen arabischen Staaten, der Arabischen Liga und interessierten Regierungen (drei Westmächte, Israel) zu unternehmen wären“. Vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen des Ministerialdirigenten Böker mit der jordanischen Regierung vom 28. bis 30. November 1966 vgl. Dok. 380.

<sup>5</sup> Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien erfolgte am 27. Februar 1967. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 172.

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch Dok. 402.

<sup>7</sup> Zu Beginn des Jahres 1966 war die Kapitalhilfe an die VAR in Höhe von 230 Mio. DM bis auf 21,56 Mio. DM ausgeschöpft. Am 12. Oktober 1966 setzte der Mitarbeiter der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Guth, Ministerialdirektor Harkort von einem Gespräch mit dem Notenbankpräsidenten der VAR in Kenntnis. Zandou habe hinsichtlich einer Erhöhung der Kapitalhilfe direkte Verhandlungen zwischen den Banken vorgeschlagen, „solange die schlechten politischen Beziehungen anhielten“. „Z. B. könnte man doch daran denken, daß die 230 Mio. DM Kreditzusage durch einen einfachen Briefwechsel zwischen der KfW und der ägyptischen Notenbank um 100–150 Mio. DM aufgestockt würde.“ Vgl. den Vermerk von Harkort vom 14. Oktober 1966; Referat III B 6, Bd. 529.

mit ihr geführten Geheimverhandlungen<sup>8</sup> wissen lassen, sie möge bei ihren auf die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gerichteten Plänen und Aktionen keine Zeit mehr verlieren. Unser sudanesischer Gesprächspartner hat uns geantwortet, daß die sudanesishe Regierung sich einem anderen arabischen Staat, der als erster die Beziehungen zu uns wieder aufnimmt, wahrscheinlich sogleich anschließen würde.<sup>9</sup>

II. Die Arabische Liga und die arabischen Regierungen haben wiederholt erklärt, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen hänge davon ab, daß die Bundesregierung ihre Haltung zum Palästina-Problem klarstellt und in ihrer Nahost-Politik Israel nicht einseitig bevorzugt. Die arabischen Erwartungen hinsichtlich der deutschen Haltung in der Palästina-Frage gehen vor allem in die Richtung, daß die Bundesregierung eine zusätzliche nennenswerte Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge bereitstellt<sup>10</sup> und daß sie die Beschlüsse der Vereinten Nationen bezüglich der Palästina-Flüchtlinge<sup>11</sup> unterstützt.

Die von uns geplante besondere Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge hat bisher nicht die Zustimmung des Kabinetts gefunden.<sup>12</sup> Nach Ansicht von Abteilung I sollte das Kabinett jedoch in naher Zukunft nochmals mit dieser Frage befaßt werden.<sup>13</sup>

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien sollte nach Ansicht von Abteilung I ferner zum Anlaß genommen werden, durch den Regierungssprecher in einer Erklärung darauf hinzuweisen, daß es die Politik der Bundesregierung auch im Nahen Osten ist, sich nicht in innere Angelegenheiten fremder Staaten oder in regionale Konflikte einzumischen, und daß die Bundesregierung alle Aktionen unterstützt, insbesondere die der Vereinten Nationen, die zu einer friedlichen Regelung der Probleme im Nahen Osten beitragen können.<sup>14</sup> Mit einer solchen Erklärung können wir den arabischen Er-

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 308.

<sup>9</sup> Der sudanesishe Sonderbeauftragte El Tom ließ Legationsrat Mez, Khartum (Vertretung bei der französischen Schutzmacht), am 27. November 1966 wissen, „es ließe sich noch nicht voraussehen, ob gemeinsames oder das Vorgehen einzelner Staaten erfolgen würde. Sollte gemeinsames Vorgehen oder Initiativen einzelner Staaten erfolgen, würde sich der Sudan sofort anschließen, andernfalls allein handeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; VS-Bd. 10085 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>10</sup> Der ägyptische Botschafter in Paris, El Naggar, informierte am 13. Dezember 1966 Botschaftsrat I. Klasse Fechter, Paris, über den Wunsch der arabischen Staaten, daß die Bundesrepublik hinsichtlich der Entwicklungshilfe „in Zukunft eine neutralere Haltung“ einnähme. Zudem sei es „die begreifliche arabische Auffassung, daß wir durch unsere in die Milliarden gehenden Wiedergutmachungszahlungen an den Staat Israel diesen einseitig begünstigt hätten, und daß wir danach doch wohl auch einmal eine Geste gegenüber den Palästina-Flüchtlingen durch eine besondere finanzielle oder wirtschaftliche Hilfeleistung machen sollten.“ Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vom 14. Dezember 1966; VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 191, Anm. 13.

<sup>12</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 328.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „[richtig]“. Staatssekretär Lahr vermerkte dazu handschriftlich für Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg: „Bitte Maßnahmen einleiten, damit Kabinett sich damit noch vor Weihnachten befaßt.“ Vgl. Anm. 17.

<sup>14</sup> Eine entsprechende Erklärung wurde am 16. Dezember 1966 von Bundesminister Brandt im Bundestag abgegeben. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3856.

wartungen in bezug auf unsere Haltung zur Palästina-Frage entgegenkommen, ohne andererseits unsere Beziehungen zu Israel zu belasten.

III. Diplomatische Schritte bei den anderen arabischen Staaten, die der Erläuterung der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jordanien dienen, sind nach Ansicht von Abteilung I weder möglich noch erforderlich. Wohl aber sollten wir unsere Auslandsvertretungen im Nahen Osten und in anderen wichtigsten Hauptstädten fernschriftlich mit einer Sprachregelung versehen, die sie in Stand setzt, bei Anfragen aus Kreisen der Regierung die Grundsätze unserer Nahost-Politik und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jordanien zu erläutern.

Wie wir in unseren bisherigen inoffiziellen, vertraulichen Gesprächen mit einzelnen arabischen Regierungen und der Arabischen Liga<sup>15</sup> stets erklärt haben, sollten wir auch in der Sprachregelung betonen, daß es ausschließlich Angelegenheit der arabischen Staaten selber sei zu entscheiden, ob sie die Beziehungen zu uns gemeinsam oder einzeln wieder aufnehmen wollen.

Die französische Regierung, welche die Vertretung unserer Interessen in Jordanien übernommen hat, mußte rechtzeitig von der bevorstehenden Wiederaufnahme der Beziehungen mit Jordanien unterrichtet werden. Dasselbe gilt für unsere Schutzmächte in den anderen arabischen Staaten. Eine gesonderte vorherige Unterrichtung der Westmächte, soweit sie nicht unsere Schutzmächte sind, erscheint dagegen nicht erforderlich.

Auch gegenüber Israel ist eine gesonderte Unterrichtung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien nicht notwendig. Das israelische Außenministerium hat uns zu wiederholten Malen versichert, daß es nicht nur nichts gegen eine Normalisierung der deutsch-arabischen Beziehungen einzuwenden habe, sondern die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten begrüßen würde.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>17</sup> weisungsgemäß vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2633 (I B 4)

<sup>15</sup> Am 23. Dezember 1966 wurde dem Leiter des Büros der Arabischen Liga in Bonn, Azzam, mitgeteilt, daß Bundesminister Brandt zu einem Gespräch mit Generalsekretär Hassouna bereit sei. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 27. Dezember 1966; VS-Bd. 2565 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16</sup> Hat den Staatssekretären Carstens am 7. Dezember und Lahr am 8. Dezember 1966 vorgelegen.

<sup>17</sup> Am 12. Dezember 1966 vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich für den am selben Tag ernannten Staatssekretär Schütz: „Staatssekretär Lahr erbittet eine Initiative im Kabinett noch vor Weihnachten. Rücksprache.“ Vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966. Das Bundeskabinett befaßte sich am 11. Januar 1967 mit der Hilfe für Palästina-Flüchtlinge.



## 390

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-97.A/66 geheim

8. Dezember 1966<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Dezember 1966 um 15 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee.

Der *Botschafter* brachte einleitend seine Hoffnung auf gute und enge Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung<sup>2</sup> und insbesondere mit dem Herrn Bundesminister zum Ausdruck.

Der Herr *Bundesminister* dankte für die guten Wünsche, die er von Außenminister Rusk erhalten habe, und sagte, er werde in der kommenden Woche mit ihm zusammentreffen, doch werde dies am 13. Dezember wegen der Regierungserklärung<sup>3</sup> noch nicht möglich sein. Er hoffe, am 14. oder 15. Dezember werde sich die Möglichkeit zu einem Gespräch mit Herrn Rusk ergeben.<sup>4</sup> Die neue Regierung bekräftige die Gefühle der Freundschaft, die auch bisher das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gekennzeichnet hätten. Darüber werde auch in der Regierungserklärung etwas gesagt werden. Es gebe eine Reihe von Themen, die man freimütig erörtern müsse und hinsichtlich derer man für einen amerikanischen Rat dankbar wäre. Hierzu gehöre u. a. die Frage, wie die Kennedy-Runde<sup>5</sup> beschleunigt werden könne. Deutscherseits sei man nach wie vor an einem erfolgreichen Abschluß dieser Bemühungen interessiert. Ein weiteres Thema betreffe das Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern. Ähnliches gelte für die Frage des Gemeinsamen Marktes und des Beitritts Großbritanniens.<sup>6</sup> Ferner gehöre hierzu der gesamte NATO-Komplex.

Was eine Begegnung zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten angehe, so würde es der Bundeskanzler begrüßen, in nicht allzu

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 9. Dezember 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 13. Dezember 1966 übermittelte Vortragender Legationsrat Loeck je eine Ausfertigung an Staatssekretär Schütz und an die Ministerialdirektoren Meyer-Lindenberg und Ruete. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>2</sup> Zur Regierungskrise vgl. Dok. 365, Anm. 5.

Bundeskanzler Erhard erklärte am 30. November 1966 seinen Rücktritt. Am 1. Dezember 1966 wurde Kurt-Georg Kiesinger zum Bundeskanzler gewählt und bildete eine Koalition aus CDU, CSU und SPD. Die neuen Minister wurden am 1. Dezember 1966 von Bundespräsident Lübke ernannt. Vgl. dazu BULLETIN 1966, S. 1229–1231.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BE-  
RICHTER, Bd. 63, S. 3656–3665. Für Auszüge vgl. Anm. 18 und 19.

<sup>4</sup> Bundesminister Brandt führte am Rande der NATO-Ministerratstagung am 14. Dezember 1966 ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Vgl. dazu die handschriftliche Notiz von Brandt vom 14. Dezember 1966; Willy-Brandt Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bundesminister des Auswärtigen 1966–1969, Mappe 17: Gespräche und Reden – Notizen, Aufzeichnungen 1966/67.

<sup>5</sup> Zum Stand der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. zuletzt Dok. 300.

<sup>6</sup> Zum britischen Wunsch nach einem Beitritt zur EWG und zur Haltung der Bundesrepublik vgl. Dok. 371.

ferner Zeit den Präsidenten zu sehen<sup>7</sup>, doch wolle man seinen Plänen nicht vorgreifen. Die neue Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die guten und persönlichen Beziehungen, die bisher bestanden hätten, auch unter dem neuen Bundeskanzler und Außenminister fortgesetzt würden.

[Auf] die Frage des *Botschafters*, ob der Eintritt der SPD in die Regierung gewissen Vorstellungen zum Durchbruch verhelfen würde, antwortete der Herr *Minister*, die Präsentation werde etwas anders sein. Bei den im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen im kleinen Kreis geführten Gesprächen habe sich ein hohes Maß an Übereinstimmung ergeben.<sup>8</sup> Wichtig sei die Frage, wie man die Lage der eigenen Bevölkerung erkläre. Es habe keinen Sinn, Schwierigkeiten oder Verschiedenheiten der Auffassungen zu verschleiern. Man wisse, daß in einer Allianz nicht alle über alle Fragen einig sein könnten.

Was das deutsch-französische Verhältnis angehe, wolle man einen neuen Anfang machen, wisse aber nicht, wie weit man kommen werde. Der deutsch-französische Vertrag von 1963<sup>9</sup> habe seiner Ansicht nach doch größeren Erfolg gehabt, als es de Gaulle zugebe, was vor allem für den Bereich der geschäftlichen Kontakte, der menschlichen Begegnungen und des Jugendaustausches<sup>10</sup> gelte. Politisch sei er allerdings nur ein Rahmen mit bisher wenig Inhalt geblieben. Darüber sollte gesprochen werden. Was den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt angehe, so hoffe man, den Vertrag auch hierfür nutzbar machen zu können.

Was die osteuropäischen Länder angehe, so glaube er, daß die Auffassungen des Bundeskanzlers und Präsident Johnsons nicht allzu weit auseinander seien.<sup>11</sup>

Eine weitere Frage, die im Kabinett allerdings noch diskutiert werde, betreffe das nukleare Problem und seine Behandlung innerhalb des Bündnisses. Deut-

<sup>7</sup> Auf einer Pressekonferenz am 13. November 1966 in Fredericksburgh bekräftigte Präsident Johnson die Absicht, im Frühjahr 1967 zu einem Besuch in die Bundesrepublik zu reisen. Vgl. dazu den Artikel „Johnson kommt nach Deutschland“, *DIE WELT*, Nr. 267 vom 15. November 1966, S. 1.

Bereits im Dezember 1966 wurden in der Presse Zweifel am Zustandekommen der geplanten Reise laut, da Johnson noch auf eine Einladung des Staatspräsidenten de Gaulle warte, der sich bislang nicht interessiert zeige. Vgl. dazu die Meldung „Verschiebt Johnson seine Reise nach Europa?“, *DIE WELT*, Nr. 290 vom 13. Dezember 1966, S. 4.

Am 5. April 1967 hielt sich der amerikanische Vizepräsident Humphrey in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. AAPD 1967.

Präsident Johnson traf anlässlich der Beisetzung des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer am 24. April 1967 in Bonn auch mit Bundespräsident Lübke zusammen. Erste Gespräche zwischen Kiesinger und Johnson wurden am 15./16. August 1967 in Washington geführt. Vgl. AAPD 1967.

<sup>8</sup> Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 173–176. Vgl. ferner die Artikel „Große Koalition CDU/SPD in Sicht“ sowie „Streit in der SPD um die Große Koalition“, *DIE WELT*, Nr. 276 vom 27. November 1966, S. 1, bzw. Nr. 277 vom 28. November 1966, S. 1.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 367, Anm. 55 und 56.

<sup>11</sup> Am 5. Dezember 1966 erklärte Bundeskanzler Kiesinger in einem Interview für die „Stuttgarter Zeitung“: „Unter bestimmten Voraussetzungen betrachte ich die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem einen oder anderen Land Osteuropas für wünschenswert. Man muß aber natürlich daran denken, daß so etwas differenziert und behutsam gemacht werden muß. Vor allem muß vermieden werden, daß eine Kettenreaktion von völkerrechtlichen Anerkennungen der Zone die Folge ist. Das würde bedeuten, daß wir durch die formelle Aufnahme diplomatischer Beziehungen mehr Schaden anrichten als Nutzen erzielen.“ Vgl. BULLETIN 1966, S. 1239. Zur Haltung des Präsidenten Johnson vgl. Dok. 347.

scherseits werde man nicht das nationale Eigentum an nuklearen Waffen anstreben. Man hoffe, daß ein Nichtverbreitungsvertrag<sup>12</sup> in einer Weise ausgearbeitet werden könne, der den legitimen Interessen der nichtnuklearen Partner des Bündnisses voll Rechnung trage. Um eine „hardware“-Lösung wolle man sich nicht bemühen.<sup>13</sup> Wichtig sei aber die gemeinsame Erörterung und Festlegung der strategischen Konzepte sowie der strategischen Planung.<sup>14</sup>

Bezüglich der Deutschlandfrage seien die Vorstellungen der Regierung bekannt. Den legitimen Wunsch nach Wiedervereinigung des Landes könne man nicht aufgeben. Die Regierung werde aber alles tun, um auf den verschiedenen Gebieten die Kontakte zu fördern, doch sei eine Anerkennung der Zone als Staat ausgeschlossen.

Zur Frage der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern führte der Herr Minister aus, daß nach der Auffassung des Bundeskanzlers und seiner eigenen Auffassung die bestehenden Kontakte ausgebaut werden sollten. In der Regierungserklärung werde auch angedeutet werden, daß man zu einer Normalisierung im Sinne diplomatischer Beziehungen mit einigen osteuropäischen Ländern bereit sei, doch werde man keine Namen nennen.<sup>15</sup> Ein zusätzliches Wort werde über die Tschechoslowakei und Polen gesagt werden. Hierbei beabsichtige man, einen Schritt über die Friedensnote vom vergangenen März<sup>16</sup> hinauszugehen und etwas Spezifischeres über das Münchener Abkommen<sup>17</sup> zu erwähnen. Andererseits solle aber auch betont werden, daß man die Gefühle und Empfindungen der Sudetendeutschen verstehe, d. h. daß man die Austreibung nicht als gerechtfertigt ansehen könne.<sup>18</sup> Was Polen angehe, so werde man den Begriff „Oder-Neiße-Linie“ nicht benutzen, sondern von der Rolle sprechen, die Polen in Europa spiele. Gleichzeitig werde man Verständnis zum Ausdruck bringen für die Empfindungen der Polen und für ihren Wunsch nach Sicherheit für ihre Grenzen. Man werde ferner andeuten, daß man deutscherseits im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag bereit wäre, über Lösungen zu sprechen, die sicher nicht für alle einfach zu akzeptieren wären.<sup>19</sup> Es

<sup>12</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. zuletzt Dok. 385.

<sup>13</sup> Dazu berichtete auch der amerikanische Außenminister Rusk, z. Z. Paris, am 16. Dezember 1966: „One of the most important developments here has been Willy Brandt's reaction to non-proliferation. The present German Government is ready to forget 'hardware' and Brandt told me to forget the European clause.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 517.

<sup>14</sup> Vgl. dazu auch Dok. 406, Anm. 5 und 14.

<sup>15</sup> Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien und Ungarn vgl. zuletzt Dok. 321 und Dok. 378. Vgl. dazu weiter Dok. 412.

<sup>16</sup> Zur Note der Bundesrepublik vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>18</sup> Dazu stellte Bundeskanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966 im Bundestag fest: „Die Bundesregierung verurteilt die Politik Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsverbands gerichtet war. Sie stimmt der Auffassung zu, daß das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchener Abkommen nicht mehr gültig ist.“ Hinsichtlich der Sudetendeutschen führte Kiesinger aus: „Diese Vertriebenen haben, wie das tschechoslowakische Volk zuvor, bitteres Leid und Unrecht erfahren. Der Bundesregierung liegt daran, dieses trübe Kapitel der Geschichte unserer Völker zu beenden.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Kiesinger äußerte am 13. Dezember 1966 im Bundestag Verständnis für den Wunsch Polens, „endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben“: „Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, einer Regelung, die die Voraussetzungen

sei nicht die Absicht, der polnischen Regierung gegenüber etwas Nettes zu sagen, vielmehr seien diese Äußerungen für die polnische Bevölkerung und für die Freunde Deutschlands im Ausland bestimmt, damit sie die Deutschen nicht für unbeweglich hielten. Das Wort „Opfer“ solle nicht genannt werden, vielmehr wolle man von „Rücksichtnahme“ auf die gegenseitigen vitalen Interessen sprechen, wobei deutscherseits an die Wiedervereinigung gedacht sei.

Die Regierungserklärung werde kurz sein, so daß vielleicht nicht alle Punkte, die ihm selbst am Herzen lägen, ausdrücklich erwähnt würden, doch werde er sie dann bei anderer Gelegenheit ausführlich behandeln.

Der *Botschafter* gab sodann eine Erklärung ab, die, wie er sagte, vom Außenminister gebilligt worden sei. Die amerikanische Regierung lege größten Wert darauf, daß zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten nicht nur freundschaftliche, sondern herzliche Beziehungen bestünden, und zwar auf der Grundlage vollen Verstehens und echter Gleichberechtigung, wie dies auch in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Die Interessen beider Länder stimmten nach amerikanischer Auffassung sehr weitgehend überein. Die amerikanische Regierung sei sicher, daß das bisherige Verständnis weiter bestehen werde. Amerikanischerseits halte man die Wiedervereinigung Deutschlands für ein wesentliches Erfordernis eines dauerhaften Friedens in Europa. Man bedaure, daß bisher keine Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt worden seien, werde aber die eigenen Bemühungen um eine Lösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes unvermindert fortsetzen. Dabei sollten engstmögliche Kontakte zwischen den beiden Regierungen, zwischen den vier Regierungen und im Rahmen der NATO gewahrt werden, um zu einem gemeinsamen koordinierten Vorgehen zu gelangen.

Die Frage Berlins lasse sich von der Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht trennen. Die amerikanische Regierung setze sich auch weiterhin dafür ein, daß die Teilung Berlins überwunden werde und die Stadt ihren legitimen Platz als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands erhalte. Bis dies möglich sei, würden die Vereinigten Staaten alles zum Schutz Berlins und zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit Notwendige tun. Sie seien ferner bereit, sich weiterhin an der wirtschaftlichen Stärkung Berlins zu beteiligen. In Berlin selbst müßten die Vereinigten Staaten ihre Sonderrechte aufrechterhalten, um in der Lage zu sein, ihrer besonderen Verantwortung gerecht zu werden. Würden diese Rechte unterhöhlt werden, so würde dies die amerikanische Fähigkeit beeinträchtigen, die Berlin gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Andererseits wolle man diese Rechte nur ausüben, wenn es erforderlich sei, und dabei die zwischen Berlin und der Bundesrepublik bestehenden Verbindungen berücksichtigen sowie die Zuständigkeit der Bundesrepublik als Vertreterin Berlins im Ausland.

Was die NATO als Instrument der kollektiven Sicherheit angehe, so sei die amerikanische Regierung der Auffassung, daß sie nicht nur als vertragliche Abmachung, sondern auch als Organisation unerläßlich für die westliche Verteidigung sei. Man sei bereit und willens, mit den Verbündeten zusammenzu-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1598*

für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

arbeiten, um die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Innerhalb des Bündnisses müßten die bisherigen Grundlagen der strategischen Konzeption, die Frage der Stärke der Streitkräfte, die Verteidigungsausgaben usw. geprüft werden, was bereits auch Gegenstand der Verhandlungen in den Dreiergesprächen<sup>20</sup> sei. Ein Mann wie McCloy werde sicher nicht die Liquidation der NATO befürworten und ebenso wenig die Interessen der Deutschen außer acht lassen. Es müßten aber gewisse neue realistische Elemente berücksichtigt werden. Was den McNamara-Ausschuß angehe, so werde auf der bevorstehenden Ministerratstagung<sup>21</sup> der Vorschlag gemacht werden, hieraus eine ständige Einrichtung zur Erörterung der nuklearen Fragen zu machen.<sup>22</sup>

Die von den Vereinigten Staaten übernommenen Verpflichtungen zur Verteidigung Europas und Deutschlands würden nicht beschnitten werden. Gleichzeitig hätten die Vereinigten Staaten auch Verpflichtungen in anderen Teilen der Welt, doch seien sie in der Lage, beides gleichzeitig zu tun. Für Amerika handle es sich dabei um weltpolitische Fragen und nicht um Probleme regionalen Charakters. In der Welt von heute hingen die Dinge aufs engste miteinander zusammen und beeinflussten sich gegenseitig. Was in Vietnam geschehe, stehe nicht im Gegensatz zur amerikanischen Europapolitik. Vielmehr handle es sich um Teile der gleichen Politik.

Zum deutsch-französischen Verhältnis führte der Botschafter aus, daß man an guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein fundamentales Interesse habe und darin keinerlei Konkurrenz erblicke. Die von Frankreich aufgeworfenen Probleme<sup>23</sup> beträfen die 14 Verbündeten und nicht nur die Vereinigten Staaten. Amerikanischerseits werde man sich auch weiterhin für die Entwicklung enger Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich einsetzen. Die Vereinigten Staaten hätten beispielsweise auch immer gute Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich gehabt, ohne daß darunter die deutsch-amerikanischen Beziehungen gelitten hätten.

Bezüglich der Ost-West-Beziehungen und des Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten verwies der Botschafter auf die Erklärung Präsident Johnsons vom 7. Oktober<sup>24</sup>. Dabei habe der Präsident den Akzent nicht so sehr auf die friedliche Koexistenz, sondern ein friedliches Engagement gelegt, was konkreter sei als die Koexistenz. Amerikanischerseits halte man dies unter den gegebenen Umständen für nötig und möglich und glaube auch, daß eine Aussöhnung denkbar sei. Dabei übersehe man keineswegs die Gefahren, die sich vor allem aus einer Fehleinschätzung ergeben könnten. Man sei der Auffassung, daß eine Entspannung und die Wiedervereinigung Deutschlands sich nicht gegenseitig ausschließen, vielmehr komplementär seien. Unter Beibehaltung der Abschreckungskapazität versuche die amerikanische Regierung Gebiete zu finden, auf denen Absprachen mit der Sowjetunion möglich seien. Diese Politik

<sup>20</sup> Zur dritten Runde der Dreier-Verhandlungen vom 28. bis 30. November 1966 in Bonn vgl. Dok. 386.

<sup>21</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. Dok. 410 und Dok. 414.

<sup>22</sup> Zur entsprechenden Empfehlung der Arbeitsgruppe für Nukleare Planung vom 23. September 1966 vgl. Dok. 297, Anm. 17.

Vgl. dazu weiter Dok. 406, Anm. 13.

<sup>23</sup> Zum französischen Rückzug aus der NATO-Integration vgl. besonders Dok. 100 und Dok. 215.

<sup>24</sup> Zur Rede des Präsidenten Johnson vgl. Dok. 347.

sei bereits von Präsident Kennedy eingeleitet worden. Keineswegs sei aber daran gedacht, derartige Übereinkommen auf Kosten lebenswichtiger Interessen der Vereinigten Staaten oder ihrer Verbündeten zu erlangen. Eine Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit den osteuropäischen Ländern sei begrüßenswert, und was von der bisherigen Regierung auf diesem Gebiet erreicht worden sei<sup>25</sup>, werde anerkannt. Man hoffe, daß diese Politik fortgesetzt werde.

Desgleichen befürworte die amerikanische Regierung eine Fortsetzung der Bemühungen um einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß Europas, da Europa nur so sein Potential voll nutzen und seine ihm zustehende Rolle in der Welt spielen könne. Dabei müßte Europa eine weltweite Politik betreiben und die ihm zustehende Verantwortung in den Angelegenheiten der Welt übernehmen. Man hoffe, daß das Vereinigte Königreich als Vollmitglied dem europäischen Zusammenschluß beitreten könne.

Der Botschafter würdigte die Bemühungen um eine Liberalisierung des Handels im Rahmen des GATT. Hierin liege die Wurzel des wirtschaftlichen Aufstiegs und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. In diesem Zusammenhang komme den Verhandlungen der Kennedy-Runde große Bedeutung zu. Seitens der EWG müßten die Angebote noch ergänzt und verbessert werden.<sup>26</sup> Dies sei sowohl für die Bundesrepublik als wichtiges Handelsland wie auch für die Vereinigten Staaten von Bedeutung. Wenn das Handelssystem richtig funktionieren solle, bedürfe man angemessener währungspolitischer Regelungen, wie sie bereits in der Zehner-Gruppe<sup>27</sup>, im Internationalen Währungsfonds und in der OECD behandelt würden. Auf diese Weise könne auch zur Überwindung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten beigetragen werden. In diesem Sinne hoffe die amerikanische Regierung auch auf Unterstützung im Wege kooperativer Lösungen, wie dies bereits im Falle Großbritanniens<sup>28</sup> und Italiens<sup>29</sup> früher geschehen sei. Das amerikanische Defizit<sup>30</sup> gehe auf die

<sup>25</sup> Zur Errichtung von Handelsvertretungen in Warschau, Bukarest, Budapest und Sofia vgl. Dok. 21, Anm. 27.

<sup>26</sup> Am 16. Dezember 1966 notierte Referat III A 2, die Angebote der EWG seien „geringer als die Angebote der Mehrzahl ihrer GATT-Partner. Besonders kraß ist das Ungleichgewicht gegenüber den skandinavischen Ländern und der Schweiz: während diese zunächst ohne jede Ausnahme die volle 50 %ige Zollsenkung für den gewerblichen Bereich angeboten hatten, liegt das EWG-Angebot um 30 bis 50 % darunter. Die betroffenen Länder haben daher Kürzungen ihrer Konzessionen angedroht, falls das EWG-Angebot nicht verbessert und ein Gleichgewicht von Angeboten und Gegenangeboten hergestellt wird. [...] Auch gegenüber den USA ist das EWG-Angebot im gewerblichen Bereich um mindestens 10 % geringer als das amerikanische Angebot.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 280.

<sup>27</sup> Zur „Zehnergruppe“ gehörten die Teilnehmer der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“ des Internationalen Währungsfonds: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, die Schweiz und die USA. Sie erörterte bei ihren Zusammenkünften die internationale Währungslage und überprüfte das internationale Währungssystem vor dem Hintergrund der Statuten des Internationalen Währungsfonds.

<sup>28</sup> Zu den Stützungsaktionen für die britische Währung vgl. zuletzt Dok. 275, Anm. 12.

<sup>29</sup> Italien geriet 1963 in eine Konjunkturkrise. Im März 1964 gewährten die USA mit Unterstützung der Bundesbank und der Bank of England Italien einen Kredit zur Stabilisierung der Lira, ohne den nach italienischer Einschätzung die Regierung und die Notenbank die „Kontrolle über [die] Währung nicht wieder in die Hand bekommen hätten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 185 des Abteilungsleiters im Bundesministerium für Wirtschaft, Reinhardt, z. z. Rom, vom 4. April 1964; Referat III A 5, Bd. 388.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Dok. 275, Anm. 20.

durch den Vietnamkrieg entstandenen Belastungen zurück. Man suche dabei die verständnisvolle Unterstützung befreundeter Länder. Was die Ausgleichsverhandlungen angehe, so begrüße man es, daß die Bundesregierung zu den eingegangenen Verpflichtungen stehe. Für die Zukunft müßten neue Verfahren ausgearbeitet werden, worüber auch bereits gesprochen werde.

Auf die Entwicklungspolitik eingehend, bemerkte der Botschafter, daß die Entwicklungsländer mehr Fremdkapital benötigten, als sie auf kommerziellem Wege oder aus eigenen Mitteln bekommen könnten. Desgleichen sei auch Verteidigungshilfe erforderlich. Die amerikanische Regierung nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Bundesrepublik genau wie sie selbst ihre Entwicklungspolitik auf weltweiter Grundlage durchführe, und man sehe einer weiteren vertieften Zusammenarbeit entgegen.

Vietnam sei derzeit das für den Weltfrieden gefährlichste Problem. Die amerikanische Regierung bemühe sich dort, einer Aggression Einhalt zu gebieten. Die von ihr verfolgten Ziele seien begrenzt, und es gehe ihr vor allem darum, die Bevölkerung Südvietnams in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Das Vietnamproblem stelle für die Vereinigten Staaten eine schwere Last dar. Man würdige deshalb dankbar die Hilfe, welche die Bundesrepublik bereits geleistet habe.<sup>31</sup> Amerikanischerseits denke man nicht an einen deutschen militärischen Beitrag, doch hoffe man, daß die Kapital- und technische Hilfe verstärkt werden könne. Der amerikanischen Regierung liege daran, die Angelegenheit zu einem baldigen Ende zu bringen, wobei sie auf die Solidarität der westlichen Länder rechne.

Auf dem Abrüstungssektor verfolge man begrenzte Ziele. Was den Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrags angehe, so seien die bisherigen Gespräche mit der Sowjetunion<sup>32</sup> nur ad referendum gewesen. Die Angelegenheit werde in vollem Umfang mit den Alliierten erörtert, und man sei amerikanischerseits nicht bereit, einen Nichtverbreitungsvertrag ohne volle Konsultation abzuschließen.

Der Botschafter kam sodann auf die auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet bestehende Lücke zwischen Amerika und Europa zu sprechen. Die bereits aufgenommenen Gespräche hierüber sollten fortgesetzt werden. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik seien bereits Verhandlungen geführt worden, beispielsweise über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumforschung<sup>33</sup>, der Städteplanung, der Reinerhaltung der Luft und des Wassers usw. In diesem Zusammenhang erwähnte er den Besuch von Innenminister Udall in der Bundesrepublik.<sup>34</sup> Die amerikanische Regierung hoffe, daß durch diese zweiseitigen und soweit erforderlich mehrseitigen Gespräche die Lücke verringert werden könne.

Sodann erwähnte der Botschafter im Zusammenhang mit internationalen Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Verwendung der Atomenergie einen von

<sup>31</sup> Vgl. dazu Dok. 255, besonders Anm. 6, und Dok. 360, Anm. 48.

<sup>32</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 383 und weiter Dok. 394.

<sup>33</sup> Vgl. dazu Dok. 275, Anm. 17.

<sup>34</sup> Zum Besuch vom 3. bis 10. März 1966 vgl. Dok. 68, besonders Anm. 2 und 3.

den Polen und Tschechen unterbreiteten Vorschlag.<sup>35</sup> Man wisse, daß die deutsche Haltung durch die Mitgliedschaft in EURATOM bestimmt sei.<sup>36</sup> Diese Frage werde im Dezember im Rahmen von EURATOM zur Sprache kommen, wobei auch geprüft werden solle, inwieweit Beziehungen zwischen EURATOM und der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien hergestellt werden könnten.<sup>37</sup> Vielleicht ließe sich dadurch der Weg für ein weltweites System öffnen.

Abschließend kam der Botschafter auf die Notstandsgesetzgebung zu sprechen. Die Amerikaner wollten ihre Rechte auf diesem Gebiet<sup>38</sup> gern erlöschen sehen und sie den Deutschen übertragen.<sup>39</sup> Dabei dürfe aber keine Lücke entstehen.

Der Herr *Minister* dankte für diese Darlegung und sagte, es fehle leider die Zeit, im einzelnen darauf einzugehen, weshalb er nur einige wenige Punkte herausgreifen wolle, was aber nicht bedeute, daß die anderen weniger wichtig seien. Er sei dankbar für die Erklärung, daß sich die amerikanische Politik weiterhin auch für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen werde und daß die Amerikaner ein gutes deutsch-französisches Verhältnis begrüßten. Die Lage werde für die Deutschen leichter, wenn hierüber kein Mißverständnis bestehe. Was Berlin angehe, so wolle er bei späterer Gelegenheit einmal ausführlicher mit dem Botschafter darüber sprechen, da sich, wie er bedaure, ge-

<sup>35</sup> Zum Vorschlag der polnischen und tschechoslowakischen Regierung vgl. zuletzt Dok. 345.

<sup>36</sup> Zur Haltung der Bundesrepublik vgl. Dok. 376.

<sup>37</sup> Bereits am 31. Oktober 1966 erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lahusen dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium Homet einen deutschen Vorschlag für ein Abkommen zwischen EURATOM und IAEA, „das nicht auf Sicherheitsprobleme beschränkt sein, sondern auch Fragen des Dokumentationsaustauschs und eventueller technisch-wissenschaftlicher Zusammenarbeit regeln sollte. Auf dem Gebiet der Sicherheitskontrollen sollte das Abkommen die gegenseitige Anerkennung der Kontrollsysteme enthalten, und zwar in der Weise, daß die IAEA im Gebiet der Europäischen Atomgemeinschaft die Kontrolle der EURATOM-Kommission überläßt, während die EURATOM-Mitgliedstaaten sich bereit erklären, bei Exporten von Kernmaterial und Kernausrüstungen in Länder außerhalb des EURATOM-Bereichs IAEA-Kontrollen zu verlangen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ungerer vom 2. November 1966; Referat I A 6, Bd. 143.

Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), unterbreitete diesen Vorschlag in der Sitzung der Ständigen Vertreter vom 1. Dezember 1966 sowie während der EURATOM-Ministerratstagung vom 6. Dezember 1966. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 2049 vom 1. Dezember und Nr. 2083 vom 6. Dezember 1966; Referat I A 6, Bd. 143.

<sup>38</sup> Dazu war in Artikel 5, Absatz 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 festgelegt: „Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden, erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen. Soweit diese Rechte weiterhin ausgeübt werden können, werden sie nur nach Konsultation mit der Bundesregierung ausgeübt werden, [...] wenn die Bundesregierung darin übereinstimmt, daß die Umstände die Ausübung derartiger Rechte erfordern.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 220.

<sup>39</sup> Am 27. Mai 1968 teilten die Drei Mächte der Bundesregierung mit, daß die von ihnen „bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften“ erlöschen würden, sobald das vom Bundestag in zweiter Lesung angenommene 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Notstandsverfassung)“ sowie das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses in Kraft getreten seien. Vgl. BULLETIN 1968, S. 569.



wisse Mißverständnisse ergeben hätten, worüber der Botschafter bereits mit Herrn Carstens gesprochen habe.<sup>40</sup> Er selbst habe gewisse Vorstellungen, welche die Position der Amerikaner nicht berühren würden. Außerdem wolle er die Möglichkeiten prüfen, was zusätzlich zu den derzeitigen Maßnahmen getan werden könne, um die Position Berlins wirtschaftlich und kulturell zu stärken. Hierbei wolle er die Amerikaner nicht um Unterstützung, sondern nur um Rat bitten.

Was die Ausgleichsregelung angehe, so werde man die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Hinsichtlich der technischen Lücke zwischen Amerika und Europa glaube er sagen zu können, daß die neue Regierung für diese Frage sehr aufgeschlossen sein werde.<sup>41</sup>

Hinsichtlich EURATOMs bemerkte der Herr Minister, es sollte nichts geschehen, was EURATOM beeinträchtigen würde, doch hoffe er, daß hinsichtlich des Verhältnisses zur Wiener Organisation etwas Befriedigendes ausgearbeitet werden könne.

Der *Botschafter* sagte abschließend, Außenminister Rusk wolle mit dem Herrn Minister auch über das Berlinproblem sprechen, und er hoffe, die FDP werde nichts Überstürztes tun<sup>42</sup>, ehe dieses Gespräch stattgefunden habe. Amerikanischerseits sei man bereit, alle Aspekte dieser Frage mit der Bundesregierung zu erörtern.

Das Gespräch endete um 15.50 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>40</sup> Zum Gespräch vom 5. Dezember 1966 über die Frage des Stimmrechts für die Berliner Abgeordneten vgl. Dok. 387.

<sup>41</sup> Zum europäischen Interesse an einer verstärkten technologischen Zusammenarbeit mit den USA vgl. auch Dok. 388, Anm. 16.

<sup>42</sup> Am 21. Dezember 1966 informierte der SPD-Abgeordnete Jahn Bundesminister Brandt über die Bestrebungen der FDP-Fraktion im Bundestag, die übrigen Fraktionen für einen Antrag zur „schrittweisen Herbeiführung des vollen Berliner Stimmrechts“ zu gewinnen. Dieser betreffe „die Artikel des Grundgesetzes, die die Wahl des Bundeskanzlers, das Mißtrauensvotum und das Vertrauensvotum regeln, also nur solche Bestimmungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahl des Bundeskanzlers stehen.“ Jahn bat Brandt um ein Votum in dieser Frage mit dem Hinweis, der FDP-Fraktion sei ein Zwischenbescheid erteilt worden, doch werde „die SPD-Bundestagsfraktion spätestens am 17. Januar darüber entscheiden müssen, ob sie diesen Antrag unterstützen soll“. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 398.

## 391

**Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem  
französischen Botschafter Seydoux****Z A 5-96.A/66 geheim****8. Dezember 1966<sup>1</sup>**

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Dezember 1966 um 15.50 Uhr den französischen Botschafter Seydoux zu einem Gespräch.

Der Herr *Minister* sagte einleitend, er wolle dem Botschafter sagen, daß die Bundesregierung einen ehrlichen neuen Anlauf machen wolle. Sie sei der Auffassung, daß der deutsch-französische Vertrag<sup>2</sup> zwar nicht ganz so wenig erbracht habe, wie manchmal gesagt werde, denn im wirtschaftlichen und menschlichen Bereich sowie in der Jugendarbeit<sup>3</sup> seien recht schöne Ergebnisse erzielt worden, doch wolle sie versuchen, einen Beitrag dazu zu leisten, daß dieses bedeutende Instrument der deutsch-französischen Freundschaft einen stärkeren politischen Gehalt bekomme. Dies werde auch in der Regierungserklärung am kommenden Dienstag zum Ausdruck kommen.<sup>4</sup> Es handle sich nicht um einen Bruch in der deutschen Politik, sondern um einen Akzent, der in den der Regierungsbildung vorausgehenden Gesprächen eine Rolle gespielt habe.<sup>5</sup> Bei diesem Bemühen erhoffe die Bundesregierung eine gute Aufnahme des guten deutschen Willens in Paris.

Der Herr Minister fuhr fort, er freue sich, nächste Woche Herrn Couve de Murville wieder zu treffen.<sup>6</sup> Couve de Murville habe Botschafter Klaiber gefragt, ob der Herr Minister, wenn er komme, die Möglichkeit haben möchte, den General zu sehen<sup>7</sup>, wie dieser ja auch den italienischen Außenminister empfangen.<sup>8</sup> Darauf habe er am Vortage geantwortet, daß es für ihn natürlich eine große Freude wäre.<sup>9</sup> Inzwischen habe er mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen, der ebenfalls einverstanden wäre.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 9. Dezember 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 13. Dezember 1966 übermittelte Vortragender Legationsrat Loeck je eine weitere Ausfertigung an Staatssekretär Schütz und an Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 367, Anm. 55 und 56.

<sup>4</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger am 13. Dezember 1966 vor dem Bundestag hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen vgl. Dok. 396, Anm. 4.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 390, Anm. 8.

<sup>6</sup> Bundesminister Brandt traf im Vorfeld der NATO-Ministerratstagung am 13. Dezember 1966 in Paris mit dem französischen Außenminister zusammen. Vgl. Dok. 396.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2011 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 8528 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Staatspräsident de Gaulle empfing den italienischen Außenminister Fanfani am 17. Dezember 1966. Vgl. dazu den Artikel „Fanfani spricht de Gaulle wegen Europa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 vom 13. Dezember 1966, S. 4.

<sup>9</sup> Für das Gespräch vom 15. Dezember 1966 vgl. Dok. 398.

Zur Frage der Stationierung französischer Truppen in Deutschland bemerkte der Herr Minister, man sei sich in dieser Angelegenheit inzwischen ja schon sehr nahe.<sup>10</sup> Er habe am Vortage die Texte gesehen und auch die Vollmachten für die abschließenden Gespräche von Herrn Prof. Meyer-Lindenberg ausgestellt.<sup>11</sup> Es wäre gut, wenn hier eine vernünftige Regelung bald gefunden werden könnte.<sup>12</sup>

Der Herr Minister wiederholte, die Bundesregierung möchte gerne mit Frankreich prüfen, wie man Fortschritte in Europa erzielen und gemeinsame Auffassungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der EWG und anderen Ländern erarbeiten könne. Darüber hinaus liege ihr ein Vorankommen in den bilateralen deutsch-französischen Beziehungen am Herzen. In der Regierungserklärung werde zum Ausdruck kommen, daß man gemeinsam prüfen sollte, ob in einer den Interessen beider Länder entsprechenden Form zusätzliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Technologie und in der Rüstungsproduktion erschlossen werden könnten.

Auf die Frage von Botschafter *Seydoux*, ob der Herr Minister, als er anfänglich von Europa gesprochen habe, an ein Europa der Sechs gedacht habe, antwortete der Herr Minister bejahend und sagte, insgesamt seien hier vier wichtige Aspekte zu sehen. Zunächst gehe es darum, das bestehende wirtschaftliche Europa der Sechs voranzubringen, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Fusion der Gemeinschaften.<sup>13</sup> Zum zweiten stelle sich die Frage, ob politische Fortschritte erzielt werden könnten. Dabei wünsche er ebensowenig wie der Herr Bundeskanzler, diese Dinge nun allzu sehr als große neue Initiative in der Öffentlichkeit anzukündigen, sondern sie sachlich zu besprechen. Dabei habe er dem Bundeskanzler vorgeschlagen, daß man frei von jedem Dogmatismus vorgehen solle. Vielmehr handle es sich darum, gemeinsam zu überlegen, wie man weiterkommen könne. Der dritte Problemkreis seien die EFTA-Länder<sup>14</sup> sowie andere Drittländer, wie zum Beispiel Spanien<sup>15</sup>, deren Ver-

<sup>10</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 355.

Zu den noch offenen Fragen „Standortbereiche, Truppenbewegungen und Manöver“ übergab der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, anlässlich der Konsultationsbesprechung vom 17. November 1966 neue Vorschläge. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 18. November 1966; VS-Bd. 8525 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>11</sup> Für den Entwurf des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 2. Dezember 1966 zu einer Instruktion für den deutschen Delegationsleiter, dem Bundesminister Brandt am 7. Dezember 1966 zustimmte, vgl. VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>12</sup> Zum Abschluß der Gespräche am 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 401.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 411.

<sup>14</sup> Am 5. Dezember 1966 befürworteten die Regierungschefs der EFTA-Staaten die geplanten Sondierungen des Premierministers Wilson für einen britischen EWG-Beitritt „als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Klärung der Aussichten auf eine Lösung der Frage der europäischen wirtschaftlichen Integration, an der sie alle in geeigneter Weise teilnehmen könnten“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 20.

<sup>15</sup> Zu den Bemühungen um eine Assoziation Spaniens mit der EWG vgl. Dok. 112.

Zur Haltung der Bundesregierung vgl. auch den Artikel „Brandt unterstützt Spaniens EWG-Wünsche“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 284 vom 7. Dezember 1966, S. 6.

Auf der EWG-Ministerratstagung am 21./22. Dezember 1966 sprachen sich Staatssekretär Lahr und der französische Außenminister Couve de Murville für Gespräche zwischen der EWG-Kommission und Spanien aus, während die übrigen EWG-Mitgliedstaaten eine „sofortige Aufnahme von Verhandlungen“ ablehnten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4802 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Baron von Stempel vom 23. Dezember 1966; Referat I A 2, Bd. 1294.

hältnis zur Gemeinschaft geregelt werden sollte, wobei zu überlegen wäre, ob in diesem Zusammenhang eine Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ins Auge zu fassen wäre. Jedenfalls wolle die Bundesregierung den Konsultationsmechanismus dafür ausnutzen. Die vierte Frage betreffe eine möglichst konkrete Erörterung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern. In diesem Zusammenhang habe der General und die französische Politik Konzeptionen und in gewissen Gebieten auch über das Tagesgeschäft hinausgehende Visionen entwickelt. Deutscherseits seien einige bescheidene praktische Schritte getan worden. Die Bundesregierung möchte einerseits stärker an den Erfahrungen partizipieren, andererseits habe sie auch ihre eigenen Vorstellungen entwickelt, wie man im kommenden Jahr hinsichtlich einiger dieser Länder Fortschritte erzielen könnte. Voraussichtlich werde in der Regierungserklärung eine Formulierung für die Tschechoslowakei und Polen<sup>16</sup> gefunden, die über die Formulierungen der Friedensnote<sup>17</sup> noch hinausgehe, um den guten Willen, zu einer Aussöhnung zu gelangen, aufzuzeigen. Über den bloßen Gedankenaustausch hinaus könne es sogar einen Bereich geben, wo Europa und vor allem Deutschland und Frankreich gemeinsam zu gewissen Einstellungen sich einigten.

Botschafter *Seydoux* wies darauf hin, daß er heute natürlich nur persönlich sprechen könne. Andererseits seien dem Herrn Minister sowohl Außenminister Couve de Murville als auch General de Gaulle bekannt, so daß er nichts zu sagen brauche, was der Herr Minister schon wisse. Er glaube jedoch sagen zu können, daß man sich auf seinen bevorstehenden Besuch in Paris freue, und er halte die NATO-Tagung<sup>18</sup> für eine gute Gelegenheit zu einer ersten Fühlungnahme. Er brauche nicht zu betonen, daß alles, was der Herr Minister gesagt habe, genau seiner eigenen Auffassung entspreche. Vielleicht fügten<sup>19</sup> Couve de Murville und General de Gaulle noch manches hinzu, was für den Herrn Minister natürlich noch wichtiger sei, doch sehe er persönlich jedenfalls die Dinge in genau der gleichen Weise. Was der Herr Minister über den deutsch-französischen Vertrag gesagt habe, entspreche eindeutig seinen eigenen Vorstellungen. Natürlich wäre es übertrieben, behaupten zu wollen, es sei auf diesem Gebiet gar nichts geschehen, andererseits müsse jedoch festgestellt werden, daß nicht genügend geschehen sei. Er halte es für gut, daß der Vertrag einen klaren Mechanismus für die Konsultationen vorsehe, weil damit alle protokollarischen Fragen schon von vornherein für die deutsch-französischen Treffen geklärt seien. Vieles sei im Bereich der Jugend geschehen. Seines Erachtens aber seien insgesamt die Ergebnisse des deutsch-französischen Vertrags weit von dem entfernt, was de Gaulle bei der Unterzeichnung des Vertrags im Auge gehabt habe. Dies sei zumindest seine Meinung. Vielleicht gebe es heute gewisse Möglichkeiten, an die man zur Zeit des Vertragsschlusses noch nicht gedacht habe.

Zur Frage der französischen Truppen in Deutschland erklärte Botschafter *Seydoux*, er hoffe ebenfalls, daß man von dem Ziel einer beiderseits befriedi-

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 390, Anm. 18 und 19.

<sup>17</sup> Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>18</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 15./16. Dezember 1966 vgl. Dok. 410 und Dok. 414.

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „sagten“.

genden Regelung nicht mehr weit entfernt sei. Ein Gespräch mit Herrn Prof. Meyer-Lindenberg, mit dem er sich des öfteren in dieser Frage unterhalten habe, habe ihm denselben Eindruck vermittelt. Er hoffe also, daß man in den nächsten Wochen zu guten Ergebnissen kommen werde. Auch was der Herr Minister zu Europa und den vier Aspekten gesagt habe, entspreche genau seiner eigenen Meinung.

Der Herr *Minister* betonte, für die Bundesrepublik sei in der wirtschaftlichen Einigung Europas von ganz besonderer Bedeutung, daß gemeinsam alle Anstrengungen gemacht werden in der Kennedy-Runde.<sup>20</sup> Für die Bundesregierung seien gewisse Regelungen, zu denen sie sich in der EWG, insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich, bereit erklärt habe, nur akzeptabel gewesen in dem festen Vertrauen darauf, daß die Kennedy-Runde den Handel mit Drittländern erweitern werde.<sup>21</sup> Deutschland benötige eine Steigerung des Brutto-sozialprodukts. Wenn er an die Haushaltslage denke, so müsse er darauf verweisen, daß die Landwirtschaftsregelungen die Bundesregierung pro Jahr zwei Milliarden DM kosteten. Diese Belastung des Haushalts sei natürlich leichter zu verkraften, wenn durch die Kennedy-Runde der Welthandel angekurbelt werde.

Botschafter *Seydoux* sagte, in der Frage der Kennedy-Runde glaube er sagen zu können, daß Frankreich heute Deutschland näher sei als noch vor einigen Monaten oder Jahren.

Der Botschafter erinnerte dann daran, daß zur Zeit des Abschlusses des deutsch-französischen Vertrages auch die Vorstellung geherrscht habe, daß eine gemeinsame Rüstungsproduktion<sup>22</sup> und gemeinsames Vorgehen gegenüber den Entwicklungsländern<sup>23</sup> vorgesehen werden sollten. Er meine und hoffe, daß diese Bereiche auch heute noch Gebiete für ein Zusammengehen seien. Was Europa anbelange, so sei für den Vertrag eine bei Vertragsschluß noch nicht gegebene Möglichkeit jetzt auszuschöpfen, nämlich das Verhältnis zu Osteuropa.

Abschließend betonte der Botschafter, daß er dem Herrn Minister stets zur Verfügung stehen werde. Die französische Regierung habe in den vergangenen Jahren in gewissen Dingen ihre Ziele nachdrücklich aufgezeigt. Er könne na-

<sup>20</sup> Zum Stand der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. Dok. 390, Anm. 26.

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch Dok. 271, Anm. 27.

Bei den Beratungen in der EWG am 21./22. Dezember 1966 erinnerte die Delegation aus der Bundesrepublik „nachdrücklich daran, daß die deutsche Zustimmung zur Agrarfinanzierung immer unter dem Vorbehalt gestanden habe, daß auch die Verhandlungen der Kennedy-Runde erfolgreich abgeschlossen würden. [...] Ohne weiteres wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage einer kontinuierlichen Entwicklung des deutschen Exports könne Deutschland die finanziellen Lasten der gemeinsamen Agrarpolitik nicht tragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2242 des Ministerialdirigenten Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 22. Dezember 1966; Referat III A 2, Bd. 280.

<sup>22</sup> Teil II, Abschnitt B, Ziffer I. 3) des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 709.

Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 218, und AAPD 1963, III, Dok. 395.

<sup>23</sup> Teil II, Abschnitt A, Ziffer 3 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „Hinsichtlich der Entwicklungshilfe stellen die beiden Regierungen ihre Programme einander systematisch gegenüber, um dauernd eine enge Koordinierung durchzuführen. Sie prüfen die Möglichkeit, Vorhaben gemeinsam in Angriff zu nehmen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

türlich jetzt nicht all diese Punkte erörtern, sondern wolle nur noch betonen, daß es für ihn selbst eine Lebensfrage scheine, wie Deutschland und Frankreich enger zusammenkommen könnten. Er glaube, daß in den vergangenen Jahren vieles und insbesondere auf psychologischem Gebiet eine Menge schon getan worden sei. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sei für alle von größter Bedeutung.

Das Gespräch endete um 16.15 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

### 392

#### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Botschafter Roberts

**Z A 5-99.A/66 geheim**

**8. Dezember 1966<sup>1</sup>**

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 8. Dezember 1966 um 16.30 Uhr den britischen Botschafter, Sir Frank Roberts.

Der Herr *Minister* bedankte sich einleitend für die Glückwünsche des britischen Außenministers und dankte dafür, daß er Deutschland gegen manche Fehldeutung in Schutz genommen habe.

Der *Botschafter* sagte, dies habe er vor allem auch in Moskau gegenüber Gromyko getan.<sup>2</sup> Außenminister Brown hoffe, daß der Herr Minister, sobald es ihm möglich sei, nach London kommen werde.<sup>3</sup> An der WEU-Ministerratsitzung, die am 19. Dezember in Bonn stattfindet<sup>4</sup>, werde Europaminister Thomson teilnehmen. Der Botschafter dankte in diesem Zusammenhang für die Bemühungen, die die Bundesregierung unternommen habe, um die WEU zu einem nützlichen Instrument zu machen.<sup>5</sup>

Wie der Herr *Minister* sagte, habe er gehört, daß der Premierminister und Außenminister Brown nach ihren vorgesehenen Besuchen in Rom<sup>6</sup> und Pa-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 9. Dezember 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 13. Dezember 1966 übermittelte Vortragender Legationsrat Loeck eine weitere Ausfertigung an Staatssekretär Schütz und an die Ministerialdirektoren Meyer-Lindenberg, Ruete und Harkort. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>2</sup> Der britische Außenminister hielt sich vom 23. bis 25. November 1966 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 388, besonders Anm. 5–7.

<sup>3</sup> Bundesminister Brandt besuchte London vom 12. bis 14. April 1967. Für die deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 12. und 13. April 1967 vgl. AAPD 1967.

<sup>4</sup> Zur Tagung des WEU-Ministerrats vom 19./20. Dezember 1966 vgl. Dok. 388, Anm. 11.

<sup>5</sup> Nach dem Scheitern des britischen Beitritts zur EWG am 28./29. Januar 1963 unterstützte die Bundesregierung einen belgischen Vorschlag, die Kontakte mit Großbritannien im Rahmen der WEU zu verstärken. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 118 und Dok. 137.

<sup>6</sup> Premierminister Wilson und der britische Außenminister Brown besuchten Rom vom 15. bis 17.

ris<sup>7</sup> erst mit den EFTA-Ministern zusammentreffen und anschließend die übrigen Regierungen der EWG besuchen wollten.<sup>8</sup> Dies sei vielleicht nicht so gut, da dann die britische Regierung in den Gesprächen mit den EFTA-Ländern den deutschen Standpunkt nicht berücksichtigen könnte.

Der *Botschafter* bezeichnete diese Nachricht als neu, doch wolle er in London Rückfrage halten.

Wie der Herr *Minister* bemerkte, wolle man deutscherseits, soweit dies möglich sei, auch den deutsch-französischen Konsultationsmechanismus in den Dienst der Beitrittsfrage stellen.

Der *Botschafter* erwähnte, daß der Premierminister voraussichtlich am 24. Januar in Paris sein werde.

Der Herr *Minister* betonte seinen Wunsch, dabei mitzuhelfen, daß die Angelegenheit in vernünftigen Formen zustande komme und man keinen neuen Rückschlag erlebe. Daran sei auch Italien interessiert. Für ihn stelle sich die Europa-Politik in vier Hauptbestandteilen dar: Zunächst gehe es um die wirtschaftlichen Fragen und damit im Zusammenhang um die Frage der Fusion.<sup>9</sup> Sodann sollte geprüft werden, ob es nicht möglich sei, zu einer stärkeren politischen Zusammenarbeit zu gelangen, ohne daß man in einem Dogmatismus erstarre oder die alten Formeln zu beleben versuche. Dabei denke er nicht an eine supranationale Lösung, vielleicht böten sich aber doch Möglichkeiten, in die ganze Struktur größere Festigkeit hineinzubringen. Ein weiteres wichtiges Problem sei die Frage des Beitritts Großbritanniens<sup>10</sup>, der skandinavischen und anderer Länder. Schließlich gehöre hierzu auch noch das Problem der ost-europäischen Länder. Was den britischen Beitritt angehe, so könne man davon ausgehen, daß im Kabinett wie bisher ein starkes Interesse daran vorhanden sei. Dabei sei auch noch zu erwähnen, daß diese Frage in engem Zusammenhang mit der Kennedy-Runde stehe, für deren erfolgreichen Abschluß die Bundesregierung sich einsetzen wolle.<sup>11</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1609*

Januar 1967. Vgl. dazu den Artikel „Mr. Wilson gets Italian promise of support“, THE TIMES, Nr. 56841 vom 17. Januar 1967, S. 1.

<sup>7</sup> Premierminister Wilson und der britische Außenminister Brown führten am 24./25. Januar 1967 Gespräche in Paris. Vgl. dazu den Artikel von Charles Hargrove: „Mr. Wilson puts case in Paris“, THE TIMES, Nr. 56848 vom 25. Januar 1967, S. 1.

<sup>8</sup> Zur Ankündigung des Premierministers Wilson vom 10. November 1966, in die EWG-Mitgliedstaaten zu reisen, um die Möglichkeiten für einen britischen EWG-Beitritt zu sondieren, vgl. Dok. 371, Anm. 3.

<sup>9</sup> Zur Fusion der Exekutiven vgl. Dok. 411.

<sup>10</sup> Am 22. Dezember 1966 schlug Staatssekretär Lahr den Vertretern der übrigen EWG-Mitgliedstaaten vor, fünf Fragen an Großbritannien zu richten: „1) Ist die britische Regierung bereit, den EWG-Vertrag [...] unverändert anzunehmen? 2) Ist die britische Regierung bereit, bisher ergangene und bis zum Inkrafttreten des Beitrittsabkommens noch ergehende Rechtsakte des Rats und der Kommission anzuwenden? 3) In welchem Bereich wünscht die britische Regierung Übergangsregelungen, welche Fristen sieht sie dafür als erforderlich an? 4) Welche besonders nur Großbritannien angehenden Fragen wünscht die britische Regierung in Form von Protokollen zum Beitrittsabkommen geregelt zu sehen? 5) Was kann aus dem früher bereits mit Großbritannien behandelten Komplex für etwaige neue Beitrittsverhandlungen übernommen werden?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2240 des Ministerialdirigenten Bömcke, Brüssel (EWG/EAG), vom 22. Dezember 1966; Referat I A 2, Bd. 1294.

<sup>11</sup> Zum Stand der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. Dok. 390, Anm. 26.

Der *Botschafter* bemerkte, daß die erste Runde der Gespräche im Zusammenhang mit dem Beitritt seines Landes bis etwa März 1967 gehen dürfte<sup>12</sup> und daß man dann bei einem gewissen Optimismus vielleicht bis zum Herbst mit ersten Ergebnissen rechnen dürfe. Die derzeitige Stimmung in Großbritannien – dies gelte auch für die Labour Party<sup>13</sup> – sei durchaus positiv. Das müsse man ausnützen, und deshalb wolle man jetzt auch ernsthaft an die Arbeit gehen.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Kennedy-Runde für die Bundesrepublik eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei, und betonte, daß man innerhalb des Gemeinsamen Markts gewisse Verpflichtungen übernommen habe, allerdings in der Erwartung, daß die Kennedy-Runde mit Erfolg zu einer Förderung des Welthandels beitragen werde.

Wie der *Botschafter* bemerkte, bestehe das einzige echte Problem auf dem Gebiet der Landwirtschaft, weil sich hieraus Zahlungsbilanzschwierigkeiten ergäben. Sodann stelle sich noch die große politische Frage, wozu de Gaulle bereit sei.

Zur Frage des Devisenausgleichs führte der Botschafter aus, daß es sich hierbei um ein ernstes Problem für sein Land handle. Er hoffe, daß sich die neue Bundesregierung dieser Frage als einer der ersten annehmen werde. Mit dem Verlauf der Dreiergespräche<sup>14</sup> sei man zufrieden. Wie er gehört habe, solle der Bericht seitens der Bundesregierung ohne Kommentar an die NATO weitergegeben werden. Englischerseits habe man ursprünglich versucht, eine endgültige Entscheidung vor Ende des Jahres herbeizuführen, was sich aber als unmöglich erwiesen habe. Man habe auch volles Verständnis für die neue Lage in der Bundesrepublik. Inzwischen habe sich eine neue Wendung ergeben, die auf eine sehr hilfreiche Maßnahme der Vereinigten Staaten zurückzuführen sei. Um etwas Zeit zu gewinnen, hätten sich die Vereinigten Staaten bereit erklärt, im Vereinigten Königreich Aufträge in Höhe von 35 Millionen Dollar zu erteilen, wobei es sich um Aufträge anderer Art als ursprünglich vorgesehen handele.<sup>15</sup> Dadurch sei die britische Regierung in die Lage versetzt worden, den Dreiergesprächen noch weitere sechs Monate zu konzedieren, bis man zu einer endgültigen Regelung komme.<sup>16</sup> Gegenüber den Vereinigten Staaten hätten

<sup>12</sup> Nach seinen Besuchen in Rom und Paris führte Premierminister Wilson am 31. Januar/1. Februar 1967 in Brüssel, am 15./16. Februar in Bonn, am 26./27. Februar in Den Haag und am 7./8. März 1967 in Luxemburg Gespräche über einen britischen EWG-Beitritt. Für die deutsch-britischen Regierungsgespräche vgl. AAPD 1967.

<sup>13</sup> Vgl. dazu auch den Artikel „Mehr Labour-Wähler als bisher wünschen den Europa-Beitritt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 vom 13. Dezember 1966, S. 3.

<sup>14</sup> Zum Stand der Dreier-Verhandlungen vgl. Dok. 386.

<sup>15</sup> Mit Schreiben vom 15. November 1966 fragte Präsident Johnson bei Premierminister Wilson an: „Would it help if I placed in the United Kingdom in the near future \$ 35 million in orders beyond those already agreed to? I think I could do so on assurance from you that you will stay with us and the Germans in completing this fundamental review of the military, political and financial basis for the US-UK presence in Germany, making no change in your troop and supply dispositions there until the completion of the review, and then that you will concert with us on any such changes in the light of that review.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 492.

<sup>16</sup> Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, z. Z. London, teilte am 22. November 1966 mit: „Prime Minister authorized me to tell you that he accepts the President's proposal ad referendum to the Cabinet on the understanding, a) that ‚concert‘ means we move together but does not give us a veto, and b) that Britain is now committing itself to a delay of about six months“. Vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 499.



sich die Engländer verpflichtet, bis Ende Juni 1967 keine Truppen abzuziehen und auch keine Maßnahmen anderer Art zu treffen. Der Kampfwert der Truppen werde also nicht geändert werden. Dies gelte sowohl für die Streitkräfte selbst wie auch für die Nachschub- und Versorgungseinheiten. Er hoffe, daß man nunmehr im Dreierausschuß zu einer guten Lösung gelangen werde. Den Vereinigten Staaten sei man für ihr Entgegenkommen sehr dankbar. Ob allerdings Schatzkanzler Callaghan zufrieden sei, sei eine andere Frage. Eine entsprechende Erklärung sei für den folgenden Tag im Parlament geplant<sup>17</sup>, ferner würden auch die NATO-Partner am folgenden Tage unterrichtet werden. Diese Entwicklung sei jüngsten Datums, weshalb in der vergangenen Woche in Bonn noch nicht darüber gesprochen werden konnte. Das Problem als solches bleibe aber bestehen. Der Botschafter bat darum, die von ihm genannte Zahl als streng vertraulich zu behandeln, da sie in der Erklärung vor dem Unterhaus und gegenüber den Verbündeten nicht erwähnt werden würde.

Der Herr *Minister* nannte diese Maßnahme sehr hilfreich, da man jetzt nicht mehr unter unmittelbarem Zeitdruck stehe. Er werde aber dennoch darauf hinwirken, daß man deutscherseits die Sache nicht vor sich herschiebe. Was die eigenen Schwierigkeiten angehe, bemerkte der Herr Minister, sie seien noch etwas größer, als er bis vor wenigen Wochen selbst gewußt habe. Er nehme an, daß sich im Frühjahr einige regressive Entwicklungen deutlicher abzeichnen würden, doch glaube er, daß sich noch im Jahre 1967 wieder eine deutlichere Wachstumspolitik abzeichnen werde. Die derzeitige Sozialversicherung zum Beispiel lasse sich nicht halten, wenn nicht ein Zuwachs von 4,5 % gewährleistet sei. Die Haushaltsschwierigkeiten dürften bis etwa 1970 anhalten. In der Regierungserklärung wolle man diese Dinge offen ansprechen.<sup>18</sup>

Der *Botschafter* bemerkte, die Dreiergespräche sollten sich nicht zu lange hinziehen, da sonst bei den anderen NATO-Partnern der Verdacht entstehe, es geschehe etwas Wichtiges ohne sie.

Auf die Frage eines Nichtverbreitungsabkommens eingehend erwähnte der Botschafter, daß Außenminister Brown mit Gromyko darüber gesprochen habe und zu der Überzeugung gelangt sei, die Russen seien stark daran interessiert. Sie seien auch bereit, sich mit Konsultationen innerhalb der NATO, wie sie jetzt schon in dem Sonderausschuß gepflegt würden, abzufinden.<sup>19</sup> Gromyko

<sup>17</sup> Der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, erläuterte am 12. Dezember 1966 vor dem Unterhaus die Entscheidung der britischen Regierung, bis Juni 1967 keinen Beschluß über den Abzug von Truppen der Rheinarmee zu fassen, und informierte über das amerikanische Angebot, 1967 zusätzliche Rüstungskäufe in Höhe von 35 Mio. Dollar in Großbritannien zu tätigen. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. HANSARD, Bd. 738, Sp. 44f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 36f.

<sup>18</sup> In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 bezifferte Bundeskanzler Kiesinger die Deckungslücke im Bundeshaushalt für 1967 auf 3,3 Mrd. DM und kündigte für die folgenden Jahre „ein noch düsteres Bild“ an: „Im Jahresdurchschnitt drohen Deckungslücken, die etwa so groß sind wie das gesamte Haushaltsvolumen eines der finanzstärksten Länder der Bundesrepublik“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3657.

<sup>19</sup> Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, informierte Botschafter Blankenhorn, London, die sowjetischen Gesprächspartner hätten „ein besonders lebhaftes Interesse an einem schnellen Abschluß des Vertrages gezeigt“. Dadurch werde „die Weitergabe von Atomwaffen an nicht-atomare Staaten verhindert“, und Kernwaffen dürften „unter keinen Umständen auch an Staatengruppen oder Bündnisse weitergegeben oder deren Kontrolle unterstellt werden“. Die sowjetische Regierung erhebe aber offenbar „gegen die in [der] NATO entwickelten

habe zu verstehen gegeben, daß die Russen darauf bestehen würden, in den Vertrag nur aufzunehmen, was verboten sei, nicht aber, was gestattet sei. Dazu gehöre auch das Verbot einer Weitergabe nuklearer Waffen an eine Gruppe von Staaten. Hierin sei Gromyko sehr hart gewesen. Darin liege im Augenblick die Schwierigkeit.

Hierzu bemerkte der Herr *Minister*, es sei bisher seine Meinung gewesen – er hoffe, er habe auch das Kabinett davon überzeugt –, daß man an einem Europa-Vorbehalt im Vertrag selbst gar nicht interessiert zu sein brauche.<sup>20</sup> Wenn es eines Tages, der noch in weiter Zukunft liege, ein politisches Europa mit einer eigenen Regierung gebe, dann sei dies ein neuer Faktor, der sich mit den dann in der Welt bestehenden Bedingungen auseinandersetzen müsse. Hierdurch werde eine völlig neue Lage geschaffen. Der Herr Minister las einen entsprechenden Passus aus dem Entwurf der Regierungserklärung vor. Wie der Herr Minister weiter bemerkte, werde die neue Regierung eine „hardware“-Lösung nicht verfolgen. Was die nukleare Frage angehe, sei man in einem Stadium, in dem die neue Regierung ihre Politik erst einmal genau formulieren müsse, da es sich ja nicht nur um zwei große Parteien handle, sondern innerhalb dieser verschiedene Strömungen zu erkennen seien.

Der *Botschafter* kam sodann auf Rhodesien zu sprechen<sup>21</sup> und überreichte dem Herrn Minister hierzu verschiedene Papiere.<sup>22</sup> Im Zusammenhang mit den von den Vereinten Nationen zu ergreifenden Maßnahmen sei es wichtig, daß die Ausfuhr von Kupfer und Asbest wirksam unterbunden werde.<sup>23</sup> Eine Beteiligung der Bundesrepublik, auch wenn sie kein Mitglied der Vereinten Nationen sei, halte er für praktikabel.

Im Zusammenhang mit dem Devisenausgleichsproblem sprach der Botschafter von der Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an verschiedenen zweiseitigen englisch-französischen Projekten, beispielsweise auf dem Gebiet der Flugzeugproduktion. Er erwähnte den Typ Jaguar, an dem auch General Steinhoff interessiert sei.<sup>24</sup> Auf diese Weise würde durch eine dreiseitige Zusammenarbeit auch das Devisenproblem leichter werden. Sodann glaube er, daß die Amerikaner insofern eine finanzielle Unterstützung gewähren könnten, als sie größere Bereitschaft zeigten, bestimmte Bankkonten freizugeben. Wenn dies zutrefte, sei es vielleicht möglich, daß einige deutsche Rüstungskäufe, die bis-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1612*

Konsultationen keinerlei Einsprüche“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2335 von Blankenhorn vom 28. November 1966; VS-Bd. 4205 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>20</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 367.

Zur Haltung des Bundesministers Brandt bzw. des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. auch Dok. 390, Anm. 13, und Dok. 406, Anm. 17.

<sup>21</sup> Zur Situation in Rhodesien vgl. Dok. 388, Anm. 25.

<sup>22</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>23</sup> Am 16. Dezember 1966 beschloß der UNO-Sicherheitsrat obligatorische Wirtschaftssanktionen aller UNO-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der UNO waren dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen und „dem illegalen rassistischen Regime in Südrhodesien weder finanzielle noch sonstige wirtschaftliche Hilfe zu leisten“. Für die Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 69.

<sup>24</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung, sich an der Produktion des „Jaguar-Ecat“ durch Übernahme der britischen Triebwerke zu beteiligen, vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 21. November 1966; VS-Bd. 433 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

her in den Vereinigten Staaten getätigt worden seien, nunmehr in Europa erfolgten. In den zwölf Jahren bis Ende 1965 habe Deutschland in Frankreich für 3,5 Milliarden DM militärische Ausrüstungsgegenstände gekauft, wogegen sich der Betrag für das Vereinigte Königreich nur auf 1,8 Milliarden DM belaufe. In den Vereinigten Staaten seien Aufträge für 14 Milliarden DM abgewickelt worden.

Zur Berlin-Frage führte der Herr *Minister* aus, daß die Regierung in einer noch zu vereinbarenden Form in engem Kontakt mit den drei Schutzmächten darüber sprechen wolle, was man in dieser veränderten Lage tun könne, um Berlin wirtschaftlich und kulturell zu stärken. Er denke dabei nicht an eine finanzielle Unterstützung. Die Russen wollten in Berlin keinen Krach haben, was ihm Botschafter Abrassimow bei seinem letzten Gespräch<sup>25</sup> deutlich gesagt habe. In dieser Situation müsse man überlegen, was geschehen könne.

Der Herr Minister sprach sodann über die Politik, welche die neue Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Ländern einzuschlagen gedenke, und erwähnte insbesondere die Tschechoslowakei und Polen, denen gegenüber man einen Schritt weiter als in der Friedensnote vom vergangenen März<sup>26</sup> gehen wolle.<sup>27</sup> In Deutschland seien diese Fragen nicht nur ein die Völkerrechtler interessierendes Problem, vielmehr betreffe sie lebendige Menschen, die Schweres durchgemacht hätten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als solle die Angelegenheit auf ihre Kosten gelöst werden.

Der *Botschafter* berichtete von den Eindrücken, die er während des Sommers auf einer Reise in die Tschechoslowakei gewonnen habe. Danach seien die Tschechen bereit, etwas weiter zu gehen als bisher. In diesem Zusammenhang sei auch die Bukarester Erklärung<sup>28</sup> sehr aufschlußreich gewesen. Über sie sei auch bei der Begegnung zwischen Außenminister Brown und Gromyko gesprochen worden.

Der Herr *Minister* erwähnte abschließend, bei seinem letzten Gespräch mit Abrassimow habe dieser auch Interesse an der Möglichkeit eines Gewaltverzichts gezeigt, jedoch darauf hingewiesen, daß in dem Acht-Punkte-Programm<sup>29</sup> nichts über die DDR stehe. Dies treffe jedoch nicht zu. Er habe gefragt, ob es vorstellbar sei, daß in einer Gewaltverzichtserklärung auch etwas über Dritte stehe. Darauf habe er ihm geantwortet, darüber könne man nachdenken. Nach Auffassung des Herrn Ministers sollte über diese Dinge gesprochen werden<sup>30</sup>, denn man brauche Gesprächsstoff, da man in der eigentlichen Deutschland-Frage nicht weiterkomme.

Das Gespräch endete um 17.10 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>25</sup> Zum Gespräch vom 22. November 1966 vgl. Dok. 326, Anm. 14.

<sup>26</sup> Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Dok. 385.

<sup>28</sup> Zur Bukarester Erklärung der Staaten des Warschauer Pakts vom 6. Juli 1966 vgl. Dok. 240, besonders Anm. 17 und 18.

<sup>29</sup> Zum Acht-Punkte-Programm der SPD vgl. Dok. 378, Anm. 9. Vgl. auch Dok. 415, Anm. 29.

<sup>30</sup> Zu den weiteren Gesprächen mit der UdSSR über eine Gewaltverzichtserklärung vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz vom 22. März 1967; AAPD 1967.

## 393

**Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem  
sowjetischen Botschafter Zarapkin****Z A 5-98.A/66 VS-vertraulich****8. Dezember 1966<sup>1</sup>**

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, welches am 8. Dezember 1966 in den Amtsräumen des Herrn Ministers stattfand.

Einleitend sagte der Herr *Minister*, er freue sich, den Botschafter noch vor dessen Abreise nach Moskau<sup>2</sup> sprechen zu können. Auf die Frage, wie lange der Botschafter wegzubleiben beabsichtige, antwortete *dieser*, er rechne mit einer Abwesenheit von etwa zehn Tagen.

**Deutsch-sowjetische Beziehungen**

Der Herr *Minister* sagte, der Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen sei gerade in diesen Tagen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden, und das Ergebnis dieser Überprüfung werde bereits in der demnächst zu erwartenden Regierungserklärung<sup>3</sup> seinen Niederschlag finden. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Beziehungen in der Zukunft zu verbessern, und erklärte, daß er seine Bemühungen auf dieses Ziel richten werde. Er würde es sehr begrüßen, wenn die unterbrochenen Handelsgespräche<sup>4</sup> im neuen Jahr bald mit dem Abschluß eines beiderseits befriedigenden Handelsabkommens zum Abschluß gebracht werden könnten.<sup>5</sup> In der deutschen Architekturausstellung, die am Montag in Moskau eröffnet werde<sup>6</sup>, sehe er ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen. Auch auf politischem Gebiet müßten sich beide Seiten beharrlich bemühen, die Beziehungen Schritt für Schritt zu verbessern. Er werde jedenfalls stets bereit sein, den deutsch-sowjetischen Dialog fortzusetzen.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, die Sowjetunion sei bestrebt, auch zur Bundesrepublik Deutschland ein gutes Verhältnis herzustellen, und er hoffe, daß

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Buring am 9. Dezember 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 16. Dezember 1966 leitete Vortragender Legationsrat Loeck je eine weitere Ausfertigung an Staatssekretär Schütz und an Ministerialdirektor Ruete weiter. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>2</sup> Am 10. Dezember 1966 wurde in der Presse gemeldet, daß der sowjetische Botschafter Zarapkin zur Berichterstattung nach Moskau abgereist sei. Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 287, S. 4.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656-3665.

<sup>4</sup> Zum Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR vgl. Dok. 369.

<sup>5</sup> Am 13. April 1967 erläuterte Bundesminister Brandt in einem Interview mit der Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“, daß die Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR weiterhin unterbrochen seien, obwohl die Bundesregierung mehrfach Interesse an einer Fortsetzung der Gespräche bekundet habe. Er hoffe, „daß unser Delegationsleiter Botschafter Emmel bald wieder nach Moskau reisen“ könne. Vgl. BULLETIN 1967, S. 319.

Zum Abschluß eines Abkommens kam es erst am 7. April 1972.

<sup>6</sup> Zur Architekturausstellung der Bundesrepublik vgl. Dok. 168, Anm. 6.

Die Ausstellung wurde in Moskau am 12. Dezember 1966 eröffnet und dort bis zum 10. Januar 1967 gezeigt.

man mit der Zeit nicht nur auf dem kulturellen und wirtschaftlichen, sondern auch auf dem politischen Sektor vorankommen werde. In dieser Beziehung werde es von entscheidender Bedeutung sein, welche Haltung die neue Bundesregierung zu so wichtigen Fragen wie das Verhältnis zur DDR, die Grenzfrage und das Atomwaffenproblem einnehmen werde.

Verhältnis zu den anderen osteuropäischen Staaten

Der Herr *Bundesminister* führte zu diesem Fragenkomplex aus, daß es das Ziel der deutschen Außenpolitik sein werde, das Verhältnis zu den übrigen osteuropäischen Staaten weiter zu verbessern, wobei am Ende dieser Bemühungen die Normalisierung der Beziehungen stehen müsse. Der Wunsch nach Verbesserung des Verhältnisses zu diesen Staaten gelte vordringlich für Polen und die Tschechoslowakei.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang verwies der Herr Minister auf die deutsche Friedensnote vom März dieses Jahres.<sup>8</sup>

Botschafter *Zarapkin* antwortete, auch die Sowjetunion würde eine derartige Entwicklung begrüßen.

Gewaltverzicht-Erklärung

Als einen Beitrag zur Entspannung bezeichnete der Herr *Minister* die in der deutschen Friedensnote geäußerte grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung, eine Gewaltverzicht-Erklärung abzugeben. Unter Bezugnahme auf die zwischen Staatssekretär Carstens und dem Botschafter in den letzten Wochen geführten Gespräche<sup>9</sup> sagte der Herr Minister, er halte es für nützlich, diese Gespräche nach Rückkehr des Botschafters wiederaufzunehmen. Die Frage einer eventuellen Gewaltverzicht-Erklärung werde wahrscheinlich auch in der Regierungserklärung aufgegriffen werden, und zwar unter Berücksichtigung einiger Aspekte der Bukarester Deklaration der Ostblockstaaten.<sup>10</sup>

Botschafter *Zarapkin* äußerte zu diesem Thema, daß auch er die Fortsetzung der Gespräche über diese Frage für wünschenswert halte.

Atomwaffenproblem

Von dem Botschafter auf seine Einstellung zum Atomwaffenproblem angesprochen, sagte der Herr *Minister*, die Sowjetunion könne in dieser Beziehung ohne Sorge sein. Die Bundesregierung habe keine atomaren Ambitionen und strebe keinen nationalen Besitz von Atomwaffen an. Andererseits müsse sie sich aber an der internationalen Diskussion über diese Frage beteiligen, da Belange der nationalen Sicherheit in diesen Fragenkomplex hineinspielen und natürlich nicht außer acht gelassen werden dürften. Er wolle jedoch betonen, daß die Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich bereit sei, ihren entsprechenden Beitrag zur atomaren Entspannung zu leisten.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, die Sowjetunion widme dem Atomwaffenproblem ihre besondere Aufmerksamkeit. Seiner Auffassung nach sei es sehr wichtig, daß die Bundesregierung in dieser Frage eine völlig klare Haltung

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger am 13. Dezember 1966 im Bundestag; Dok. 390, Anm. 18 und 19. Vgl. auch Dok. 412.

<sup>8</sup> Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

<sup>9</sup> Zu den Gesprächen vom 24. Oktober und 21. November 1966 vgl. Dok. 349 und Dok. 374.

<sup>10</sup> Zur Bukarester Erklärung der Staaten des Warschauer Pakts vom 6. Juli 1966 vgl. Dok. 240, besonders Anm. 17 und 18.

einnehme. Wie die sowjetische Regierung verschiedentlich erklärt habe, sei es ihr vordringliches Ziel, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Somit müsse ein Abkommen über die Nicht-Weiterverbreitung dieser Waffen als erste Etappe auf dem Wege zu einer allgemeinen atomaren Abrüstung angestrebt werden.<sup>11</sup> Als nächste Etappe sollte man eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa auf den Staatsgebieten Polens, der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei ins Auge fassen.<sup>12</sup> Die diesbezüglichen Vorschläge der osteuropäischen Staaten seien ja allgemein bekannt. Angesichts der furchtbaren und kaum vorstellbaren Wirkung der Atomwaffen sollte man schließlich zum Abschluß eines internationalen Abkommens über das Verbot der Atomwaffen überhaupt kommen. Im Hinblick auf die schrecklichen Folgen eines eventuellen Einsatzes von Atomwaffen müsse dieses Ziel von allen Staaten gemeinsam mit Nachdruck angestrebt werden. Er hoffe, daß auch die Bundesregierung ihren Beitrag dazu leisten werde.

#### Deutsche Frage

Was das Verhältnis zu Ostdeutschland angehe, sagte der Herr *Minister*, – Botschafter *Zarapkin* warf ein: „Sie meinen wohl die Deutsche Demokratische Republik“ – so könne die Bundesregierung die Regierung in Pankow nicht als eine zweite deutsche Regierung anerkennen. Dies sei allein schon aus völkerrechtlichen Gründen unmöglich. In diesem Zusammenhang betonte der Herr *Minister*, daß das deutsche Volk ein Recht auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung habe und daß man ihm dieses Recht nicht vorenthalten dürfe. Natürlich sei er sich darüber klar, daß die Ansichten der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in diesem Punkte auseinandergingen. Der Botschafter werde jedoch aus der Regierungserklärung ersehen, daß die Bundesrepublik keine aggressiven Absichten habe.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, die Auffassungen der beiden Staaten in dieser Frage seien allerdings recht verschieden. Nach sowjetischer Auffassung sei die DDR durchaus als Völkerrechtssubjekt zu betrachten. Man möge auch nicht vergessen, daß die Sowjetunion vor einigen Jahren einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der DDR abgeschlossen habe.<sup>13</sup> Die Bundesregierung täte gut daran, vor vorhandenen Tatsachen nicht einfach die Augen zu verschließen und in diesem Punkte eine realistische Politik zu betreiben. Es sei verfehlt, die Existenz der DDR einfach ignorieren zu wollen. Die Regierung der DDR sei legal im Ergebnis von Wahlen entstanden, wobei also die Bevölkerung Gelegenheit zu einer Willenserklärung gehabt habe. Die Bundesrepublik sollte sich bemühen, im Verhältnis zur DDR den Weg der friedlichen Koexistenz zu beschreiten. Die Wiedervereinigung könne nur auf dem Wege über eine allmähliche Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten zustande kommen. Hinsichtlich der deutschen Frage sehe er mit Interesse den entsprechenden Ausführungen in der Regierungserklärung entgegen.

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 383.

<sup>12</sup> Zu diesen Plänen vgl. auch Dok. 1, Anm. 10.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

Zum Abschluß der Unterredung ging der Herr *Minister* noch kurz auf seine in den letzten Wochen mit dem sowjetischen Botschafter in Pankow, Abrassimow, geführten Gespräche ein.<sup>14</sup> Dabei sei auch die Frage einer eventuellen Reise Brandts in die Sowjetunion berührt worden. Durch seinen Amtswechsel sei nun eine neue Lage entstanden. Dies solle jedoch nicht heißen, daß er an einem Besuch der Sowjetunion und an Gesprächen mit führenden sowjetischen Persönlichkeiten nicht mehr interessiert sei. Er wolle damit nur sagen, daß es aufgrund des neuen Amtes, welches er übernommen habe, natürlich einige Zeit brauchen werde, bis ein solcher Besuch realisiert werden könne. Ganz allgemein halte er persönliche Kontakte zwischen den führenden Politikern für recht nützlich.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

### 394

#### Botschafter Schnippenkötter an Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Paris

II B 1-80-31/1099<sup>I</sup>/66 geheim

Aufgabe: 12. Dezember 1966

Fernschreiben Nr. 1635

Citissime mit Vorrang

MD Ruete sofort nach Ankunft Montag abend oder Dienstag früh vorzulegen.<sup>1</sup>

A. 1) Washington hat mit 2965 vom 9. Dezember geh. wie folgt berichtet:

„Für Bundesminister<sup>2</sup> und Staatssekretär<sup>3</sup>

Geheim

Betr.: Amerikanisches Verhältnis zur neuen Bundesregierung<sup>4</sup>, insbesondere in der Frage des Nichtverbreitungsvertrages

Bezug: Drahtbericht Nr. 2945 vom 7. 12. 1966<sup>5</sup>

<sup>14</sup> Zum Gespräch vom 12. Oktober 1966 vgl. Dok. 326.

<sup>1</sup> Ministerialdirektor Ruete hielt sich anlässlich der NATO-Ministerratstagung in Paris auf.

<sup>2</sup> Willy Brandt.

<sup>3</sup> Karl Carstens.

<sup>4</sup> Zum Regierungswechsel vom 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 390, Anm. 2.

<sup>5</sup> Botschafter Knapstein, Washington, informierte über einen Besuch beim Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Er habe Katzenbach darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung die Zeit für gekommen halte, „über etwaige amerikanische Formulierungsvorschläge für einen Nichtverbreitungsvertrag konsultiert zu werden, ehe es zu weiteren Verhandlungen mit den Sowjets käme und insbesondere ehe etwa Einigung ‚ad referendum‘ mit den Sowjets erfolgten“. Katzenbach dementierte, daß eine Einigung mit der UdSSR in Sicht sei; allerdings seien „mehrere Formeln mit den Sowjets erörtert worden, wobei auch diese ihrerseits Formulierungsvorschläge gemacht hätten“. Der amerikanische Außenminister Rusk beabsichtige, die Alliierten am Rande der NATO-Ministerratstagung in Paris am 15./16. Dezember 1966 zu konsultieren, „nicht etwa deshalb [...], weil eine Vereinbarung mit den Sowjets jetzt schon in greifbarer Nähe stünde, sondern weil der Gegenstand bedeutsam und interessant genug sei, um eine solche Konsultation zum

I. Aus einem sehr aufschlußreichen Gespräch, das Lilienfeld gestern mit Walt Rostow hatte, möchte ich folgendes festhalten:

Unter Hinweis auf meinen Besuch bei Katzenbach sagte Lilienfeld, das weitere Verhalten der USA gegenüber uns in der Frage des Nichtverbreitungsvertrages<sup>6</sup> werde von besonderer psychologischer Bedeutung für die neue Bundesregierung sein. Diese lege zweifellos den gleichen Wert auf engste Zusammenarbeit mit Washington wie ihre beiden Vorgängerinnen, werde jedoch wahrscheinlich mit einer selbstbewußteren Stimme sprechen und mehr von unserer eigenen Interessenlage ausgehen. Dies sei an sich eine gesunde Entwicklung, die auch von den USA – zum Beispiel besonders von Präsident Kennedy – immer wieder gefordert worden sei. Sicherlich werde die neue Regierung aber auch bereit sein, in enger Konsultation mit den Verbündeten – insbesondere mit den USA – die gemeinsamen Positionen neu zu überdenken. Dies könne jedoch nicht von heute auf morgen geschehen, und man müsse ihr hierzu Zeit lassen. Es wäre sehr unglücklich, wenn – insbesondere auch im Hinblick auf die unangenehmen Erinnerungen, die mit dem letzten Besuch von Bundeskanzler Erhard in Washington<sup>7</sup> verbunden seien – der Eindruck bei der neuen Bundesregierung entstehen sollte, daß die Amerikaner versuchten, sie in gewissen Fragen unter Druck zu setzen, oder daß man nicht bereit wäre, wirklich offen mit uns zu sprechen. Wie er, Rostow, wisse, sei eine besonders empfindliche Frage die des Verhältnisses der amerikanischen Entspannungstendenzen zu den Interessen der Allianz. Im Herbst dieses Jahres sei es bereits zu auch von uns bedauerten Mißdeutungen gekommen, als die deutsche Presse – weitgehend aufgrund von amerikanischen Presseveröffentlichungen – an die Gespräche Gromykos mit Rusk und Johnson<sup>8</sup> unzutreffende Schlußfolgerungen geknüpft habe.<sup>9</sup> Es wäre bedauerlich, wenn jetzt im Zusammenhang mit den weiteren Gesprächen um den Nichtverbreitungsvertrag sich ähnliche Ansätze des Mißtrauens in Deutschland einstellen sollten. Die Botschaft hätte sich in ihrer Berichterstattung stets bemüht, die Dinge im richtigen Licht zu sehen und zu betonen, daß sie keinen Anlaß sehe, an den uns gegebenen Zusicherungen zu zweifeln. Dies sei uns manchmal dadurch etwas erschwert worden, daß man – sicherlich aus guten Gründen – uns doch manche Entwicklungen in dem Gespräch mit den Russen vorenthalten habe, deren Kenntnis für uns wichtig gewesen wäre. Insbesondere hätten wir es für nicht ganz glücklich gehalten, daß man noch bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit uns immer versichert habe, über Formulierungen werde konkret mit den Russen noch nicht gesprochen – während es doch auf der Hand gelegen habe, daß über diese Kernfrage habe

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1618*

jetzigen Zeitpunkt wünschenswert erscheinen zu lassen“. Vgl. VS-Bd. 924 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 383.

<sup>7</sup> Für die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 26./27. September 1966 vgl. Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300–302.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers mit seinem amerikanischen Amtskollegen sowie mit Präsident Johnson am 24. September bzw. 10. Oktober 1966 vgl. Dok. 298, Anm. 12, und Dok. 336.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Artikel „Erhard als guter Freund in Washington empfangen“, „Johnson verhandelt heute mit Gromyko“ und „Washington: Einige Mißverständnisse beseitigt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 223 vom 26. September 1966, S. 4, Nr. 235 vom 10. Oktober 1966, S. 1, und Nr. 237 vom 12. Oktober 1966, S. 1.



gesprochen werden müssen, wenn überhaupt ein Fortschritt in den Verhandlungen möglich sein sollte. Die Bundesregierung würde unter gewissen Voraussetzungen das Zustandekommen eines Nichtverbreitungsvertrages begrüßen. Man sollte ihr jedoch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit diese Stellungnahme nicht dadurch erschweren, daß der Eindruck erweckt würde, wir seien vor ein *Fait accompli* gestellt worden. Es sei daher jetzt von großer Bedeutung, mit uns wirklich offen über die tatsächliche Situation und auch über die amerikanischen Intentionen zu sprechen und uns voll ins Vertrauen zu ziehen.

Rostow nahm diese Ausführungen durchaus verständnisvoll und ohne Empfindlichkeit zur Kenntnis. Er betonte mit großem Ernst, daß der Präsident<sup>10</sup> sich von der neuen Bundesregierung eine volle Beteiligung und aktive Mitwirkung nicht nur an den uns direkt betreffenden Problemen, sondern auch an den Fragen der großen Weltpolitik erhoffe, die die USA in besonderem Maße beschäftigten. Die Bundesrepublik sei jetzt ‚erwachsen‘ (*has come of age*), und es sei höchste Zeit, daß sie die sich daraus ergebenden Verpflichtungen und Chancen mit größerer Bereitwilligkeit übernehme, als dies bisher manchmal der Fall gewesen sei. Der Präsident lege größten Wert auf eine kraftvolle Mitwirkung Deutschlands nicht nur in der Allianz, sondern auch an anderen Krisenstellen der Welt, zum Beispiel in Asien, Südamerika und Afrika – wo immer wir die USA wirksam entlasten könnten, natürlich nicht im militärischen Bereich. Bei aller von ihm für Bundeskanzler Erhard persönlich empfundenen Freundschaft habe sich der Präsident zunehmend dem Eindruck nicht verschließen können, daß dessen Regierung leider wohl nicht die Kraft besessen habe, diese uns zugedachte Rolle auch auszufüllen.

Johnson hoffe sehr, daß die neue Bundesregierung mit ihrem breiten Rückhalt im deutschen Volke hierzu besser in der Lage sein werde. Man sei amerikanischerseits zu offener Diskussion und jederzeitigen Konsultationen aller Probleme bereit und hoffe auf eine ‚kraftvolle Interpretation‘ der deutschen Ansichten. Voraussetzung hierzu sei jedoch, daß wir uns unsererseits in manchen Dingen selber klar würden, was wir eigentlich wollten, und daß wir unsere Positionen genau umrissen – auch wenn sie in gewissem Gegensatz zu den amerikanischen Auffassungen stehen sollten. Ein laufendes intensives und offenes Gespräch sei die beste Voraussetzung für eine enge Zusammenarbeit und die Abstimmung der Interessen. Die USA seien hierzu jederzeit bereit. Aber wir dürften gerade jetzt nicht in ‚Weltschmerz‘, Frustration und Mißtrauen verharren.

Im Hinblick auf den Nichtverbreitungsvertrag könne er uns versichern, daß keinerlei Entscheidungen getroffen worden seien, schon gar nicht Geheim-Abmachungen mit den Russen oder Abreden ad referendum der Alliierten. Insbesondere seien keinerlei Positionen der Allianz oder Optionen aufgegeben worden. Hierzu seien die USA auch gar nicht in der Lage, da sie ja nicht verbindlich für die Verbündeten und schon gar nicht für andere Länder wie Japan oder Indien sprechen könnten. Die amerikanische Position sei im Grundprinzip unverändert fest geblieben. Der Präsident habe Weisung gegeben, die Gesprä-

<sup>10</sup> Lyndon B. Johnson.

che mit den Russen über die Substanz einzustellen, als sich der Regierungswechsel in Bonn abgezeichnet habe. Seitdem sei nur noch über periphere Fragen gesprochen worden. Rusk werde die Ergebnisse der bisherigen Gespräche den Verbündeten und insbesondere uns vortragen, um gemeinsam mit uns darüber zu beraten, ob die bisher sich abzeichnende Basis eine Möglichkeit zum Abschluß eines Vertrages biete.<sup>11</sup> Die US-Regierung sei sich selbst darüber noch nicht schlüssig. Der Präsident sei nicht bereit, den Russen etwa ein Mitspracherecht in der Allianz einzuräumen, daher seien die bisherigen Optionen (atlantische und europäische) voll offengehalten und den Russen klar gemacht worden, daß eine Entscheidung nur in Beratung mit den Verbündeten getroffen werden könne. Dies sei die amerikanische Position, die der Präsident selbst – allerdings nach erheblichen internen Auseinandersetzungen – festgelegt habe. Allerdings müsse man sich jetzt allmählich wohl entscheiden, ob man aus der nuklearen Option etwas machen wolle und – wenn ja – was. Auch dies sei eine Entscheidung, die alle Alliierten treffen müßten.

Der Präsident gebe sich keinen Illusionen über die Sowjets hin. Er habe nicht vergessen, wie Gromyko Präsident Kennedy in der Kuba-Krise angelogen habe.<sup>12</sup> Er wünsche ein starkes Engagement der Amerikaner in einem starken Europa. Vor allem wünsche er keine Aufweichung der Allianz, wie sie Kossygin zur Zeit offenbar versuche. Eine Fehleinschätzung der westlichen Entschlossenheit durch die Russen sei höchst gefährlich, da diese dadurch zu neuen Schritten – zum Beispiel in Berlin – verleitet werden könnten. Jeder Eindruck der Schwäche müsse daher vermieden werden. So sehr der Präsident einen allmählichen Ausgleich mit den Russen anstrebe, so sei gerade er sich doch im klaren darüber, daß dieser nicht etwa auf Kosten der Allianz oder eines ihrer wesentlichsten Mitglieder erfolgen könne. So sei auch die Wiedervereinigung ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Entspannungsvorstellungen, da die Teilung Deutschlands einer der Hauptgründe des Kalten Krieges sei und zu dessen wirksamer Beendigung aufgehoben werden müsse.

Zum Schluß betonte Rostow nochmals die Bedeutung, die der Bundesrepublik in den Vorstellungen des Präsidenten zukomme. Hierzu sei die Erhöhung unserer eigenen Anstrengungen, insbesondere für die Verteidigung, auch im Hinblick auf die in diesen Tagen von der amerikanischen Regierung beschlossene Erhöhung der eigenen Ausgaben<sup>13</sup> mit von entscheidender Bedeutung.

II. Die Äußerungen Rostows bestätigen erneut den seit langem von mir berichteten Eindruck, daß der Präsident nach wie vor großen Wert auf den baldigen

<sup>11</sup> Am 16. Dezember 1966 berichtete der amerikanische Außenminister Rusk, z. Z. Paris: „I am giving the latest Russian text of Article One to the NATO members of the Geneva Conference (UK, Canada and Italy) and will also show it privately to the Germans.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 517. Vgl. auch Dok. 413, Anm. 1.

<sup>12</sup> Am 18. Oktober 1962 führte der sowjetische Außenminister gegenüber Präsident Kennedy aus, daß die sowjetische Hilfe nur der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung von Kuba diene. In der Überlassung „einiger Waffenarten rein defensiven Charakters“ könne keine Bedrohung der USA gesehen werden. Vgl. den Drahtbericht von Gromyko, z. Z. Washington, vom 20. Oktober 1962; MEZDUNARODNAJA ZIZN' 1993, Heft 3, S. 113–116 (Auszug).

<sup>13</sup> Am 8. Dezember 1966 wurde in der Presse gemeldet, daß der amerikanische Präsident eine Erhöhung der Mittel für den Verteidigungshaushalt gefordert habe, der sich dadurch auf 67 bis 68 Mrd. Dollar erhöhen werde. Vgl. dazu den Artikel „Johnson fordert zusätzlich zehn Milliarden Dollar“; DIE WELT, Nr. 286 vom 8. Dezember 1966, S. 3.

Abschluß eines NV-Abkommens legt und die Möglichkeiten hierzu in intensiven Gesprächen mit den Russen prüft, daß er jedoch – entgegen den Tendenzen mancher seiner Berater – nicht bereit ist, dies etwa auf Kosten der uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der nuklearen Teilhabe zu tun. Auch geht es im wesentlichen bei den jetzigen Gesprächen mit den Sowjets – wie anderweitig berichtet – um die Kontrolle des Einsatzes<sup>14</sup>, wobei kein Zweifel daran bestehen kann, daß diese uneingeschränkt beim amerikanischen Präsidenten bleiben wird. Man wird uns daher wahrscheinlich auch nicht zu einem Verzicht auf Hardware drängen. Ein formelles Aufgeben dieser unserer Position wäre somit jetzt nicht ratsam. Das schließt jedoch nicht aus, daß eines Tages der Zeitpunkt kommen könnte, in dem ein solcher Verzicht sich empfehlen könnte. Wir sollten jedoch unser weiteres Vorgehen in dieser Frage zunächst von einer möglichst baldigen freimütigen Aussprache mit Rusk über die beiderseitige Interessenlage und die der Allianz abhängig machen. Sollte sich dabei bestätigen, daß eine Modifizierung unserer Haltung den Amerikanern erwünscht ist, und sollten wir dazu bereit sein, dann sollte dies auch bald zum Ausdruck gelangen, damit die gewünschte psychologische Wirkung auf den Präsidenten nicht verlorengeht. In jedem Fall sollten wir bei klarer Einsicht der Begrenzungen des McNamara-Komitees doch versuchen, auch aus diesem das Beste herauszuholen.<sup>15</sup>

III. Ich bitte, diesen Bericht dem Herrn Bundeskanzler noch zum Wochenende in Stuttgart vorzulegen.

[gez.] Knapstein“

2) Büro Staatssekretär hat auf Weisung D II<sup>16</sup> aufgefördert, Stellungnahme für die Gesprächsführung Bundesminister mit Außenminister Rusk<sup>17</sup> vorzulegen.

B. Zur Stellungnahme darf ich zunächst verweisen auf

1) Vorlage Dg II B an D II, ?-z, II B 1-80-31/1099/66 geh. vom 8. Dezember 1966<sup>18</sup>, für die Besprechung am 8. Dezember 1966, 19 Uhr;

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 383, Anm. 16.

<sup>15</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 297, Anm. 17.

Am 7. Dezember 1966 empfahl Botschafter Knapstein, Washington, trotz des damit verbundenen „optischen“ Nachteils einem niederländischen Vorschlag entsprechend „formal keinen Unterschied zwischen den ständigen und nichtständigen Mitgliedern der Nuclear Planning Group zu machen“, und warnte davor, „ein vermindertes Interesse am Special Committee erkennen zu lassen“. Zwar sei „sicher davon auszugehen, daß dem Special Committee in bezug auf die Kontrollfrage, das crisis management, die Delegation und die Verbindlichkeit von Eventualfallplänen enge Grenzen gesetzt sind [...]“. Diese Begrenzungen entsprechen aber vitalen amerikanischen Eigeninteressen und haben mit dem Special Committee nicht unmittelbar zu tun. Wir würden ihnen in jeder anderen Kombination oder Konstruktion genauso begegnen.“ Knapstein hielt es „nicht nur für unwahrscheinlich, sondern praktisch für ausgeschlossen“, daß „in absehbarer Zukunft etwas anderes oder besseres“ als das Special Committee zu erreichen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2944; VS-Bd. 2024 (201); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. dazu weiter Dok. 406, Anm. 13.

<sup>16</sup> Ministerialdirektor Ruete.

<sup>17</sup> Zu dem geplanten Gespräch vgl. Dok. 390, Anm. 4.

<sup>18</sup> Für die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter zu „Nichtverbreitungsvertrag und Regelung des Nukleaproblems der NATO“ vgl. VS-Bd. 3985 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

2) gemeinsamen Entwurf Dg II A/Dg II B für die Gesprächsführung Bundesminister mit Rusk, der von D II überarbeitet worden ist.

3) schlage ich vor, an dieser Linie festzuhalten und der Schlußempfehlung der Botschaft Washington, einer eventuellen Modifizierung unserer Haltung bald Ausdruck zu geben, nicht zu folgen.

4) unterstreiche ich erneut folgenden taktischen Gesichtspunkt: Einerseits zeichnet sich, so sagt auch der Bericht, eine amerikanisch-sowjetische „Basis“ ab, die „eine Möglichkeit zum Abschluß eines NV-Vertrages biete“. Andererseits bietet das Ergebnis der Arbeiten des Special Committee keineswegs etwa befriedigende Lösungen. Von dem inneren Zusammenhang von Entspannung mit Deutschlandproblem ganz abgesehen. Daher trifft uns die Empfehlung Rostows, „man müsse sich jetzt allmählich wohl entscheiden, ob man aus der nuklearen Option etwas machen wolle und – wenn ja – was“, im für uns taktisch ungünstigsten Augenblick. Eine Entscheidung jetzt wäre unseren Interessen deswegen abträglich, weil dann eine nahtlose Aneinanderfügung der unzulänglichen NATO-Lösung mit einer alle künftigen Entwicklung sperrenden NV-Regelung zu erwarten wäre.

Bei dieser Lage ist es unser Interesse, unsere Bewegungsfreiheit auch weiterhin zu bewahren, d. h.

a) bei der NV-Regelung auf einen möglichst großen Spielraum für die Organisation der kollektiven Sicherheit im Nuklearbereich zu dringen, damit diejenigen Kräfte der amerikanischen Administration, die dafür Verständnis haben und denen der Präsident bisher folgt, gestärkt werden;

b) keine zu großen Anstrengungen zur Verbesserung einer derzeit unzulänglichen Nuklearlösung zu machen, weil dies den falschen Eindruck erwecken würde, unsere Interessen seien damit ausreichend berücksichtigt. Möglichkeiten der organischen Weiterentwicklung des Problems sollten nicht kuptiert werden; das ist der Sinn der „Option“.

C. Dg II A hat mitgezeichnet und hält ein Eingehen auf die Punkte deutsche Verteidigungsanstrengungen und Engagement in Asien usw. nicht für opportun.

D. Da ich sichere Mitteilung des Ministerbüros habe, daß am 13. Dezember kein Gespräch Bundesminister mit Rusk stattfindet, treffe ich mit TEE von Brüssel Paris Gare du Nord Dienstag, 13. Dezember, 19.53 Uhr ein.<sup>19</sup> Unterkunft im Hotel Castiglione Faubourg St. Honoré.

[gez.] Schnippenkötter

VS-Bd. 3985 (II B 1)

<sup>19</sup> Botschafter Schnippenkötter nahm an der NATO-Ministerratstagung vom 15./16. Dezember 1966 teil. Vgl. dazu Dok. 410 und Dok. 414.

### Drahterlaß des Ministerialdirektors Thierfelder

**V 1-80.23/1 F 7-914/66 VS-vertraulich      Aufgabe: 13. Dezember 1966, 11.24 Uhr<sup>1</sup>**  
**Fernschreiben Nr. 4669**  
**Citissime**

Betr.: Beitrittsklausel zu dem geplanten Weltraumabkommen;  
 hier: Disclaimer-Erklärung<sup>2</sup>

Auf DB Washington Nr. 2957 vom 9. Dezember<sup>3</sup>

I. Botschaft Washington wird ermächtigt, das State Department davon in Kenntnis zu setzen, daß wir uns mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit der von den Amerikanern geforderten ersatzlosen Streichung des ersten Halbsatzes der Disclaimer-Erklärung<sup>4</sup> nicht länger widersetzen. Wir seien zwar nach wie vor der Ansicht, daß die von uns befürworteten Fassungen zweckdienlicher gewesen wären als die jetzt vereinbarte Fassung. Auch würden die von uns vorgeschlagenen Fassungen es uns erleichtert haben, negative Wirkungen der Beitrittsklausel des Vertrages im inneren deutschen Bereich aufzufangen. Nachdem die Amerikaner aber nun in der Disclaimer-Frage ihren Willen durchgesetzt hätten, erwarteten wir, daß sie sich umso stärker allen Versuchen widersetzen, die SBZ zu der geplanten Weltraumkonferenz 1967<sup>5</sup> einzuladen. Im übrigen seien die Botschaften London und Paris gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß die britische und die französische VN-Mission sich der amerikanischen Erklärung anschließen.

II. Botschaften Paris und London werden gebeten, den Außenministerien ihrer Gastländer darzulegen, daß die amerikanische VN-Delegation zur Abschwächung der schädlichen Wirkungen der All-Staaten-Klausel des geplanten Welt-

<sup>1</sup> Der Drahterlaß an die Botschaften in Washington, London und Paris sowie an den Beobachter bei der UNO in New York wurde von Legationsrat Fleischhauer konzipiert.  
 Hat den Referaten I B 1 und II A 1 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Für die Vorschläge zu einer Disclaimer-Erklärung vgl. Dok. 357, Anm. 10.

<sup>3</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete über ein Gespräch mit dem Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium. Meeker habe erläutert: „Der Vorschlag, den ersten Absatz des Disclaimer-Entwurfs fallenzulassen, nachdem eine Übereinstimmung über den Wortlaut nicht habe erreicht werden können, beruhe auf der Überlegung, daß es dann sinnvoller sei, sich nicht auf Auseinandersetzungen darüber einzulassen, warum die All-Staaten-Klausel im Gegensatz zu anderen Fällen in diesem konkreten Fall anzuwenden sei.“ Vgl. VS-Bd. 5715 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Zur eventuellen Streichung des ersten Absatzes der Disclaimer-Erklärung vgl. Dok. 370, Anm. 16.

<sup>5</sup> Am 14. Dezember 1966 berichtete Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), daß am selben Tag von Österreich, Indien und der VAR ein Resolutionsentwurf zur Einberufung der Weltraumkonferenz eingebracht werde: „Für die Teilnahme hatten Indien und VAR zunächst die Alle-Staaten-Formel verlangt; Österreich verweigerte bei dieser Formulierung seine Beteiligung als Miteinbringer. Den Amerikanern ist es dann nach langen Verhandlungen gelungen, Indien und VAR zu veranlassen, von einer Teilnahmeformel überhaupt und damit auch von der Alle-Staaten-Formel in ihrem Resolutionsentwurf abzusehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1248; VS-Bd. 3989 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Die für September 1967 geplante Konferenz über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums fand vom 14. bis 27. August 1968 in Wien statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1968, Z 191.

raumvertrages bei den Besprechungen über das Abkommen eine Erklärung des unter Ziffer IV folgenden Textes abgeben werde. An diese Darlegung wäre die Bitte zu knüpfen, die VN-Delegationen der Gastländer anzuweisen, sich dieser amerikanischen Erklärung anzuschließen.<sup>6</sup>

Zur Unterrichtung:

Wir glauben nicht, daß dieser Wunsch auf große Schwierigkeiten stoßen wird, weil die Erklärung in ihrer jetzigen Form nichts enthält, was nicht dem allgemeinen Völkerrecht entspräche. Es wird gebeten, die deutsch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten (über den Text der Erklärung) den Außenministerien der Gastländer gegenüber nicht zu erwähnen.

III. Der VN-Beobachter<sup>7</sup> wird gebeten, mit der britischen und der französischen VN-Mission im Sinne der Ziffer II Verbindung aufzunehmen. Gegen eine Unterrichtung der amerikanischen Mission im Sinne von Ziffer I und unsere an die Briten und Franzosen gerichtete Bitte um Unterstützung bestehen aus hiesiger Sicht keine Bedenken.

IV. Disclaimer-Erklärung lautet in der nun vereinbarten Form wie folgt:

„The adoption of the accession clause now included in the draft Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space – urged because of exceptional circumstances favoring a very broad geographical coverage for the Space Treaty – does not, of course, bring about the recognition or otherwise alter the status of an unrecognized regime or entity which may seek to file an instrument of accession to the Space Treaty. Under international law and practice, recognition of a government or acknowledgement of the existence of a State is brought about as the result of a deliberate decision and course of conduct on the part of a Government intending to accord recognition. Recognition of a regime or acknowledgement of an entity cannot be inferred from signature, ratification or accession to a multilateral agreement. The U.S. believe that this viewpoint is generally accepted and shared, and it is on this basis that we join in supporting the present final clauses of the Space Treaty.“

Bericht über das Veranlaßte erbeten.<sup>8</sup>

Thierfelder<sup>9</sup>

VS-Bd. 5715 (V 1)

<sup>6</sup> Dazu informierte Gesandter Freiherr von Ungern-Sternberg, London, am 13. Dezember 1966, „daß der Abgabe dieser Erklärung durch die britische Delegation bei den Vereinten Nationen vorbehaltlich einer Prüfung durch den zuständigen Rechtsberater des Foreign Office nichts im Wege stehen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2430; VS-Bd. 5715 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966. Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 15. Dezember 1966, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Toffin, sehe „persönlich keine Gründe, die [die] französische Regierung veranlassen könnten, unserer Bitte nicht nachzukommen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2079; VS-Bd. 3989 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Sigismund Freiherr von Braun.

<sup>8</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete am 14. Dezember 1966, er habe den zuständigen Referenten im State Department informiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2981; VS-Bd. 3989 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), informierte am 19. Dezember 1966 über die Annahme des Entwurfs für ein Weltraumabkommen im Ersten (Politischen) Ausschuß der UNO-Generalversammlung. Die Stellungnahmen des amerikanischen und des britischen Botschafters

## 396

## Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-102.A/66 geheim

13. Dezember 1966<sup>1</sup>

Der Bundesminister des Auswärtigen führte am 13.12.66 um 16.30h in Paris ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville. Bei der Unterredung waren außerdem zugegen: Botschafter Klaiber und MD Meyer-Lindenberg von deutscher Seite, und die Herren de Beaumarchais und Puaux von französischer Seite.

Eingangs beglückwünschte Herr *Couve de Murville* den Herrn Minister zu seiner Ernennung.<sup>2</sup>

Der Herr *Minister* gab seiner Freude darüber Ausdruck, noch am Tage der Regierungserklärung<sup>3</sup> nach Paris gekommen zu sein. Er sagte, die neue Regierung wolle einen neuen Anfang machen. Dies gelte insbesondere für vier Bereiche: die Finanzlage; die Wirtschaftslage, die sich noch etwas verschlechtern werde, ehe im nächsten Herbst ein neuer Aufstieg beginnen könne; die Außenpolitik; die deutsche Frage.

Herr *Couve de Murville* warf ein, worin genau die deutsche Frage bestehe.

Der Herr *Minister* erwiderte, vielleicht sei die deutsche Frage aus Fragen zusammengesetzt. Er fuhr fort, in der Außenpolitik sei in den der Regierungsbildung vorausgehenden Gesprächen Einigung erzielt worden, daß das deutsch-französische Verhältnis einen zentralen Platz einnehmen müsse. Dies sei auch in der Regierungserklärung eindeutig zum Ausdruck gekommen, welche in einem langen Absatz besage, daß jede europäische Entwicklung auf einem guten deutsch-französischen Verhältnis basieren müsse.<sup>4</sup> Auch für den Herrn Bun-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1625*

bei der UNO, Goldberg bzw. Lord Caradon, hätten die gewünschte Disclaimer-Erklärung enthalten, „nicht dagegen die des französischen VN-Vertreters“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1279; VS-Bd. 5715 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Der „Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“ wurde am 19. Dezember 1966 von der UNO-Generalversammlung gebilligt und in London, Washington und Moskau zur Unterzeichnung aufgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

<sup>9</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 14. Dezember 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Zu dem Gespräch vgl. auch BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 149 f.

<sup>2</sup> Willy Brandt wurde am 1. Dezember 1966 zum Bundesminister des Auswärtigen ernannt. Zum Regierungswechsel vgl. auch Dok. 390, Anm. 2.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte am 13. Dezember 1966 vor dem Bundestag aus: „Die vom Osten und Westen erhoffte europäische Friedensordnung ist ohne ein enges und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht denkbar. [...] Europa kann nur mit Frankreich und Deutschland, nicht ohne oder gar gegen eines der beiden Länder, gebaut werden.“ Kiesinger kündigte Vorschläge an, um „die im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963

deskanzler könne er sagen, daß die Bundesregierung den ernststen Wunsch hege, einen ernststen Versuch zu machen, um dem deutsch-französischen Vertrag<sup>5</sup> stärkeres und mehr politisches Leben einzuhauchen. Dies heiße nicht, daß der Vertrag bisher wertlos gewesen sei. Dennoch nenne die Regierungserklärung mehrere Punkte, in denen Frankreich und Deutschland gemeinsam etwas tun sollten. In der Regierungserklärung finde sich auch ein interessanter Hinweis auf die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern. In der deutschen Frage sei die neue Nuance vielleicht dies, daß sich die Arbeit für die Wiedervereinigung mehr als bisher als Teil einer friedensbewahrenden Politik darstellen sollte. Überhaupt sei das Thema „Friedensbewahrung“ als Überschrift über allen Teilen der Außenpolitik zu werten. Die neue Nuance bedeute, daß – solange eine politische Lösung noch nicht gefunden sei – Deutschland sich stärker darauf konzentrieren werde, die beiden Teile des deutschen Volkes zusammenzuhalten durch eine Steigerung des Handels, des kulturellen Austausches und der menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Natürlich betrachte die Bundesregierung das SBZ-Regime nicht als einen zweiten deutschen Staat, doch wolle sie nach Methoden suchen, welche die Lösung gewisser Probleme erleichtern könnten. Auf diesem Gebiet wäre die Bundesregierung glücklich, wenn sie auf das Verständnis und die moralische wie politische Unterstützung durch ihre Verbündeten zählen könnte.

Zum deutsch-französischen Verhältnis bemerkte der Herr Minister zunächst, der Herr Bundeskanzler habe ihm gesagt, daß er mit dem Datum des 13. und 14. Januar für das nächste deutsch-französische Treffen<sup>6</sup> einverstanden sei. Möglicherweise sollte der Kreis der Beteiligten dabei nicht allzu groß sein, doch richte sich der Bundeskanzler hier ganz nach den Wünschen der französischen Seite.

Herr *Couve de Murville* erklärte, dies sollte leicht zu bewerkstelligen sein. Er sagte dann, selbstverständlich werde er und die französische Regierung die Regierungserklärung sorgfältig prüfen. Er sei heute schon gewiß, daß sie die Betrachtungsweise der Bundesregierung begrüßen könne. Von französischer Seite seien zwei Dinge wesentlich: erstens die Behandlungsweise der Probleme durch beide Länder möglichst anzunähern und zweitens die Zusammenarbeit so gut und eng zu gestalten, wie es dem Geist des deutsch-französischen Vertrages entspreche. Die französische Regierung sei gerne bereit, mit der deutschen Regierung über alle Probleme zu sprechen.

Der Herr *Minister* gab seiner Befriedigung über die Regelung der Frage der französischen Truppen in Deutschland<sup>7</sup> Ausdruck.

Herr *Couve de Murville* bemerkte dazu, wichtig sei, daß die beiden Regierungen sich geeinigt hätten. Materiell hätten ohnehin keine besonders großen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1626*

enthaltenen Chancen zur Koordinierung der Politik beider Länder so konkret wie möglich zu nutzen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 63, S. 3663 f.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>6</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsgespräche am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. AAPD 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 401.



Fragen vorgelegen. Es sei auch gut, daß diese Einigung mit dem ersten Besuch des Ministers in Paris zusammenfalle. Alle Probleme seien schwierig, und man müsse das Beste tun, um mit ihnen fertig zu werden und voranzukommen. Zur bevorstehenden NATO-Tagung<sup>8</sup> sagte Couve de Murville, er sehe hier keine besonderen Schwierigkeiten voraus.

An dieses Gespräch schloß sich eine kurze Unterhaltung über eine mögliche Änderung des Wahlrechts in Deutschland<sup>9</sup> an.

Außenminister Couve de Murville sagte dann, im Januar werde über die anstehenden Fragen im einzelnen zu sprechen sein.

Der Herr *Minister* verwies darauf, daß in der Regierungserklärung deutsche Vorschläge angekündigt worden seien.

Herr *Couve de Murville* kam dann auf den kürzlichen Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten<sup>10</sup> zu sprechen, über den er bereits dem Botschafter berichtet habe.<sup>11</sup> Im wesentlichen seien dieselben Themen wie im Juni<sup>12</sup> diskutiert worden. Das Hauptaugenmerk der Sowjets gelte wie jederzeit den europäischen Problemen und dem, was die Russen „europäische Sicherheit“ nennen, d.h. das Problem der Zukunft Deutschlands. Natürlich hätten sie wie stets die Frage der Anerkennung der SBZ aufgeworfen, woran sich wohl nie etwas ändern werde. Davon abgesehen habe er den Eindruck gewonnen, daß man russischerseits mit Interesse darauf warte, welche Richtung die neue deutsche Regierung einschlagen werde. Dies sei deutlich geworden, obwohl es nie ausgesprochen worden sei. Die Russen betonten stets, daß ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik zufriedenstellend seien (dabei lasse er natürlich die Reden für Propaganda ganz beiseite). Sie beharrten auch auf ihrer Idee einer gesamteuropäischen Konferenz.<sup>13</sup> Frankreich habe darauf erwidert, daß es im Prinzip gegen diesen Gedanken nichts einzuwenden hätte. Hinsichtlich Deutschlands bestehe weiterhin eine Meinungsverschiedenheit wegen der SBZ.<sup>14</sup> Von russischer Seite sei nicht über das Verhältnis Frankreichs zu den

<sup>8</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. Dok. 410 und Dok. 414.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kiesinger kündigte am 13. Dezember 1966 im Bundestag an, daß in der Amtszeit der Großen Koalition „ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werden“ solle, das für die Bundestagswahlen nach 1969 klare Mehrheiten ermögliche und durch das „eine institutionelle Abwehr der Notwendigkeit zur Bildung von Koalitionen überhaupt geschaffen“ werde. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3657.

Vgl. auch den Artikel „Kommission soll Vorschläge für das Mehrheitswahlrecht ausarbeiten“; DIE WELT, Nr. 284 vom 6. Dezember 1966, S. 1.

<sup>10</sup> Ministerpräsident Kossygin hielt sich vom 1. bis 9. Dezember 1966 in Frankreich auf. Für die Erklärung über den Besuch vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 10–14. Vgl. dazu auch Dok. 379.

<sup>11</sup> Aus den Informationen des französischen Außenministers vom 5. Dezember 1966 über die Gespräche mit Ministerpräsident Kossygin zog Botschafter Klaiber, Paris, den Schluß, „daß trotz stärkster protokollarischer und publizistischer Hervorhebung des Kossygin-Besuchs in Frankreich in der politischen Substanz keinerlei Änderung der beiderseitigen Standpunkte eingetreten ist und in der Verbesserung der bilateralen Beziehungen nur bescheidene Fortschritte gemacht worden sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2010 vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2500 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>12</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

<sup>13</sup> Zum sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 142 und Dok. 240, Anm. 2.

<sup>14</sup> Dazu führte der französische Außenminister Couve de Murville am 5. Dezember 1966 gegenüber

osteuropäischen Staaten gesprochen worden, und auch die französische Seite habe dieses Thema nicht aufgeworfen. Die Russen sprächen ohnehin nie sehr viel davon. Er selbst habe seinen Gesprächspartnern gesagt, Frankreich sei stets für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und nicht nur der Sowjetunion, sondern allen mittel- und osteuropäischen Regierungen. Er habe hinzugefügt, daß die französische Regierung für offizielle Beziehungen zwischen Deutschland und diesen Ländern sei. Dagegen hätten die Russen keinen Einwand erhoben. Auf die Frage des Herrn *Ministers*, wie Couve de Murville Herrn Gromyko einschätze, erwiderte der französische Außenminister, da er Gromyko seit 21 Jahren kenne, falle es ihm schwer, ein Urteil zu fällen. Er habe ihn eigentlich ganz gern und finde ihn recht nett. Natürlich bleibe Gromyko immer linientreu.

Der Herr *Minister* verwies darauf, daß er mit zwei russischen Botschaftern (Abrassimow<sup>15</sup> und Zarapkin<sup>16</sup>) etwas Erfahrung gewonnen habe. Herr Zarapkin sei ein sehr interessanter Mann (Herr Couve de Murville warf hier ein, Zarapkin sei keineswegs einfach). Der Herr *Minister* fuhr fort, man könne aber mit ihm sprechen. Ein Wort scheine sein Denken besonders zu beherrschen: „The facts of life“. Als Zarapkin ihn in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender aufgesucht habe<sup>17</sup>, habe er (der Herr Bundesminister) darauf verwiesen, daß man solche „facts“ doch immer noch interpretieren könne. Er habe z.B. im zweiten Teil der Biographie Ehrenburgs gelesen, daß dieser bei seinem ersten Amerika-Besuch den alten Einstein aufgesucht habe, der ihm die Frage gestellt habe, ob er denn sicher sei, daß zwei mal zwei vier sei. Er (Einstein) sei nicht so sicher.<sup>18</sup> Daraufhin habe Zarapkin die Arme hochgeworfen und gesagt, wie man denn miteinander reden könne, wenn man denke, daß zwei mal zwei nicht vier sein könnte. Zarapkin habe drei Themen angesprochen. Zur nuklearen Frage habe er (der Herr Bundesminister) erklärt, daß die Bundesregierung keine nationale Verfügungsgewalt und keinen nationalen Besitz nuklearer Waffen anstrebe. In der Grenzfrage sei die Position für die Bundesregierung schwieriger als für Frankreich. Es gebe hier insbesondere auch innenpolitische Probleme. Die Bundesregierung versuche jedoch, mit den osteuropäischen Staaten die Beziehungen zu verbessern und gleichzeitig den Russen ganz klarzumachen, daß solche Bemühungen nicht Teil einer antirussischen Politik seien. Er habe Zarapkin gesagt, die Regierungserklärung gehe gegenüber Polen und der Tschechoslowakei über die Formulierungen der Friedensnote<sup>19</sup> noch hinaus. Vielleicht gehe sie nicht so weit, wie die Russen es gern möchten, doch

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1628*

Botschafter Klaiber, Paris, aus, von französischer Seite sei darauf hingewiesen worden, „daß an dem Konferenztisch nur die Bundesrepublik als Sprecher für Deutschland Platz haben könne. Außerdem sei die europäische Sicherheit mit der Lösung der Deutschlandfrage im Sinne der deutschen Wiedervereinigung verbunden. Da die Sowjetunion sich dieser Einsicht noch verschließe, könne man in Paris zur Zeit der Idee einer Sicherheitskonferenz keine Chancen geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2010 vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2500 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>15</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, traf zuletzt am 22. November 1966 mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin zusammen. Vgl. dazu Dok. 326, Anm. 14.

<sup>16</sup> Für das Gespräch vom 8. Dezember 1966 vgl. Dok. 393.

<sup>17</sup> Vgl. dazu BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 225.

<sup>18</sup> Vgl. DIE BERÜHMTEN EHRENBURG-MEMOIREN. Menschen-Jahre-Leben, Teil III: 1942–1965, München 1965, S. 303.

<sup>19</sup> Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

habe die Bundesregierung deutsche Politik zu machen. In der Frage des Münchener Abkommens<sup>20</sup> sei seines Erachtens die Bundesregierung ebenfalls einen Schritt weitergegangen.<sup>21</sup> Polen sei ein heikles Problem, doch habe die Bundesregierung wohl in der Formel, daß Deutschland als geteiltes Land und Volk heute für den Wunsch der polnischen Nation, in soliden und sicheren Grenzen zu leben, mehr Verständnis als früher empfinde, eine gute Aussage gefunden. Sie habe darüber hinaus erklärt, daß sie die anstehenden Probleme im Rahmen einer deutschen Friedensregelung für lösbar halte. Er hoffe, daß die befreundeten Staaten verstünden, daß Deutschland in dieser Frage soweit wie möglich gegangen sei. Das DDR-Problem habe Zarakin immer wieder aufgeworfen. Er (der Herr Minister) habe darauf erwidert, leider müsse die Bundesregierung hier anderer Auffassung sein, dennoch versuche sie, etwas zu tun, und selbst wenn eine Übereinstimmung über die Wiedervereinigung nicht gegeben sei, gebe es doch bilaterale Probleme, die erörtert werden könnten, wie Handels-, Kultur- und politische Fragen. Auf Zarakins Frage, um welche Probleme es sich dabei handle, habe er erklärt, um Sicherheitsprobleme und darauf verwiesen, daß einige Elemente der Bukarester Erklärung<sup>22</sup> die Bundesregierung interessierten und sie deren genaue Bedeutung festzustellen wünsche. Außerdem habe er den Vorschlag für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen wiederholt und darauf verwiesen, daß die Bundesregierung bereit wäre, in solche Erklärungen das Problem des geteilten Deutschlands mitaufzunehmen.

Außenminister *Couve de Murville* fragte, ob der Herr Minister dabei an bilaterale Erklärungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie den osteuropäischen Ländern denke.

Der Herr *Minister* bejahte dies und verwies darauf, daß die Russen auch an einer Einbeziehung dritter Bereiche interessiert schienen.

Der Herr Minister kam dann auf das bevorstehende Viermächtetreffen<sup>23</sup> zu sprechen und erinnerte daran, daß genau vor acht Jahren eine Zusammenkunft stattgefunden habe, bei der er selbst mit hinzugezogen worden sei.<sup>24</sup> Wenn im Anschluß an dieses Treffen der Presse gegenüber etwas gesagt werde oder ein paar Sätze z.B. für den Nordatlantikrat zu Papier gebracht würden, wäre er dankbar, wenn es sich nicht um eine bloße Wiederholung früherer Erklärungen handeln würde. Ihm liege größerer Freimut am Herzen. Er sehe keine unmittelbar bevorstehende Lösung der Deutschlandfrage, was keineswegs Resignation bedeute, aber der Wahrheit näherkomme. Wenn die drei Westmächte ihre Sympathie für das zum Ausdruck brächte, was die Bundesregierung tue, um das gespaltene deutsche Volk zusammenzuhalten, und Verständnis und Unterstützung dafür verdeutlichten, so entspräche dies genauer

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>21</sup> Vgl. dazu Dok. 390, Anm. 18.

<sup>22</sup> Zur Bukarester Erklärung der Staaten des Warschauer Pakts vom 6. Juli 1966 vgl. Dok. 240, besonders Anm. 17 und 18.

<sup>23</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte Rusk, Brown und Couve de Murville am 14. Dezember 1966 vgl. Dok. 399.

<sup>24</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, nahm am 14. Dezember 1958 an der Besprechung der Außenminister der Drei Mächte Dulles, Selwyn Lloyd und Couve de Murville mit Bundesminister von Brentano in Paris teil. Für eine Gesprächsaufzeichnung vgl. DDF 1958, II, Dok. 415.

dem heutigen Stand des Problems, ohne daß man deswegen die allgemeine und grundsätzliche Viermächteverpflichtung zu verringern brauche.<sup>25</sup>

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, die französische Regierung stehe einem solchen Anliegen wohlwollend gegenüber.

Das Gespräch endete um 17.10 h.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

### 397

#### Gespräch des Bundesministers Brandt mit Ministerpräsident Pompidou in Paris

Z A 5-101.A/66 VS-vertraulich

13. Dezember 1966<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 13. Dezember 1966 in Paris ein Gespräch mit dem französischen Premierminister Pompidou. Bei der Unterredung waren außerdem Staatssekretär Schütz und Botschafter Klaiber sowie der Kabinettschef von Herrn Pompidou<sup>2</sup> zugegen.

Premierminister *Pompidou* beglückwünschte den Herrn Minister zu seiner Ernennung<sup>3</sup> und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Minister so bald nach Paris gekommen sei.

Der Herr *Minister* überbrachte die Grüße des Herrn Bundeskanzlers und sagte dann, er wolle insbesondere unterstreichen, wie wichtig die Bundesregierung den Teil der Regierungserklärung erachte, in dem davon gesprochen werde, daß ein ehrlicher und ernster Versuch gemacht werden soll, dem deutsch-französischen Vertrag<sup>4</sup> einen neuen Inhalt zu geben.<sup>5</sup> Nähere Vorschläge würden der französischen Regierung zu einem späteren Zeitpunkt unterbreitet. Der Bundeskanzler und er selbst freuten sich auf die erste deutsch-französische Gesprächsrunde in neuer Besetzung Mitte Januar.<sup>6</sup> Der Premierminister kön-

<sup>25</sup> Eine Erklärung der Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik über das Treffen vom 14. Dezember 1966 wurde dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 beigelegt (Anhang A). Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 45.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 14. Dezember 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 23. Dezember 1966 übermittelte Vortragender Legationsrat Loeck eine weitere Ausfertigung an Staatssekretär Schütz. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>2</sup> Pierre Bascoul.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 396, Anm. 2.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 396, Anm. 4.

<sup>6</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. AAPD 1967.

ne gewiß sein, daß diese Haltung der Bundesregierung von einer großen Zahl Abgeordneter der beiden großen Parteien unterstützt werde.

Premierminister *Pompidou* erwiderte die Grüße des Bundeskanzlers, den er aus zahlreichen deutsch-französischen Besprechungen kenne<sup>7</sup> und der von allen hochgeschätzt werde. Die französische Regierung sei fest überzeugt, daß die neue deutsche Regierung dem deutsch-französischen Vertrag neues Leben einzuhauchen gewillt sei. Die Unterzeichnung des Vertrages sei von französischer Seite mit großen Hoffnungen erfolgt. In einer Reihe von Gebieten sei es auch gelungen, die Ziele des Vertrages zu erreichen, insbesondere durch die sehr wichtigen Kontakte zwischen den Völkern und vor allem der Jugend.<sup>8</sup> Dagegen sei nach französischer Auffassung die politische Zusammenarbeit, die der Vertrag vorsehe, in gewisser Weise ihrer Substanz beraubt worden. Er brauche nicht zu sagen, daß dies die Wirkung der Präambel<sup>9</sup> gewesen sei. Jedenfalls sei die französische Seite jederzeit zu einem neuen Anlauf bereit.

Der Herr *Minister* bemerkte, er sehe ehrlich gestanden nicht in der Präambel die Ursache dafür, daß es nicht so geklappt habe, wie es klappen sollte. Wie dem auch sei betrachte die Bundesregierung es als ihre Aufgabe, gemeinsam zu prüfen, was in, für und mit Europa – und nicht nur Westeuropa – getan werden könne. Man müsse in die Überlegungen auch die osteuropäischen Länder einbeziehen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die Bundesregierung dabei sei, ihre Beziehungen mit einigen dieser Länder zu normalisieren.<sup>10</sup> Sie habe auch versucht, einen eigenen Ton gegenüber der Sowjetunion zu finden, denn sie wisse wohl, daß sie bei den Normalisierungsbemühungen nicht den Eindruck erwecken dürfe, als handle es sich um eine Politik der Intrige gegenüber Moskau. Außer den politischen und politisch-militärischen Fragen gebe es auch Probleme der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, die besprochen werden müßten. In der Regierungserklärung sei zum Ausdruck gekommen, daß im wissenschaftlichen und industriell-technologischen Bereich neue Formen der verstärkten Zusammenarbeit gefunden werden müßten.<sup>11</sup> Dies spiele in der Auffassung der Bundesregierung eine große Rolle. Natürlich könne es zwischen befreundeten Staaten gelegentlich unterschiedliche Betrachtungen geben. Man müsse daher über diese Dinge sprechen, um zu wissen, woher solche Unterschiede kämen.

<sup>7</sup> Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kiesinger, wurde auf Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder durch Beschluß des Bundeskabinetts vom 3. Juli 1963 zum „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ ernannt. Als solcher nahm er an den regelmäßigen deutsch-französischen Regierungsbesprechungen teil. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 218, und AAPD 1964, II, Dok. 188.

<sup>8</sup> Zum deutsch-französischen Jugendaustausch vgl. Dok. 367, Anm. 55 und 56.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Präambel im Zustimmungsgesetz vom 15. Juni 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

Zu den Hintergründen für ihre Einfügung vgl. AAPD 1963, I, Dok. 136.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 412.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte dazu am 13. Dezember 1966 im Bundestag aus: „Die Regierung muß insbesondere auch durch gemeinsame Anstrengungen mit befreundeten Staaten der Gefahr eines technologischen Rückstandes entgegenwirken.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3659.

Premierminister *Pompidou* sagte, aus Presseberichten habe er schon eine erste Analyse der Regierungserklärung entnommen<sup>12</sup> und einige vom Herrn Minister genannten Punkte bemerkt. Entgegen der manchmal vorherrschenden Meinung sei die französische Politik äußerst einfach und zugleich kontinuierlich, denn sie versuche, sich entsprechend der allgemeinen Entwicklung einer nicht nur von Frankreich beeinflussbaren Lage weiter zu entwickeln. Frankreich wie wohl auch Deutschland hielten es in erster Linie für wichtig, daß Westeuropa, so wie es vor allem im Gemeinsamen Markt bestehe, sich selbst schaffe, was, zumindest auf unbestimmte Zeit, auf der Grundlage der dieses Europa bildenden Staaten geschehen müsse. Diese Staaten sollten in anderen Worten eine möglichst weitgehend harmonisierte Wirtschafts-, technologische, industrielle und Wissenschaftspolitik zu entwickeln versuchen, damit Europa seinen Platz in der Welt einnehmen könne. Eine besondere Sorge sei dabei für die französische wie für die deutsche Regierung die Tatsache, daß der Abstand in der technologischen Entwicklung zu den Vereinigten Staaten immer größer werde. Ein zweiter Aspekt sei die Entwicklung der Beziehungen zwischen Amerika und Rußland. Es habe eine Zeit gegeben, als die amerikanische Politik wegen der äußerst akuten sowjetischen Bedrohung sich darauf konzentriert habe, die Sowjetunion zurückzudrängen. Damals seien die europäischen Probleme und insbesondere die Wiedervereinigungsfrage abhängig gewesen von der Intensität des Drucks, den die Vereinigten Staaten auf Sowjetrußland ausüben konnten. Diese Periode sei nach französischer Auffassung nunmehr zu Ende, weil einerseits Amerika angesichts des Atomwaffenbesitzes der UdSSR nicht mehr bereit sei, für Europa ein großes Risiko zu laufen, und weil andererseits Rußland sich aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen Rotchina<sup>13</sup>, besänftige und allmählich zu den Ländern gehöre, die nach Komfort und mehr Freiheit strebten. Ein solches Streben sei mit einem Krieg unvereinbar, dessen Unmöglichkeit im übrigen Kuba gezeigt habe. Er glaube daher, daß man jetzt die Entspannungskarte spielen sollte. Ähnliche Bestrebungen entnehme er der Regierungserklärung und den ersten öffentlichen Äußerungen des Herrn Ministers<sup>14</sup>, die darauf hinausliefen, eine Normalisierung des Ver-

<sup>12</sup> Vgl. dazu den Artikel „Bonn va soumettre à Paris des ‚propositions concrètes‘ de coopération“; LE MONDE, Nr. 6818 vom 14. Dezember 1966, S. 1.

<sup>13</sup> Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. zuletzt Dok. 271, Anm. 6.

Im Beschluß des Plenums des ZK der KPdSU vom 13. Dezember 1966 zur internationalen Politik der UdSSR wurde hinsichtlich des Verhältnisses zur Volksrepublik China ausgeführt, „daß die antisowjetische Großmachtpolitik Mao Tse-tungs und seiner Gruppe in eine neue gefährliche Phase getreten ist. Der Kurs, den die jetzigen Führer der KP Chinas in der internationalen Arena einschlagen, ihre Politik den sozialistischen Ländern gegenüber, die feindselige Kampagne gegen unsere Partei und das Sowjetvolk sowie die spalterischen Aktionen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung – das alles hat mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Durch eine solche Politik wird [...] dem Imperialismus Hilfe geleistet.“ Vgl. den Artikel „O mezdunarodnom politike SSSR i bor'be KPSS za splochnost' kommunisticeskogo dvizenija“; PRAVDA, Nr. 348 vom 14. Dezember 1966, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 77.

Die chinesische Regierung reagierte mit der Ausweisung sowjetischer Korrespondenten. Vgl. dazu den Artikel „Peking weist sowjetische Forscher und Korrespondenten kurzfristig aus“; DIE WELT, Nr. 294 vom 17. Dezember 1966, S. 1.

<sup>14</sup> Bei der Amtsübernahme im Auswärtigen Amt führte Bundesminister Brandt am 6. Dezember 1966 aus: „Für eine gute deutsche Zukunft gibt es keine Lösung, ohne daß wir die Aussöhnung und gedeihliche Zusammenarbeit auch nach dem Osten hin erreichen.“ Vgl. BULLETIN 1966, S. 1255.

hältnisses zum Osten zu suchen, ohne deswegen die für Deutschland lebenswichtige Frage der Wiedervereinigung aufzugeben. Da keine Aussicht darauf bestehe, die Wiedervereinigung der Sowjetunion aufzuzwingen, bleibe der einzige Weg eine Entspannung gegenüber Sowjetrußland, das eines Tages diesen Gedanken akzeptieren werde. Gewiß sei Rußland heute noch weit davon entfernt, doch werde es dorthin gelangen. Herr Couve de Murville werde dem Herrn Minister weitere Einzelheiten über die kürzlichen Gespräche mit Kosygin<sup>15</sup> berichten. Es sei festzuhalten, daß Rußland und Frankreich in der deutschen Frage unterschiedlicher Meinung seien, doch habe die französische Regierung auch dieses Mal, wie stets und wie vor allem General de Gaulle im Juni in Moskau<sup>16</sup>, den Russen ihre Auffassung ganz klar gemacht. Trotz allem meine die französische Regierung spüren zu können, daß sich die russische Haltung hinsichtlich des Endzieles in gewisser Weise verändert habe. Wenn Deutschland in derselben Richtung arbeite, werde man dieses Ziel vielleicht sogar schneller als erwartet erreichen.

Der Herr *Minister* unterstrich, in der Regierungserklärung sei betont gesagt worden, einziger Bezugspunkt für die Bundesregierung sei ein möglicher deutscher Beitrag zur Sicherung des Friedens. Diese beziehe auch alle Aspekte der deutschen Politik ein. Die europäische und westeuropäische Politik sollten betrachtet werden und würden eines Tages auch von den Russen betrachtet werden als ein vernünftiger Beitrag zur Organisierung des Friedens. Die Bundesregierung sei bereit, an allen vernünftigen Vorschlägen zur Rüstungsbeschränkung und Verringerung der Rüstungslast mitzuwirken. Um jegliches Mißverständnis zu vermeiden, habe die Bundesregierung klargemacht, daß sie keine nationale Verfügungsgewalt und keinen nationalen Besitz von Atomwaffen anstrebe. Auch die Osteuropa-Politik sollte als ein Beitrag zur Entspannung verstanden werden. Gegenüber der Sowjetunion tue sich die Bundesregierung schwerer als gegenüber anderen Ländern, was teilweise darauf zurückzuführen sei, daß russische Divisionen auf deutschem Boden stehen. Er stimme mit Herrn Pompidou überein, daß eine akute Friedensbedrohung nicht vorliege. Wenn man aber wie er lange Zeit in Berlin umgeben von massierter militärischer Macht lebe, dann frage man sich, ob trotz der Absicht der russischen Führung, keinen Krieg zu führen, in der weiteren Entwicklung nicht durch eine Fehlkalkulation etwas passieren könnte. Dennoch und obwohl die Russen nicht zu einem Gespräch über die Deutschlandfrage bereit seien, sage die Bundesregierung, daß sie das Verhältnis zur Sowjetunion verbessern wolle. Es gebe eine Reihe zu erörternder bilateraler Fragen wie Handel und Kultur.<sup>17</sup> Außerdem habe die Bundesregierung der Sowjetunion eine Gewaltverzichts-erklärung angeboten, an der die Russen jetzt ein gewisses Interesse zu haben scheinen. Die Bundesregierung habe außerdem wissen lassen, daß sie bereit sei, das Problem des geteilten Deutschlands in einen Gewaltverzicht einzube-

<sup>15</sup> Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 1. bis 9. Dezember 1966 in Frankreich vgl. Dok. 396, besonders Anm. 11 und 14.

<sup>16</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

<sup>17</sup> Zu den Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. zuletzt Dok. 369. Zu den Kulturbeziehungen vgl. Dok. 91, Anm. 5.

ziehen.<sup>18</sup> Für Deutschland sei dies nichts neues, doch scheine es, als sähe Rußland etwas nützliches darin, diese Tatsache, die gegenüber den Westmächten in Verträgen festgelegt worden sei<sup>19</sup>, erneut festzuhalten.

Der Herr Minister fuhr fort, selbst wenn Frankreich und Deutschland nicht in genau derselben Lage seien, da Deutschland geteilt sei, gebe es im Bereich einer vernünftigen Entspannung ein breites Band gemeinsamer Überzeugungen und die Möglichkeit einer Harmonisierung.

Der Herr Minister sagte dann, er sei besonders erfreut, daß die Frage der französischen Truppen in Deutschland nunmehr geregelt sei<sup>20</sup>, denn nun könne man sich inhaltlich wichtigeren Problemen zuwenden. In diesem Zusammenhang sprach der Herr Minister seine besondere Anerkennung Herrn de Beaumarchais aus.

Premierminister *Pompidou* zeigte sich ebenfalls darüber erfreut und bemerkte, die französische Regierung habe hier nie besonders große Schwierigkeiten gesehen, denn sie habe von Anfang an ganz klargemacht, daß ihre Truppen nur in Deutschland blieben, wenn Deutschland dies tatsächlich wünsche, und daß sie Deutschland an dem Tage verlassen würden, an dem dieser deutsche Wunsch nicht mehr gegeben sei.<sup>21</sup> Ihre Anwesenheit sei eine gute Sache als Ausdruck der engen Verbundenheit der beiden Länder. Natürlich hofften alle, daß der Tag kommen möge, an dem überhaupt keine Truppen mehr notwendig seien.

Der Herr *Minister* kam dann auf die wirtschaftlichen Probleme zu sprechen. Der Haushalt sei in große Schwierigkeiten geraten<sup>22</sup>, und es bedürfe einer strafferen und langfristigeren Finanzplanung. Die Talsohle sei noch nicht durchschritten, und je nach der Strenge des kommenden Winters werde es im Frühjahr mehr oder weniger Arbeitslosigkeit geben. Bei der Steinkohle hätten sich Stagnationsphänomene gezeigt<sup>23</sup>, doch hoffe er, daß man die Sache in Griff bekommen werde. Er hoffe weiterhin, daß ab Herbst nächsten Jahres ein neuer Aufstieg möglich werde. Es gehe darum, daß die Bundesbank die restriktiven Maßnahmen schnell abwickele und daß durch eine konzertierte Aktion eine angemessene jährliche Wachstumsrate erzielt werde. Für das erste Halbjahr 1967 hätten die wissenschaftlichen Institute eine Wachstumsrate von lediglich 2% vorhergesagt, die natürlich nicht ausreichend sei und mit der auf die Dauer nicht einmal die Sozialversicherung ausgeführt werden könne. Erstmals habe daher eine Regierungserklärung als Ziel eine Wachstumsrate von mindestens 4% gesetzt. Gewisse Härten für manche Interessengruppen seien dabei nicht zu vermeiden. Er nenne diese Dinge, weil er wisse, daß den Wirtschaftsfragen immer das besondere Interesse des Premierministers gegolten habe. Natürlich lasse sich wegen der anders gelagerten Situation nichts von einem Land zum anderen kopieren, doch versuche die Bundesregierung ihr

<sup>18</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 8. Dezember 1966; Dok. 393.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 4.

<sup>20</sup> Vgl. dazu Dok. 401.

<sup>21</sup> Vgl. dazu Dok. 186, Anm. 9.

<sup>22</sup> Zur Haushaltslage der Bundesrepublik vgl. Dok. 275, besonders Anm. 13, und Dok. 392, Anm. 18.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Dok. 130, Anm. 19.



Bestes, denn eine gesunde Wirtschaft sei die Voraussetzung dafür, daß Deutschland in der deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit die ihm zukommende Rolle spielen könne.

Premierminister *Pompidou* sagte, dem Herrn Minister gehöre in diesem Zusammenhang sein ganzes Mitgefühl dafür, in die Regierung zu einem Zeitpunkt gekommen zu sein, als die Stabilisierung erforderlich wurde. Die französische Regierung habe dasselbe mitgemacht, und er könne nur sagen, daß man sich bei einer solchen Ausgangslage nur schwerlich besonderer Beliebtheit erfreue. Beide Länder aber hätten ein Interesse daran, daß auf beiden Seiten eine vernünftige Finanzpolitik betrieben werde und ein befriedigendes Preis- und Währungsniveau in Europa erhalten werden könne. Als Frankreich in die Stabilisierung eingetreten sei<sup>24</sup>, habe seine Wachstumsrate etwa 3% betragen. Dies sei nicht ausreichend, um die nötigen Investitionen und einen gewissen sozialen Fortschritt zu bewerkstelligen. Wenn Deutschland nunmehr als Ziel eine Wachstumsrate von 4% nenne, so sei diese Zahl noch recht bescheiden. Er habe den Eindruck, daß die Bundesregierung in eine gewisse Planifikation eintrete.

Der Herr *Minister* erwiderte, sein Kollege Schiller könnte jetzt wortreicher die Unterschiede darlegen, doch gehe das Bemühen der Bundesregierung etwa in Richtung auf eine Politik, die weniger von einem Tag in den anderen lebe und sich mehr Ziele setze. Das Kabinett habe einen Kabinettsausschuß für mittelfristige Finanzplanung eingesetzt<sup>25</sup>, der feststellen solle, wie der Staat zu seinem Geld kommen könne. In Deutschland betreibe man diese Bemühungen vielleicht mit etwas weniger Dirigismus, doch könnten nähere Aufschlüsse erst aus der Erfahrung kommen.

Premierminister *Pompidou* betonte, einem wirtschaftlichen Aspekt messe er ganz besondere Bedeutung zu, nämlich der Annäherung und dem Zusammengehen deutsch-französischer Industriezusammenschlüsse. Auf die Bemerkung des Herrn *Ministers*, hier seien doch schon gute Fortschritte erzielt worden, erwiderte *Pompidou*, dies sei richtig, doch habe es ziemlich lange gedauert. Gerade heute habe er einen Vertreter einer Gruppierung der deutschen Stahlindustrie empfangen, der sein Interesse an einem Zusammengehen mit französischen Partnern bekundet habe. Gemeinsame Probleme gebe es in erster Linie auch auf dem Kohlesektor, der in Frankreich zwar weniger schwer betroffen sei als in Deutschland; dafür seien die Franzosen weniger ausdauernd. Beim Stahl wolle er zwar nicht von einer Stagnation sprechen, aber davon, daß die Verwendungsmöglichkeiten von Stahl praktisch ausgeschöpft zu sein schienen. Viele Sorgen seien somit den beiden Ländern gemeinsam. Umso notwendiger sei es, manche Industriezweige zu entwickeln. Hier stelle sich in Europa im-

<sup>24</sup> Das Stabilisierungsprogramm, das von Ministerpräsident Pompidou am 12. September 1963 auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, sah eine Eindämmung der Inflation durch eine strengere Kreditpolitik, Senkung der Staatsausgaben und eine erhöhte Besteuerung "der übermäßigen oder anomalen Gewinne, besonders auf dem Gebiet der Boden- und Immobilienspekulation", vor. Darüber hinaus waren Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes sowie eine stärkere staatliche Kontrolle der Preise für Dienstleistungen und Industrieprodukte vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel „Le plan de stabilisation comprend des mesures qui devront être soumises au Parlement“, LE MONDE, Nr. 5803 vom 13. September 1963, S. 1.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 2.

mer das Geldproblem. Der Abstand zur amerikanischen Technologie sei bereits ins Unglaubliche gewachsen. Um so wertvoller wäre es, wenn man die verschiedenen Betriebe und Leute zum Zusammengehen und zur Gemeinsamkeit bewegen könnte.

Der Herr *Minister* betonte abschließend noch einmal, die Bundesregierung sei besten Willens, den deutsch-französischen Vertrag mit lebendigem Inhalt zu füllen. Dies sollte Gegenstand der Gespräche im Januar sein.

Das Gespräch endete um 19.05 Uhr.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

### 398

#### Gespräch des Bundesministers Brandt mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-104.A/66 geheim

15. Dezember 1966<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 15. Dezember 1966 um 11.45 Uhr in Paris ein Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Minister* überbrachte zunächst die Grüße des Herrn Bundeskanzlers, der sich sehr auf die baldige Zusammenkunft Mitte Januar<sup>2</sup> freue. Er fuhr fort, General de Gaulle habe zweifellos bereits erfahren, welche Richtlinien die Bundesregierung für ihre Politik dem Bundestag dargelegt habe.<sup>3</sup> Er brauche diese daher nicht zu wiederholen. Die Bundesregierung meine es sehr ernst mit ihrem Versuch, einen neuen Anfang zu machen, um dem deutsch-französischen Vertrag<sup>4</sup> trotz der Enttäuschungen, die General de Gaulle erlebt habe, einen neuen Inhalt zu geben. Dies sei nicht bloß eine Erklärung guter Absichten, sondern auch das Ergebnis der Definition der eigenen Interessen.

General *de Gaulle* betonte, er freue sich, daß Herr Brandt Außenminister geworden sei und verhehle auch nicht seine Befriedigung darüber, daß Herr

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Dezember 1966 gefertigt.

Eine weitere Ausfertigung wurde von Bundesminister Brandt „formlos“ an Bundeskanzler Kiesinger weitergereicht, eine weitere Botschafter Klaiber, Paris, ausgehändigt. Vgl. den Vermerk der Regierungsoberinspektorin Landerer vom 16. Dezember 1966; VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Zu dem Gespräch vgl. auch BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 150–158, und Hermann KUSTERER, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995, S. 430–432.

<sup>2</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. AAPD 1967.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Kiesinger Bundeskanzler geworden sei. Er schätze Herrn Kiesinger sehr, den er gut kenne und der zu der französischen Regierung und insbesondere zu ihm selbst stets ein gutes Verhältnis gepflegt habe. Natürlich hege er gegen den früheren Bundeskanzler Erhard keinerlei unfreundliche Gefühle, denn auch ihn schätze er, und die Zusammenarbeit mit Herrn Erhard sei stets nach Möglichkeit praktiziert worden. Es sei jedoch so, daß man nicht immer ganz genau wisse, was man wolle. Er habe an Herrn Erhard ein persönliches Schreiben gerichtet, in dem er ihn seiner Wertschätzung versichert habe.<sup>5</sup> Jetzt aber sei Herr Brandt Außenminister und Herr Kiesinger Bundeskanzler, und darüber freue er sich. Die Regierungserklärung habe er sehr interessant, ja sogar sehr ermutigend gefunden. Nun gehe es darum, zu sehen, was man tun könne. Es sei nicht leicht, und dies gelte besonders für die Deutschen. Er sei sich der Vielschichtigkeit und Schwierigkeiten voll bewußt, die sich der deutschen Politik unausweichlich in den Weg legten. Er wolle dem Herrn Minister jedoch eines ganz klar sagen: Frankreich werde nichts tun, was die Lage für die Bundesrepublik Deutschland schwieriger machen würde. 1963 sei der deutsch-französische Vertrag geschlossen worden, dessen Reichweite man nicht über-treiben solle. Es habe sich in erster Linie um einen Vertrag des guten Willens und der Aussöhnung gehandelt, und in diesem Sinne sei und bleibe dieser Vertrag wichtig.

Was sei nun zu tun? Einiges sei schon geschehen, wie z.B. die Organisierung der persönlichen Kontakte zwischen den beiden Regierungen, die Frankreich für sehr wichtig halte und die weiter gehen. Was könne – abgesehen von den persönlichen Kontakten – gemeinsam getan werden? Die beiderseitigen Absichten seien hier nicht sehr verschieden. Frankreich kenne den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung, und Deutschland wisse, daß Frankreich nicht nur keine Einwände dagegen erhebe, sondern diesen Wunsch sogar teile. Es teile diesen Wunsch aus einem Gefühl der Freundschaft für Deutschland, aber auch deswegen, weil nur durch die Wiedervereinigung der Weltkrieg und seine Folgen endgültig abgeschlossen werden könnten. Somit stehe Frankreich voll und ganz für die Wiedervereinigung ein. Beide Seiten wüßten natürlich, daß dieses Ziel nicht einfach zu erreichen sei. Es sei aber auch nicht unmöglich. Es sei unmöglich gewesen unter den Bedingungen des Kalten Krieges, weil man dann gegen Rußland hätte Krieg führen müssen, was niemand gewollt habe noch wolle, nicht einmal Deutschland, auch nicht Amerika. Folglich habe es keine Position der Stärke gegeben, von der aus man habe die Wiedervereinigung erreichen können. Man müsse nunmehr einen anderen Weg suchen. Wie der Herr Minister wisse, empfehle Frankreich den Weg der europäischen Entspannung. Nach französischer Auffassung könne – insbesondere in der Wiedervereinigungsfrage – nichts geschehen, ohne daß vorher eine völlige Veränderung der heute zwischen den europäischen Staaten herrschenden Beziehungen und insbesondere des Verhältnisses zwischen den west- und osteuropäischen Staaten Platz greife. Was sei zu tun und wie sei es zu tun? Deutschland habe gesehen, was Frankreich für eine Entspannung mit der Sowjetunion tue. Seit langem habe es zwischen Frankreich und Rußland kei-

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Schreibens vom 2. Dezember 1966 vgl. CHARLES DE GAULLE, *Lettres, Notes et Carnets*, Juillet 1966 – Avril 1969, [Paris] 1987, S. 38.

nen Krieg gegeben. Die einzigen französisch-russischen Kriege hätten unter Napoleon I. und Napoleon III.<sup>6</sup> stattgefunden. Frankreich sei also der Sowjetunion gegenüber nicht feindselig, und die Sowjetunion sei es Frankreich gegenüber nicht. Es gebe keinen unmittelbaren Groll zwischen den beiden Ländern. Natürlich müsse Frankreich Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, denn die Sowjetunion sei heute eine sehr große Macht, die Ambitionen gehabt habe für eine Ausdehnung nach Westen, schließlich aber diesen Ambitionen in der Praxis nicht gefolgt sei, denn Rußland sei nicht weitergegangen, als ihm Jalta<sup>7</sup> zugestanden habe. Nach französischer Auffassung werde Rußland jetzt ebenfalls nicht weitergehen. Es werde weder Deutschland noch Frankreich noch Amerika angreifen, denn alle Gründe sprächen gegen eine solche Absicht. China sei Rußlands Hauptsorge<sup>8</sup>, die inzwischen sogar noch größer geworden sei als die Sorge vor Deutschland. Darüber hinaus müsse Rußland das eigene Land entwickeln und bedürfe dazu der Mithilfe des Westens. Endlich sei der Kommunismus als Ideologie wesentlich abgesunken. Natürlich gebe es in Rußland ein sehr starkes, energisches, technokratisches, totalitäres Regime. Dieses Regime sei aber nicht mehr der Kommunismus und übe auch keine große Anziehungskraft insbesondere auf Westeuropa mehr aus. Zwar gebe es im Westen einige kommunistische Parteien, doch seien diese nicht mehr ideologisch kommunistisch, sondern nur noch kommunistisch im Sinne von Forderungen der Arbeiterklasse. Rußland habe sich somit verändert, müsse sich verändern, und sei friedlich, wenn auch auf seine Weise. Frankreich versuche dies auszunutzen, trete in Kontakt mit Rußland, bemühe sich um eine Entspannung und vielleicht sogar um praktische Zusammenarbeit. Es glaube, daß dies unter den heutigen Umständen die beste westliche Politik darstelle. Vor allem sei es die beste Politik für Westeuropa und nach seiner Meinung auch die beste Politik für Deutschland. Dieser Weg sei nicht leicht, nicht bequem, nicht angenehm für Deutschland; er sei aber auch nicht fruchtlos, nicht umsonst und im Grunde wohl für Deutschland der beste. Natürlich habe Deutschland über seine eigene Politik selbst zu befinden. Frankreich habe jedoch den Sowjets gesagt, daß es für eine Politik der deutsch-russischen Entspannung sei. Natürlich setze dies voraus, daß Deutschland eine solche Politik wünsche und etwas für sie tue, was tatsächlich schon begonnen worden sei. Er glaube, daß die Russen sich dem nicht verweigerten. Er selbst habe Herrn Kosygin gesagt, wenn Herr Brandt nach Moskau kommen werde (und sicher werde Herr Brandt nach Moskau gehen)<sup>9</sup>, dann würden die Russen ihn doch gut empfangen? Kosygin habe darauf erwidert, nun ja, vielleicht.<sup>10</sup> In dieser Beziehung bleibe aber noch alles zu tun.

<sup>6</sup> Napoleon I. führte 1812 einen Feldzug gegen Rußland. Unter Napoleon III. stand Frankreich im Krimkrieg von 1854 bis 1856 auf seiten der Gegner Rußlands.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués und des Protokolls vom 11. Februar 1945 über die Tätigkeit der Konferenz von Jalta vgl. TEHERAN-JALTA-POTSDAM. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968, S. 183–196.

<sup>8</sup> Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 397, Anm. 13.

<sup>9</sup> Willy Brandt reiste erst zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12. August 1970 in die UdSSR.

<sup>10</sup> Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 1. bis 9. Dezember 1966 in Frankreich vgl. Dok. 396, besonders Anm. 11 und 14.

General de Gaulle fuhr fort, wenn Deutschland wolle, werde Frankreich ihm auf diesem Wege gerne helfen, vor allem in Moskau. Es habe sogar schon damit begonnen. In der Politik der Entspannung werde Frankreich nichts tun, was Deutschland schaden könnte. So werde es z. B. die DDR nicht anerkennen. Natürlich hätten Kossygin, Breschnew, Podgornyj ihn bei seinem Rußlandaufenthalt<sup>11</sup> bestürmt, die beiden deutschen Staaten anzuerkennen. Er habe darauf mit einem glatten Nein geantwortet und erklärt, es gebe keine zwei deutschen Staaten, es gebe nur ein deutsches Volk, und die DDR sei eine künstliche Konstruktion ohne tiefere Realität, und daher erkenne Frankreich sie nicht als Staat an und werde es auch in Zukunft nicht tun. Die französische Auffassung in der Grenzfrage<sup>12</sup> sei dem Herrn Minister bekannt. In der Frage der deutschen Grenzen im Osten und Süden werde Frankreich seine Meinung nicht ändern. Frankreich sei Deutschlands Freund, könne es aber nur sein, wenn Deutschland nicht imperialistisch sei. Es könne nicht Deutschlands Freund sein, wenn Deutschland das wiederhaben wollte, was ihm durch den Krieg verlorengegangen sei, nachdem es Polen und die Tschechoslowakei angegriffen habe. Frankreich könne auch keinen Anschluß Österreichs zulassen. Andernfalls könnte Frankreich Deutschlands nicht sicher sein, ja sogar Deutschland könne dann seiner selbst nicht sicher sein, wenn es wieder in diese Richtung ginge. Deutschland werde auch gar keine Möglichkeit haben, die Grenze zum Osten zu verschieben, weil das Rußland von heute dem Rußland von damals keineswegs vergleichbar sei. Was das praktische Verhältnis mit den Menschen in der Zone anbelange, so liege die Grundwahrheit in der Tatsache, daß es nur ein deutsches Volk gebe. Wann immer die Bundesrepublik die praktischen Kontakte verbessern wolle in praktischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fragen, auch im Austausch von Personen, im Reiseverkehr, in Verwandtenbesuchen, betrachte Frankreich dies als befriedigend für alle und besonders für die Deutschen selbst, um den Kontakt mit den Deutschen zu erhalten, die heute künstlich von ihren Landsleuten getrennt gehalten würden. Dies sei Frankreichs Politik.

Vor allem aber komme es darauf an, daß jeder seine Politik habe. Frankreich müsse eine französische Politik haben und habe sie, Deutschland müsse eine deutsche Politik haben, und es liege an Deutschland, sie zu schaffen. Eine französische oder deutsche oder englische Politik, die amerikanische Politik wäre, wäre keine gute Politik. Frankreich sei in keiner Weise gegen Amerika, im Gegenteil, es sei Amerikas Freund. Nichts aber sei schlimmer für die Europäer als eine amerikanische Hegemonie, unter der Europa ersticke und die die Europäer hindere, selbst zu sein. Eine solche Hegemonie verhindere auch eine Verständigung mit dem Osten, ja sie verhindere überhaupt alles. Dies sei eine Tatsache. Die Amerikaner seien eben nicht Europäer, sondern Amerikaner. Er sei den Amerikanern deswegen keineswegs böse. Er verstehe, daß man zu einer Zeit der akuten Bedrohung das Bündnis mit den Vereinigten Staaten geübt habe. Dieses Bündnis sei gerechtfertigt gewesen, obgleich er die Integration auch damals nie für gerechtfertigt gehalten habe. Das Bündnis sei auch

<sup>11</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle und des Außenministers Couve de Murville vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 21, Anm. 32.

heute noch, wenn auch in geringerem Maße, gerechtfertigt, denn man müsse immer Vorsicht üben. Die Lage habe sich jedoch gewandelt, und die amerikanische Hegemonie, die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, sei für Frankreich eine schlechte Politik. Sie verhindere den Glauben an sich selbst und den Glauben der anderen an die europäischen Länder. Man müsse aber wissen können, daß es Frankreich gebe und Deutschland und England.

Der Herr *Minister* bedankte sich für diese Ausführungen und bemerkte, er wolle zunächst ein Wort über die innenpolitische Lage in Deutschland sagen und dann zu einigen der von General de Gaulle genannten Punkte kommen. Er würde sich nicht wundern, wenn die kürzliche Regierungskrise<sup>13</sup> und gewisse andere Erscheinungen der letzten Zeit einige Ungewißheit über Deutschland ausgelöst hätten. Was eine bestimmte politische Gruppe anbelange, die in Hessen und Bayern Stimmen gewonnen habe<sup>14</sup>, so hieße es die Dinge allzu vereinfachen, wenn man sie als Naziphänomen bezeichne.<sup>15</sup> Die Sache sei komplizierter. Er sei ganz sicher, daß die Verantwortlichen in Deutschland mit diesem Problem fertigwürden und Deutschlands Freunde sich keine Sorgen zu machen brauchten. Hinsichtlich der Finanz- und Haushaltslage<sup>16</sup> sei in Deutschland einige Ungewißheit entstanden. Die Bundesregierung müsse Prioritäten setzen und eine mittelfristige Finanzplanung durchführen. Die Bundesrepublik sei mit einigen Wirtschaftsproblemen konfrontiert, wie sie Frankreich vor einigen Jahren gekannt habe. Er sei sicher, daß man der Sache Herr werde. Es habe auch manche Schwierigkeiten gegeben, weil einige Leute in Deutschland sich schwergetan hätten, die Veränderungen in der Welt zu begreifen. Diese Veränderungen, von denen auch de Gaulle gesprochen habe, seien von manchen als Komplikationen verstanden worden, während sie der Bundesrepublik in Wirklichkeit zwar nicht viel, aber doch etwas mehr Spielraum verschafften, die nun weniger, als es in der Vergangenheit ungewollt der Fall gewesen sei, ein Spielball sei. Er habe vorhin gesagt, die Bundesregierung sei bewegt von der Definition ihrer eigenen Interessen, deren Ergebnis sich in der Regierungserklärung niedergeschlagen habe. Generalnenner der deutschen Politik sei die Sicherung des Friedens und die Mitarbeit an der Entspannung. Was man in Europa, im Ost-West-Verhältnis, in den Sicherheitsfragen und im Deutschlandproblem tue, sei diesem Generalnenner untergeordnet. Unter diesen Umständen hoffe er, daß es nicht zu spät sei für Zusammenarbeit, Koordinierung und gemeinsame Aktion auf vielen Gebieten. Die Bundesrepublik sei eine junge Republik auf dem Hintergrund einer dunklen Geschichte, doch sei die jetzige Bundesregierung stabil genug, um das Notwendige durchsetzen zu können, und zwar innenpolitisch im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich und außenpolitisch im Rahmen des eben Erörterten.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 365, Anm. 5.

<sup>14</sup> Bei den Landtagswahlen in Hessen am 6. November 1966 erhielt die NPD 7,9 % der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Bayern am 20. November 1966 7,4 %. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 260 vom 7. November 1966, S. 1, und Nr. 272 vom 22. November 1966, S. 3.

<sup>15</sup> Am 7. Dezember 1966 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß „gewisse Darstellungen, die von einer Wiedergeburt des Nationalsozialismus reden, im allgemeinen als übertrieben empfunden“ würden, „ein gewisses Unbehagen“ in der französischen Öffentlichkeit über die Wahlerfolge der NPD aber nicht zu verkennen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2028; Referat L 2, Bd. 33.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 275, besonders Anm. 13, und Dok. 392, Anm. 18.

De Gaulle sei der Staatschef einer alten Zivilisation mit großer Erfahrung und einer überragenden Kraft. Die Bundesregierung wolle in Selbstbewußtsein und Vertrauen die von de Gaulle angeschnittenen Fragen mit Frankreich erörtern.

Was Sowjetrußland betreffe, seien die Dinge für Deutschland schwieriger als für Frankreich, denn derzeit lehnten die sowjetischen Führer ein Gespräch über die deutsche nationale Frage ab, deren Lösung de Gaulle schon vor Jahren als historische Notwendigkeit bezeichnet und von der er eben gesagt habe, daß ein Volk auf die Dauer nicht auseinandergehalten werden könne. Er habe dem russischen Botschafter gesagt, daß es trotz dieser Schwierigkeiten mögliche Gesprächspunkte gebe.<sup>17</sup> Sie lägen im Bereich der bilateralen Beziehungen wie der Sicherheitsfragen. So seien die Russen jetzt z.B. am Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik interessiert. Vielleicht könne man in solche Erklärungen auch die Problematik des gespaltenen Deutschland mit einbeziehen. Die Russen seien diesbezüglich ja immer mißtrauisch gewesen und hätten gesagt, die Bundesrepublik wolle zwar mit Rußland, Polen und der Tschechoslowakei Gewaltverzichtserklärungen austauschen, was aber sei mit der DDR? Die Bundesregierung sage nun, sie akzeptiere zwar nicht die DDR als zweiten deutschen Staat, aber dies bedeute nicht, daß sie sich zur Regelung dieses Problems Gewaltanwendung vorbehalten wolle. Es könnte also in eine Gewaltverzichtserklärung einbezogen werden.

Der Herr Minister fuhr fort, er teile de Gaulles Auffassung, daß beim heutigen und vorausschaubaren Stand ein russischer Angriff nicht zu vermuten sei. Vielleicht müsse man allerdings eine gewisse Einschränkung machen, da man nie wisse, wer die nächsten sowjetischen Machthaber sein würden. Außerdem sei Deutschland in dieser Frage vielleicht stärker befangen, weil sowjetische Divisionen auf deutschem Boden stünden und man nie wisse, ob nicht das Risiko einer Fehlkalkulation bestehe. Generell stimme er aber mit de Gaulle überein und meine, man solle ohne Illusionen und beharrlich jene russischen Führer ermutigen, welche eine Entspannung wünschten.

Zu den osteuropäischen Ländern sagte der Herr Minister, voraussichtlich werde die Bundesregierung in den nächsten Monaten mit einigen dieser Staaten diplomatische Beziehungen aufnehmen.<sup>18</sup> Die Regierungserklärung gehe gegenüber der Tschechoslowakei und Polen so weit, wie sie heute gehen könne.<sup>19</sup> Man habe es aber mit lebendigen Menschen zu tun und müsse Möglichkeiten und Notwendigkeiten abwägen. In Prag sei die deutsche Aussage klar verstanden worden, das, was Hitler unter dem Druck der Gewaltandrohung und mit Hilfe dreier Leute aus drei weiteren Ländern erzwungen habe, könne nicht mehr gültig sein.<sup>20</sup> Es sei das erste Mal, daß dies so gesagt worden sei. Gegen-

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 8. Dezember 1966 vgl. Dok. 393.

<sup>18</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 412.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dok. 390, Anm. 18 und 19.

<sup>20</sup> Am 20. Dezember 1966 führte der tschechoslowakische Außenminister Klicka in einem Interview im Tschechoslowakischen Rundfunk zur Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 aus: „Das maßvolle, korrekte Vokabular ändert nichts an der Härte des Inhalts. [...] Kaum jemand dürfte begreifen, warum das mit Gewaltandrohung erzwungene Diktat Hitlers überhaupt jemals als gültig angesehen werden sollte. Der Standpunkt der Bundesregierung muß

über Polen habe die Bundesregierung erklärt, als nunmehr über 20 Jahre geteiltes Land und Volk verstehe Deutschland heute besser als vorher das Verlangen des polnischen Volkes, in einem Staat mit gesicherten Grenzen zu leben. Die endgültige Regelung der offenen Fragen könne, so sage die Regierungserklärung lediglich, nur im Zusammenhang mit einer deutschen Friedensregelung erfolgen. Zur Grenzfrage könne die Bundesregierung in der Öffentlichkeit heute nicht mehr sagen.

General de Gaulle habe von Österreich gesprochen. Er wolle bemerken, es gebe keinen Verantwortlichen in Deutschland, der an einen Anschluß denke. Die Lage sei nach dem Ersten Weltkrieg anders gewesen und werde sich nicht wieder einstellen.

Der Herr Minister sagte dann, als er 1963 mit dem General in St. Dizier gesprochen habe<sup>21</sup>, habe dieser seine Sympathie für alles zum Ausdruck gebracht, was die Menschen in Deutschland zusammenbringe. Damals habe es sich um so primitive Geschichten wie Verwandtenbesuche gehandelt. Heute sei man schon etwas weiter und selbstbewußter und denke daran, in Fragen des Handels, der Kultur, des Sports usw. auch mit SBZ-Behörden sprechen zu können, ohne die SBZ deswegen als zweiten deutschen Staat anzusehen. Wenn die Bundesregierung sage, sie sei der einzige legitime Sprecher des deutschen Volkes, so bedeute dies nicht, daß sie die 17 Millionen in der Zone bevormunden wolle, die eines Tages ihren eigenen Willen in die werdende Gemeinsamkeit einbringen müßten. Bemühungen der genannten Art erregten Interesse auf sowjetischer Seite, vielleicht aber bei den deutschen Kommunisten auch Furcht. Sie seien nicht nur Ausdruck des nationalen Interesses, sondern auch ein Beitrag im Bereich des gespaltenen Deutschlands zu einer Politik der Entspannung. Auch Berlin habe in der veränderten Landschaft eine neue, wenn auch kleine Rolle im Austausch zwischen West und Ost, wobei es währungsmäßig und dem Rechtssystem nach zum Westen gehören müsse. Er glaube somit, daß es zahlreiche gemeinsame oder verwandte Auffassungen zwischen Frankreich und Deutschland gebe, die eine gute Basis bildeten.

General *de Gaulle* bedankte sich für diese höchst interessanten und klaren Ausführungen. Zu den sogenannten „Neonazis“ wolle er kurz und bündig sagen, er glaube an diese Geschichte überhaupt nicht. Er halte dieses Phänomen für sekundär. Es gebe in allen Staaten, auch in Frankreich, immer gewisse lautstarke, totalitäre Gruppen. Für ihn sei diese Angelegenheit unwichtig. Bei Hitler sei es anders gewesen. Hitler sei Ergebnis und Ursache gewesen. Damals habe Deutschland in einer harten Wirtschaftskrise gestanden, die Inflation erlebt, eine gewaltige und bedrohliche kommunistische Partei gehabt. Das Machtverhältnis zwischen Deutschland und dem Ausland sei damals völlig anders gewesen als heute, denn Frankreich, England, ja Rußland seien sehr schwach gewesen. Somit habe Hitler viele Möglichkeiten gehabt, die es heute einfach nicht mehr gebe. Frankreich kenne die Bundesregierung und Deutsch-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1642*

daher noch in Gleichklang mit der international anerkannten Ungültigkeit des Münchener Diktats ex tunc gebracht werden.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 99 f.

<sup>21</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, traf am 24. April 1963 in St. Dizier mit Staatspräsident de Gaulle zusammen. Für die Aufzeichnung über das Gespräch vgl. VS-Bd. 2132 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 135–138.



land und messe somit der kleinen Gruppe, die in Hessen und Bayern ein paar Wahlerfolge gehabt habe, keinerlei Bedeutung zu, denn es wisse, daß sie nicht das deutsche Volk sei.

Der Herr Minister habe dann von der Wirtschafts- und Finanzlage sowie den Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten gesprochen. Er (de Gaulle) sei sicher, daß dies gelingen werde. Deutschland besitze eine sehr große wirtschaftliche, industrielle und Handelskapazität, sogar eine gewisse landwirtschaftliche Kapazität, so daß Frankreich die anstehenden Probleme keineswegs für beunruhigend halte.

Was der Herr Minister über die Sowjetunion gesagt habe, erscheine ihm sehr vernünftig. Es bedeute, daß die Bundesregierung, ohne jemals auf die Zukunft zu verzichten, welche die Wiedervereinigung bringen müsse, in der Zwischenzeit wichtige Fragen mit der Sowjetunion behandeln wolle, insbesondere die Entspannung und ein neues deutsch-russisches Verhältnis.

Die Haltung gegenüber der Tschechoslowakei halte er für gut. Was Polen anbelange, sei die Bundesregierung allerdings nicht sehr kategorisch, sondern sage nur, daß man später über diese Dinge zu sprechen habe. Er sei nicht sicher, daß dies die Situation verändern werde.

Der Herr *Minister* warf hier ein, abgesehen vom innenpolitischen Flüchtlingsproblem liege hier ein zusätzliches Problem vor. Gomulka sage mehr als andere, Deutschland müsse zwei Dinge tun: die Oder-Neiße-Linie anerkennen und gleichzeitig anerkennen, daß diese nicht die Grenze der Bundesrepublik sei.<sup>22</sup> Die Bundesregierung erwidere darauf, wenn diese Linie nicht ihre Grenze sei, müsse sich Gomulka an andere halten.<sup>23</sup>

General *de Gaulle* erwiderte, dieses Argument sei etwas kompliziert zu verstehen, doch verstehe er selbst es wohl. Er unterstrich, daß all dem, wie er bei seiner Reise nach Rußland wiederum in aller Deutlichkeit festgestellt habe, letztlich zugrunde liege, daß die Russen und die Polen den Krieg weder vergessen hätten noch vergessen könnten. Natürlich übertrieben sie heute dieses Problem und stellten es als die große Frage dar, die sie in Wirklichkeit nicht sei. Trotzdem bleibe wahr, daß es den Krieg gegeben habe und in diesem Krieg Untaten in jenen Ländern, welche sie nicht vergessen hätten. Unabhängig von dem kommunistischen Regime in Rußland, Polen und der SBZ gebe es in jenen Völkern eine Grundströmung der Beunruhigung über Deutschland, die noch nicht zu Ende sei. Diese Beunruhigung sei daher keine bloße Propagandapolitik, sondern habe einen realen psychologischen Hintergrund. Diese Tatsache dürfe man nicht aus dem Auge lassen und müsse entsprechend handeln. Bei einer neuen Politik gehe es daher in erster Linie um eine psychologische Operation, denn die Psychologie dieser Länder gegenüber Deutschland müsse verändert werden. Sei die Psychologie erst einmal verändert, werde sich auch die Politik wandeln.

Der Herr *Minister* sagte dann, für das Januar-Treffen hielten der Bundeskanzler und er es für gut, wenn die Gruppe möglichst klein bleibe und dieses Mal nicht so viele Minister mitkämen. In die Besprechungen sollten drei Themen-

<sup>22</sup> Vgl. dazu Dok. 377.

<sup>23</sup> Zur Rechtsauffassung der Bundesregierung vgl. auch Dok. 240, Anm. 20.

bereiche einbezogen werden: Was kann im Sicherheitsbereich geschehen, wie kann die westeuropäische Zusammenarbeit weiterentwickelt werden, und ist es möglich, mehr als bisher zwischen den beiden Ländern im Bereich der Wissenschaft, der technologischen Produktion und der Rüstungsproduktion zu tun? Er müsse allerdings sagen, daß die Bundesrepublik angesichts der jetzigen Haushalts- und Zahlungssituation nicht besonders stark sei, daß aber dennoch gewisse Einseitigkeiten korrigiert werden sollten.

General *de Gaulle* bemerkte, dies würde wohl bedeuten, daß nur der Bundeskanzler und der Herr Minister kämen. Das lasse sich sicherlich arrangieren. Es gebe allerdings auch eine Reihe laufender Aufgaben, wie zum Beispiel den Gemeinsamen Markt. Herr Wilson werde ja wohl kandidieren<sup>24</sup>, allerdings auf englische Weise, das heißt indem er gleichzeitig mit seiner Kandidatur so viele Bedingungen verbinde, daß die Abstimmung gegen ihn ausfalle. Natürlich sei der Bereich der Technologie wichtig. Vielleicht lasse sich im Gebiet der Raketen und der Luftfahrt etwas Praktisches finden, was mehr als bisher gemeinsam getan werden könne.

General *de Gaulle* fuhr fort, er verfolge die deutsche Innenpolitik zwar von ferne, aber mit großem Interesse. Die Bundesrepublik sei eine rein parlamentarische Republik, und er wisse um die Schwierigkeiten in einer solchen. Natürlich müsse ein Parlament sein, aber wenn die ganze Macht beim Parlament liege, werde das Regieren mühsam.

Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung versuche zwei Neuerungen einzuführen. Sie wolle die Verfassung ändern, um in der Ausgabenpolitik, wo das Parlament heute omnipotent sei, der Regierung mehr Macht zu geben.<sup>25</sup> Weiterhin versuche sie, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, das klare Mehrheiten zulasse.<sup>26</sup>

General *de Gaulle* bemerkte, glücklicherweise habe es in Deutschland nur zwei große und eine kleine Partei gegeben. Das vereinfache die Sache.

Der Herr *Minister* fragte den General, ob er ihm einen ermutigenden Satz sagen könne, den er der Öffentlichkeit mitteilen dürfe.

General *de Gaulle* erwiderte, er tue das gerne. Der Herr Minister könne sagen, die Besprechung sei sehr herzlich gewesen. Die Orientierung der Bundesregierung, wie sie in der Regierungserklärung zum Ausdruck komme, betrachte er und gewiß ganz Frankreich als sehr gut und sehr befriedigend, und in der dort zum Ausdruck gekommenen Richtung könne gewiß die deutsch-französische Zusammenarbeit auch im politischen Bereich vertieft werden. Was die Bundesregierung über ihre Politik ausgesagt habe, entspreche den Wünschen Frankreichs. Diese Aussage finde die vollständige und tiefgehende Zustim-

<sup>24</sup> Zur Ankündigung des Premierministers Wilson vom 10. November 1966, in die EWG-Mitgliedstaaten zu reisen, um die Möglichkeiten für einen britischen EWG-Beitritt zu sondieren, vgl. Dok. 371, Anm. 3.

<sup>25</sup> Bundeskanzler Kiesinger schlug am 13. Dezember 1966 im Bundestag eine Änderung des Artikels 133 GG vor, die es der Bundesregierung ermöglichen sollte, „ihre Zustimmung zu Beschlüssen über zusätzliche oder neue Ausgaben oder über Einnahmемinderungen auf einen bestimmten Höchstbetrag zu beschränken und gleichzeitig eine nochmalige Beschlußfassung des Bundestages zu beantragen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3659.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Dok. 396, Anm. 9.

mung Frankreichs; sie biete einen Ausgangspunkt für eine engere Zusammenarbeit als zuvor.

Am Schluß des Gesprächs sagte General de Gaulle sehr eindringlich, Kossygin sei neun Tage in Frankreich, er selbst zehn Tage in Rußland gewesen. Es sei ganz natürlich, daß man dabei über Deutschland gesprochen habe, und zwar ungeheuer viel. Er habe schon darauf hingewiesen, daß an der russischen Sorge wegen Deutschland zwar manches künstlich sei, ihr aber auch ein ganz realer Grund zuerkannt werden müsse. Aus seinen langen Kontakten mit den Russen, mit Kossygin, Gromyko & Co. habe er die Erkenntnis gewonnen, daß es eines Tages möglich sein werde, zu einem angemessenen, insbesondere für Deutschland angemessenen und annehmbaren europäischen Arrangement zu gelangen. Fast könnte er sagen, die Russen selbst hätten ihm das gesagt. Es werde aber seine Zeit brauchen, und es bedürfe einer völligen Veränderung der Bedingungen. Er sei gewiß, daß die Russen letzten Endes ein solches Arrangement akzeptieren würden. Die genaue Form dieses Arrangements kenne er natürlich nicht. Gewiß würden die Russen bestimmte Bedingungen stellen. Den Gedanken, daß es eines Tages wieder ein einziges Deutschland geben müsse, lehnten sie jedoch nicht ab. Dessen sei er gewiß. Alles übrige sei daher Taktik, das heißt Politik.

Bei der Verabschiedung trug General de Gaulle dem Herrn Minister herzliche Grüße für den Herrn Bundeskanzler auf.

Das Gespräch endete um 12.40 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

**399**

### **Staatssekretär Schütz, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1/13259/66 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2088**  
**Citissime**

**Aufgabe: 15. Dezember 1966, 22.00 Uhr**  
**Ankunft: 15. Dezember 1966, 01.42 Uhr**

Betr.: Arbeitssessen der vier Außenminister am 14. 12. 1966

Die Besprechungen bei dem o.a. Essen, das wie üblich am Vorabend der NATO-Ministertagung<sup>1</sup> abgehalten wurde und an dem die Außenminister Brandt, Couve de Murville, Rusk und Brown teilnahmen, fanden in einer gelösten Atmosphäre statt. Die Diskussion führte zu einem lebhaften Meinungsaustausch über den Stand der deutschen Frage.

I. Der Außenminister begann mit einem ausführlichen Bericht zur Lage in Berlin und in der SBZ, der sich auch mit den Schlußfolgerungen für unsere Politik befaßte. Der Außenminister erinnerte eingangs daran, daß er auf den

<sup>1</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 15./16. Dezember 1966 vgl. Dok. 410 und Dok. 414.